

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit Illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Verzeichnungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interfions-Gebühr**  
 Beträgt für die leistungspolizeien Kolonial-  
 geile oder deren Raum 60 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-  
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf., Stellengeluche und Schlos-  
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Sonnabend, den 19. Januar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Deutsche Wirtschafts- und Welt- politik.

Am Tage nach der Reichstagsauflösung hat die Regierung durch die „Nordd. Allgem. Ztg.“ verkünden lassen, der Wahlkampf müsse die Entscheidung bringen, ob „Deutschland überhaupt der Entwicklung aus einem europäischen Großstaat zur Weltmacht fähig ist“. Und in der Tat. Nicht in letzter Linie wird der jetzige Wahlkampf über die Richtung der deutschen auswärtigen Politik zu entscheiden haben. Der auswärtigen Politik der deutschen Regierung muß die auswärtige Politik des deutschen Volkes gegenübergestellt werden, und die Aufgabe der deutschen Arbeiter ist es, dieser ihrer Politik am 25. Januar den stärksten und nachhaltigsten Ausdruck zu geben.

Was ist es aber, das die deutsche Regierung beabsichtigt? Was versteht, was kann sie allein verstehen, unter dem „kräftigsten Ausgreifen auf die der Kultur noch nicht erschlossenen Gebiete“, von dem sie damals sprach. Fürst Bülow, der es liebt, sich auf auswärtige Beispiele zu berufen, meinte jüngst, das deutsche Volk dürfe nicht hinter dem englischen zurückbleiben; wie es einen englischen müsse es auch einen deutschen Imperialismus geben. Der Reichstangler beruft sich auf den englischen Imperialismus, aber er verschweigt wieder einmal den wichtigeren Teil der Wahrheit, die Tatsache, daß die englischen Arbeiter von dieser Politik ebensowenig etwas wissen wollen, als die deutschen von der noch viel gefährlicheren, ausschichtsloseren und opferreicheren deutschen Spielart. Er verschweigt, daß die Arbeiterklasse des demokratischen Englands bei den letzten Wahlen dem Imperialismus vorläufig den Garans gemacht haben.

Und doch ist der englische Imperialismus ein ganz anderes Ding als die sogenannte deutsche Weltpolitik. Der englische Imperialismus ist zunächst nur das Bestreben zur Schaffung eines einheitlichen großbritischen Zollgebietes. Er bedeutet zunächst also dasselbe in einem ungeheuer viel größeren Maßstabe wie seinerzeit die Schaffung des deutschen Zollvereins; die Vereinigung der in handelspolitischer Beziehung selbständigen Teile des britischen Weltreiches zu einem großen Zollverband. Man sieht sofort, es ist das ein Bestreben, welches keinerlei kriegerische Unternehmungen, keinerlei koloniale Eroberungen, keine militärischen Aufwendungen nach sich ziehen muß. Kein englischer Imperialist denkt daran, die hochentwickelte, sich selbst regierende weiße Bevölkerung der Kolonien gewaltsam zur Vereinigung mit dem Mutterlande zu zwingen. Diese Vereinigung soll durch friedliche Uebereinkunft, durch Zustimmung aller Beteiligten geschaffen werden. Die einzige Triebkraft zu dieser Einigung soll das gemeinsame handelspolitische Interesse bilden. England soll sein Freihandelsystem verlassen, sich gegen die Lebensmittelinfuhr aus fremden Staaten durch Zölle schützen und seinen Kolonien den englischen Markt sichern; diese wieder sollen den englischen Industrieerzeugnissen Zollfreiheit oder doch günstigere Einfuhrmöglichkeiten als denen anderen Staaten gewähren.

Ein Plan von großer Tragweite und großer Bedeutung, nicht zu vergleichen mit den Kleinigkeiten, mit denen sich die deutsche „Weltpolitik“ bisher abgegeben hat, notgedrungen angewiesen auf die Abfälle, die von der Kolonialpolitik anderer Länder zurückgeblieben sind. Es ist also erklärlich, daß sowohl die kolonialen Agrarier als viele Kreise der englischen Industriellen sich von einer imperialistischen Politik viel versprechen und von ihrem Standpunkte aus mit Recht. Anders die englische Arbeiterklasse. Der Imperialismus bedeutet das Aufgeben des Freihandels, bedeutet die Aufrichtung von Zollmauern, die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse durch die Zölle. Die Masse der Bevölkerung soll in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt werden zugunsten der Erhöhung des Kapitalprofits in England und des Renteneinkommens in den Kolonien. Diese Politik hat die englische Arbeiterklasse bei den Wahlen zu Beginn des verflossenen Jahres einmütig abgelehnt, und kein englischer Staatsmann hat es sich auch nur im Traum einfallen lassen, gegen diese Entscheidung an einen „Degen Bonapartes“ zu appellieren. Er wäre auch unfehlbar in dem demokratischen England ins Irrenhaus geschickt worden.

Für die deutsche Industrie bedeuten aber die Pläne des englischen Imperialismus eine große Gefahr. Und da ist es von größter Wichtigkeit festzustellen, daß diese Gefahr in allererster Linie herausgehoben worden ist durch die Wirtschaftspolitik der deutschen Regierung. Das wichtigste Argument des englischen Freihandels gegenüber den Agrarschutzzöllen war und ist, daß die künstliche Verteuerung der Lebensmittel eine künstliche Lohnsteigerung herbeiführt und so durch Erhöhung der Produktionskosten die Konkurrenzfähigkeit der Industrie herabsetze. Das Argument gilt noch in bezug auf den einen großen Konkurrenten Englands, in bezug auf Amerika. Der andere, Deutschland, aber hat dieses Argument durch die Erhöhung seiner Agrarzölle in den Augen vieler um einen Teil seiner Beweiskraft gebracht. Wenn in

dem industriellen Deutschland Agrarzölle möglich sind, warum nicht in dem industriellen England! Noch wichtiger und fördernder für die englisch-imperialistische Agitation waren die Wirkungen der industriellen Schutzzölle. Die deutschen industriellen Zölle dienen längst nicht mehr der „Erziehung“, der Entwicklung einer in ihren Anfängen befindlichen Industrie. Sie sind Privilegienzölle geworden, die die Kartell- und Trustbildung befördern und den Kartellen, die die Konkurrenz auf dem inländischen, zollgeschützten Markt ausschließen, erlauben, den Preis der Produkte auf dem Inlandsmarkt um den Betrag des Zolles über den Weltmarktpreis zu erhöhen. Einen Teil dieses Ertragsgewinnes benützen die Kartelle besonders in Zeiten einer schwächeren Konjunktur, um die Konkurrenz auf dem Weltmarkt schärfer zu führen. Der Ertragsgewinn im Inland, die Beute aus der Ausplünderung der „Mitbürger“, erlaubt ihnen, auf dem Weltmarkt die Preise herunterzusetzen und unter dem üblichen kapitalistischen Gewinn zu verkaufen. Den Anprall dieser durch die deutsche Zollpolitik für den Weltmarkt verbilligten Waren hatte aber vor allem die englische Industrie auszuhalten. Sie, durch keinen Zoll geschützt, leidet in erster Linie durch das Schleudern der Kartelle. Deswegen der Ruf, England auch seinerseits zu schützen, zur Abwehr gegen die deutsche und amerikanische Zollpolitik auch das britische Reich mit Zöllen zu umgeben, natürlich nicht in den engen Grenzen des Vereinigten Königreichs, sondern möglichst im Riesengebiet des britischen Weltreiches.

Der industrielle Privilegienzoll in Deutschland ist es somit in erster Linie, aus dem die englische imperialistische Agitation ihre Kraft gezogen hat. Die Verwirklichung dieser imperialistischen Ideen bildet allerdings eine große Gefahr für die Entwicklung der deutschen Industrie, der dadurch der Zugang zu ihrem wichtigsten und bedeutendsten Absatzgebiet sehr erschwert würde. Aber die kräftigste Förderung dieser Deutschland verderblichen Richtung der englischen Politik bildet die Wirtschaftspolitik der deutschen Regierung und der deutschen herrschenden Klassen. Nicht die Voraussicht der deutschen Regierung, sondern die Energie und Einsicht der englischen Arbeiterklasse hat Deutschland vor einer großen Gefahr für seine industrielle Entwicklung, hat die deutsche Arbeiterklasse vor einer schweren Krise bewahrt.

Die englische Arbeiterklasse hat den viel, viel größeren Verlockungen und Ausfichten widerstanden, die der englische Imperialismus im Gegensatz zu seiner deutschen Karikatur zu bieten vermag. Der große Aufschwung, den auch die englische Industrie jetzt erlebt, rechtfertigt aufs Stänzendste ihre Politik selbst vom kapitalistischen Standpunkte aus und beweist zugleich, daß die gegenwärtige Hochkonjunktur in Deutschland nicht infolge der Handelsverträge, sondern trotz ihrer eingetreten ist.

Aber freilich, wenn die englische Arbeiterklasse diesmal stark genug war, um den Angriff auf den Freihandel abzuwehren, so ist es nicht sicher, ob die Preispolitik der Kartelle während der kommenden Depression nicht von neuem die imperialistische Strömung, die Abperrungsstrebungen in England verstärken wird. Vor der Gefahr, daß der Zugang zu ihrem wichtigsten Markt der deutschen Industrie durch Zölle erschwert wird, vor der Katastrophe, die dadurch für die deutsche Industriearbeiterschaft hervorgerufen werden kann, kann Deutschland nur dann bewahrt bleiben, wenn sein Volk die Kraft aufbringt, mit dieser verderblichen, das „Vaterland“ ansplündernden, das Ausland provozierenden Zollpolitik zu brechen.

Aber vielleicht noch größer sind die Gefahren, welche die Deutschland eigentümliche Verbindung der Hochschutzzollpolitik mit der Kolonialpolitik mit sich bringt. Von den kapitalistischen Staaten ist Deutschland am spätesten in die Kolonialpolitik eingetreten, weil es einmal wegen seiner territorialen Lage überhaupt für diese Politik ungünstige Bedingungen hat, sodann weil die späte Erringung des Einheitsstaates ihm erst dann eine kräftige kapitalistische Entwicklung brachte, als die Welt schon aufgeteilt war. Für Deutschland war nichts Wertvolles mehr übrig. Daß es Kolonien hat, ist für das Reich keine Quelle der Bereicherung, sondern eine Quelle der Verarmung, der Verlegenheit und Schwäche bei allen internationalen Konfliktfällen, was sogar in einem Moment der Erläuterung Fürst Bülow zugegeben hat. Diese „Kolonien“ lassen auch alle Welt gleichgültig und werden uns von aller Welt herzlich gegönnt. Aber diese Kolonien sollen auch nach der Meinung und der Absicht der herrschenden Massen nur der Anfang sein. Der Reichstag ist ja gerade deswegen nach Hause gejagt worden, weil er nicht willfährig genug war, weil die Regierung freie Hand haben will für die Weltpolitik, die ja schließlich doch etwas anderes sein muß, als die Unterwerfung von 300 Hottentotten und 120 Bondelzwarts. Aber die deutsche Kolonialpolitik, das „kulturelle“ Ausgreifen, wie Bülow so schön sagt, stößt auf den größten Widerstand aller anderen Staaten. Mit steigender Erbitterung und Mißtrauen beobachten sie die deutsche Weltpolitik, die ihnen aufdringlich genug in überflüssigen Reden und Reisen vor Augen geführt wird. Diese Politik hat Deutschland nicht nur bereits 1 1/2 Milliarden gekostet, nicht nur mehr als 2000 Menschenleben in Südwestafrika nutzlos geopfert, sie hat auch

Deutschland in der Welt isoliert, alle großen Staaten gegen Deutschland vereinigt und die Gegensätze zwischen Deutschland und den anderen Staaten in einer früher undenkbarer Weise verschärft.

Die deutsche Regierung aber will in dieser Politik nicht nur nicht innehalten, sie will die Politik der sinnlosen Provokationen, der ständigen Beunruhigung Europas noch steigern. Kein Zweifel, diese Politik bildet allmählich eine Gefahr für den europäischen Frieden. Den Beweis dafür liefert das ebenso sinnlos angefangene wie ruhmlos beendete Marokkoabenteuer. Wie früher die englische, so hat hier die französische Arbeiterklasse durch die Beiseitigung Delcassés, Deutschland den größten Dienst erwiesen und es vor den Folgen der Politik seiner Regierung bewahrt. Zum zweitenmal die Hilfe einer ausländischen Arbeiterklasse für das deutsche Volk gegen die deutsche Regierung!

Derart sind die Ergebnisse der Verbindung der Hochschutzzollpolitik mit einer expansiven Kolonialpolitik, wie sie der neue Kurs angefangen und von jetzt ab unter Ueberwindung jeden parlamentarischen Widerstandes in verstärktem Maße fortsetzen will. Mögen diese Konsequenzen der Regierung bewußt sein oder nicht — die Geschichte geht ihren Gang, ohne sich um die guten und bösen Absichten eines Bülow viel zu kümmern. Genug, daß diese Politik in ihren Endergebnissen eine Gefährdung des europäischen Friedens bedeutet.

Solche Gefahr gilt es abzuwenden. Nicht die „nationale Ehre“ steht in Gefahr, nicht um eine blöde, verlogene Phrase darf sich die Wahlfriedensdrehen. Auf dem Spiel steht die nationale Wohlfahrt, die wichtigsten Lebensinteressen der deutschen Nation, die leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden von der Profitgier und Rentensucht der deutschen herrschenden Klassen. Auf dem Spiel steht die ruhige friedliche Entwicklung der deutschen wie der europäischen Nationen. Kriegspolitik ist es, was die herrschenden Klassen bewußt oder unbewußt treiben. Wir aber, wir wollen den Frieden. Wir revolutionieren die Köpfe, wir organisieren die Kräfte, wir bereiten den Sieg. Wir wollen nicht, daß der Kapitalismus noch einmal die furchtbaren Verwüstungen eines europäischen Krieges der arbeitenden Menschheit auferlege, daß der Konkurrenzkampf der kapitalistischen Nationen noch einmal ausarte. Wir wollen nicht, daß der Zusammenstoß der Kartelle und Trusts auf dem Weltmarkt in einem vernichtenden Weltkrieg ende. Ohne diese Opfer wollen wir der kapitalistischen Anarchie ihr Ende setzen. Einhalt soll geboten werden einer halt- und ziellosen Politik, einer Politik, die im Innern die politische Anebelung, nach außen die ständige Gefährdung des Friedens bedeutet. Ein Ende soll gemacht werden mit einer Politik der ständigen Herausforderung der Arbeiterklasse in Deutschland und aller Nationen des Auslandes. Es gilt, eine Politik unmöglich zu machen, die gegen die Arbeiterklasse, die gegen den wichtigsten und bedeutendsten Teil der Nation gerichtet ist. Deutschlands Arbeiterklasse muß den gebührenden Anteil erhalten an dem Geschehe des Landes, das ihre Arbeit groß und stark und reich und geachtet gemacht hat. Es gilt ein Ende zu setzen der Politik des Hüllwaders, einer uferlosen Expansions- und Rückzugspolitik, die Deutschland in gefährliche Abenteuer verwickeln muß.

Vor dieser Politik der Unterdrückung im Innern und der Provokation nach Außen steht, wer für die Befreiung der Arbeiterklasse von politischer Anebelung, von ökonomischer Unterdrückung ist, der kann am 25. Januar nur sozialdemokratisch stimmen.

## Wahlkampf.

### Eine Aktion der Hirsch-Dunderschen.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben, wie unlängst liberale Blätter mitteilten, die Absicht, nach den Reichstagswahlen auf einem Kongress ein politisches Programm aufzustellen. In diesem Programm soll auch neben der Beseitigung des preussischen Dreiklassenwahlrechts die Abschaffung der Klassenwahl zu den kommunalen Vertretungen gefordert werden.

Wir haben schon damals bei der Wiedergabe dieser Mitteilungen betont, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner sich nicht im geringsten Zweifel darüber befinden können, daß der Freisinn für solche Forderungen nicht zu haben sein werde, sei er es doch gewesen, der die prinzipielle Erklärung abgegeben habe, daß bei dem Gemeindevahlrecht einem Proletarier unmöglich das gleiche Stimmrecht eingeräumt werden könne wie einem Angehörigen der bestehenden Klasse.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner scheinen das auch begriffen zu haben. Ein Teil ihrer Mitglieder wenigstens scheint die Ueberzeugung zu hegen, daß das Eintreten für freisinnige Kandidaten nichts weniger als eine Förderung der proletarischen Interessen bedeute. Von dieser Stimmung legt folgender Aufruf Zeugnis ab:

### Zur Reichstagswahl!

Verbandsgenossen! Durch Versammlungen einzelner Ortsvereine Groß-Berlins und Anregungen anderer Art aus Mitgliederkreisen haben wir Kenntnis erhalten, daß einem Teile unserer Mitglieder keiner der hier aufgestellten Reichstagskandidaten genügt,



Diese Kollegen wollen keinen dieser Kandidaten wählen. Wählen aber soll jeder Wahlberechtigte. Für alle diejenigen unseres Mitgliedes, die nicht gewählt sind, einem der vorhandenen Kandidaten ihre Stimme zu geben, empfehlen wir folgendes: Sie nehmen den Wahlzettel irgend einer Partei, streichen den darauf befindlichen Namen durch und schreiben auf denselben Zettel und auf dieselbe Seite den Namen: Gustav Hartmann, Generalsekretär, Berlin.

Das Wahlkomitee.  
Gleichauf. Hartmann. Waldt.

Leider beweist dieser Aufruf, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die es müde sind, sich von den freisinnigen Vertretern des Kapitalismus gängeln und nachführen zu lassen, ihrem politischen Fehler, sich zur Wahlstruppe des Freisinnigen herzugeben, nur einen anderen Fehler auf dem Fuße folgen lassen. Es liegt uns durchaus fern, bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften für die Sozialdemokratie werben zu wollen. Wenn die politische Einsicht dieser Arbeiter noch so wenig entwickelt ist, daß sie nicht erkennen, daß für alle Proletarier als Vertreterin der Arbeiterinteressen nur die Sozialdemokratie in Frage kommen kann, so müssen wir die Reife dieser Einsicht getrost der Zeit überlassen. Das allerdings sollten auch die Hirsch-Dunderschen einsehen, daß die Aufstellung einer bis zur Härtesten ausführenden Sonderkandidatur das denkbar schlechteste Mittel zur Wahrung der proletarischen Interessen ist.

Im übrigen hätten die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Berlin doch so viel Selbstbewußtsein besitzen sollen, ihren Aufruf auch unabweislich als das zu kennzeichnen, was er ist. So wie der Aufruf erschienen ist, erweckt er beinahe den Anschein, als ob er auf die Täuschung weniger aufgeklärter Arbeiterkreise berechnet wäre! Das politische Anstandsgefühl hätte es den Verfasser des Aufrufes verbieten sollen, ihre Flagge so schamlos einzuziehen. Irgend welchen Erfolg werden sich die Herren von diesem Manöver freilich nicht versprechen dürfen.

Jeder einsichtige Arbeiter weiß, daß für ihn am 25. Januar nur die Kandidaten der Sozialdemokratie in Frage kommen!

### Freisinniger Wettbewerb mit dem Reichsverband.

Die „Freisinnige Zeitung“ unternimmt wieder einmal ein spaltenlanges Attentat gegen den gesunden Menschenverstand ihrer Leser.

Zunächst demüthigt sie den Abg. Weber als Feind der Religion. Habe doch Weber im Jahre 1872 erklärt:

„Alle religiösen Dogmen stehen mit der gesunden Vernunft und mit der Wissenschaft im Widerspruch.“

Diese entsetzliche Enthüllung muß Weber und die Sozialdemokratie bei den Lesern der „Freisinnigen Zeitung“ allerdings fürchterlich diskreditieren. Galt doch der Freisinn bisher als fanatischer Anhänger der Dogmengläubigkeit. Führt er doch mit dem „Reichsbote“ und der „Staatsbürger-Zeitung“ um die Wette den Kampf gegen solch verrückte Freigeister wie die Lessing, Kant, Goethe, Schiller, Harnack und Konfessionen, die von den religiösen Dogmen nichts wissen wollten!

Nach dieser schönen Introduction belehrt die „Freisinnige Zeitung“ ihre Leser darüber, daß die Sozialdemokratie sozialistisch sei, daß sie eine sozialistische Gesellschaftsordnung anstrebe und infolgedessen nicht nur die kapitalistische Produktion in eine sozialistische umzuwandeln, sondern auch zugleich die Klasse der Zwischenhändler, die Agenten, Makler, Krämer ufm., überflüssig machen wolle. Nicht nur Weber wolle so brutal“ diese armen Zwischenhändler nach Trosthafer Kolonialmanier ausrotten, sondern auch Karl Kautsky vertrete die Auffassung, daß die sozialistische Wirtschaftsweise den kleinen Zwischenhandel ausschalten werde.

Der Klasse der Zwischenhändler werden durch diese Enthüllungen nun endlich die Augen geöffnet sein. Der Sozialismus erstreckt an Stelle der zwischen Hängen und Wägen schwebenden Hungeregistenz der Agenten, Makler und Krämer eine Organisation der Gesellschaft in der diese Zwischenhändler das gleiche Anrecht auf den Genuß des nationalen Reichthums haben werden, wie der bisherige Millionär und der bisherige Proletarier. Diesem verachteten Plan werden die Zwischenhändler am 25. Januar dadurch begegnen, daß sie einmütig gegen die Sozialdemokratie und für die Handlanger der Panzerplattenpatrioten, der Würmann und Tappesberg, der Bobbelski und Kröcher, der Wangenheim und Krapp einzutreten werden! Eine Partei, die mit Domburg für Kolonialschwindel und Fleischwucher kämpft, bietet ihnen ja ganz andere Garantien als die Sozialdemokratie, die allen Staatsbürgern die gleiche Ausrüstung der nationalen Produktionskraft sichern will!

Dah auch die Kleinbauern gegen die Sozialdemokraten aufgeführt werden, versteht sich von selbst. Zwar hat Kautsky, der nach der „Freisinnigen Zeitung“ „herborrogendste Interpret des sozialdemokratischen Parteiprogramms“ in seinem „Erfurter Programm“ ausgeführt, daß eine Enteignung des bäuerlichen Kleinbetriebs schon deshalb überflüssig sei, weil der genossenschaftliche Landwirtschaftsbetrieb den Kleinbauern bald genug die Vorteile der Vergesellschaftlichung der Wirtschaftsweise klar machen werde: allein trotzdem wird sogar der Abgeordnete Wed als „jüngst verstorben“ zitiert, um die Bauern gegen die Sozialdemokratie aufzureizen.

Die „Freisinnige Zeitung“ betitelt ihren Artikel „Bauernfängererei“ und schließt ihn mit demselben Schlagwort. Freisinnige Bauernfängererei in der Tat! Aber diese Bauernfängererei ist denn doch zu läppisch, als daß darauf irgend jemand hereinfallen könnte.

### Internationale Solidaritätsbezeugung.

Aus London sendet uns der Sekretär der Sozialdemokratischen Föderation folgende Resolution, die in der Sitzung des Exekutivkomitees der Föderation vom 15. Januar beschlossen wurde:

Das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Föderation sendet den Mitgliedern und dem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie die herzlichsten Gedenkworte, beglückwünscht sie freundschaftlich zum glänzenden Kampf, den sie für die Sache des nationalen und internationalen Sozialismus führen und hofft zuversichtlich, daß sie mit einer mächtig gewachsenen Stimmengahl den vereinigten Mächten desprothischer Unterdrückung und kapitalistischer Reaktion im ganzen Reich einen weiteren schweren Schlag versetzen und so der sozialistischen Bewegung in der ganzen zivilisierten Welt mächtigen, fördernden Anstoß geben werden.“

Die deutschen Genossen werden alles daran setzen, sich der stolzen Hoffnungen, die die englischen Brüder in sie setzen, würdig zu erweisen.

### Regierungs-Wahlagitation.

Den Beamten und Arbeitern des Eisenbahndirektionsbezirks Essen wurde ein Erlass des Eisenbahnministers zur Kenntnis gebracht, worin dieser vor sozialdemokratischer Agitation warnt. Der Minister betont, daß er jeden ihm zur Kenntnis kommenden Fall untersuchen und strenge ahnden werde.

Der Staat fordert, wie die Stummlinge, daß die Beamten und Arbeiter, die vom Staat ausgebeutet werden, nach dem höchsten Wahlspruch der trauglichen Unwissenheit handeln: „Weiß

ich, daß ich sing!“ Ein herrliches Beispiel, das der Staat so den Unternehmern gibt. Mit der Arbeitskraft wird auch das Recht auf die Gewinnung des Arbeiters gekauft. Im 20. Jahrhundert — mehr als 100 Jahre nach der Verkündung der Menschenrechte!

### Das Wahlrecht der Heilstätten-Pfleglinge.

Am ihr Reichstagswahlrecht gekommen, so schreibt das „Sächs. Volksblatt“ zu Jwida, wären die Inassen der Heilstätten Albersberg und Reiboldsgrün, wenn sie sich mit den Verfügungen des Gemeindevorstandes in Bogelsgrün und der Amtshauptmannschaft Auerbach zufrieden gegeben hätten. Der Gemeindevorstand von Bogelsgrün hatte nämlich verfügt, daß die Inassen der obgenannten Heilstätten nicht in die Wählerlisten der zuständigen Gemeinde Bogelsgrün aufgenommen werden dürfen, weil die Heilstätten nicht als gegenwärtiger Wohnsitz der Inassen anzusehen seien. Dieser eigentümlichen Interpretation des § 3 des Reichstagswahlgesetzes durch den Gemeindevorstand trat auch die Amtshauptmannschaft Auerbach, an welche sich die Heilstätteninassen beschwerdeführend gewandt hatten, bei. Die armen Kranken wollten sich aber ihr höchstes politisches Recht nicht so ohne weiteres nehmen lassen und richteten deshalb ihre Beschwerde gegen den amtshauptmannschaftlichen Entschcheid telegraphisch an das Ministerium des Innern, welches derselben insofern stattgab, daß sie die Beschwerde an die Kreis- hauptmannschaft zur weiteren Erledigung abgab. Die Kreis- hauptmannschaft übernahm die Beschwerde an den Kreisaußschuß, welcher dieselbe für berechtigt hielt und bestimmte, daß die Heilstätten- inassen in die Wählerlisten einzutragen sind.

Durch diesen Beschluß ist 81 Wähler, welche der Bogelsgrüner Gemeindevorstand und die Amtshauptmannschaft Auerbach ihres Wahlrechts für verlustig erklären wollten, weil sie sich in der unglücklichen Lage befinden, krank zu sein und ihren Aufenthalt in einer Heilanstalt nehmen müssen, das Wahlrecht erhalten geblieben.

Es ist recht bezeichnend, daß die Amtshauptmannschaft in bezug auf die Heilstätteninassen zu einer gegenläufigen Auffassung des § 3 des Wahlgesetzes kommen konnte. Dem Gemeindevorstand ist dies weniger zu verübeln; aber der vorgesetzten Behörde, welche über genügend juristische Kräfte verfügt, dürfte dieser Kapus nicht passieren. Hoffentlich findet der Beschluß des Kreisaußschusses eine dauernde Beachtung bei allen unteren Verwaltungsbehörden, ansonsten die eventuell Geschädigten ebenso hartnäckig ihr Recht suchen mögen, wie dies die Inassen der Heilstätten Albersberg und Reiboldsgrün getan haben.

### Die eine reaktionäre Waffe.

Einer der für die Sozialdemokratie ausichtsreichsten Wahlkreise in Nordbayern ist der Wahlkreis Hof, der nicht nur in den städtischen, sondern auch in den ländlichen Bezirken eine starke Industrie- bevölkerung — vorwiegend Textilarbeiter — aufzuweisen hat. Unter diesen Arbeitern hat in den letzten Jahren die Aufklärung bedeutende Fortschritte gemacht. Die bürgerlichen Parteien haben die Gefahr des drohenden Verlustes des Kreises an die Sozialdemokratie erkannt und sich dagegen geschlossen erhoben. Der Kandidat des Blocks, der Freisinnige Goller, hat die letzten Hefen des ohnehin schon sehr abgerissenen freisinnigen Mantels von sich abgestreift und sich die Wähler durch das Versprechen ge- lauft, daß er auch ihre Interessen im Reichstage vertreten werde. Daraufhin zogen die Wähler ihre bereits aufgestellte Kandidatur wieder zurück. Ebenso hat die Zentrumspartei ihre Kandidatur zurückgezogen und ihren Anhängern empfohlen, für den Wahlkampf diejenige Haltung einzunehmen, die ihnen als Angehörigen einer Vaterlandstreuen, auf der Grundlage der christlichen Gesellschafts- ordnung aufgebauten Partei durch Verzicht und Geistes geboten ist.“ Das ist also eine Aufforderung, dem Block des Mandat retten zu helfen. Die Sozialdemokratie hat nun Nares Feld vor sich, sie wird alles daran setzen, die vereinigten Reaktionäre in die Pfanne zu hauen.

### Die Kandidatur Effert in Dortmund.

hat die Zentrumspartei in arge Verlegenheit gesetzt. Wie der Vor- stand der Dortmunder Zentrumspartei an der Spitze der „Tremonia“ mitteilt, ist in den leitenden Zentrumskreisen erzwungen worden, die Kandidatur Effert zurückzuziehen. Effert, das Vorstandsmittglied des Gewerksvereins christlicher Vergleite, ist nämlich vor etwa zwanzig Jahren wegen einer Pflanzerei zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dem Vorstand der Dortmunder Zentrumspartei war es, wie er in der „Tremonia“ erklärt, nicht bekannt gewesen, daß die Strafe so hoch war. Die Parteileitung erklärt, daß die Straftat zwar einen schweren Verstoß gegen die sittliche Rechtsordnung darstelle, daß man aber dennoch einstimmig beschlossen habe, an der Kandidatur Effert festzuhalten.

Eine Vertrauensmännerversammlung des Zentrums beschloß am Mittwoch einstimmig, an der Kandidatur Efferts festzuhalten, weil aus jener Straftat die Erfolglosigkeit Efferts nicht gefolgert werden dürfe und weil die Ernennung eines anderen Kandidaten in diesem letzten Stadium des Wahlkampfes von geradezu unheilvoller Wirkung sein würde.“

### Aus dem Wahlkreis Essen.

Der christlichsoziale Verein beschloß in seiner letzten Versammlung, von der Kandidatur des Herrn Behrens abzu- sehen, dafür direkt im ersten Wahlgange für den Kandidaten der Nationalliberalen, Postvorsteher Wiedenhoff, einzutreten. Dieser Beschluß ist charakteristisch für die Christlichsozialen. In der Nach- wahl des Jahres 1905 wurde zum erstenmal der christlichsoziale Kandidat aufgestellt, um dem damaligen Kandidaten der National- liberalen, dem als Anhänger der Raumannschen Richtung bekannten Herrn Dr. Riemeyer, die Stimmen der evangelischen Arbeitervereine abzutreiben. Jetzt, wo der nationalliberale Kandidat ein Reaktionär ist, sind die Christlichsozialen Feuer und Flamme für diese Kan- didatur.

### Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Aus dem Wahlkreis Ruppin-Templin wird uns berichtet: „Bitte, bitte, Herr Gendarm, ach, lösen Sie doch die Versammlung auf!“ So rief lebhaft am 14. Januar ein Vertreter der freisinnigen Volkspartei, Herr Klaus Postel, in einer von ihm einberufenen Wählerversammlung in Ravensbrück dem überwachenden Gendarm während der Rede unseres Kandidaten Genossen R. Kiesel zu. Herr Klaus Postel hatte in ein- stündiger Rede alles mögliche und unmögliche und mancherlei Unwahres erzählt so unter anderem, daß die freisinnige Volks- partei die Alters- und Invalidenversicherung im Reichstage beantragt habe (!) Kurzum der Freisinn hätte nach seiner Rede jede soziale Ver- besserung herbeigeführt, während die bösen Sozi gar nichts für das Wohl der Arbeiter getan hätten. Sie sind auch, so führte er weiter aus, Feinde jeder Lohnerhöhung, soweit die eigenen Betriebe in Frage kommen. Als Beweis wurde die „Deutscher Volkszeitung“ heranzu- gezogen. Diese habe, man höre und staune, ihren Arbeitern die Löhnerhöhung abgelehnt, dagegen aber an die Aktionäre 50 Proz. Dividende gezahlt und was der Lügen mehr sind. In der Diskussion sollten zunächst nur Ravensbrücker reden und so wurde Herr V. schon von einem unserer dortigen Genossen heimgeleitet. Dann kam Genosse Max Kiesel an die Reihe. Herr Postel wurde während der Rede unseres Genossen Kiesel immer unruhiger und ersuchte seinen von ihm eigens mitgebrachten Vorredner, dem Genossen Kiesel das Wort zu entziehen, da die 15 Minuten verfloßen seien. Kiesel dachte indes noch gar nicht aus Aufhören; auch verlangte die Versammlung, daß er weiter rede, und so wandte sich der für Recht und Freisinn kämpfende Apostel an den überwachenden Beamten mit der Forderung, unserem Genossen das Wort zu entziehen. (!) Das fiel dem Beamten gar nicht ein, er entgegnete, er habe hierzu kein Recht. „Dann lösen Sie doch, bitte, bitte, die Versammlung auf!“ rief lebhaft Herr Klaus, sprach's — und ramte zum Saale hinaus. Jedoch Kiesel redete weiter und setzte sein Programm auseinander.

So ward aus der liberalen Wahlversammlung eine sozialdemo- kratische, in der dem Freisinn die Masse vom Gesicht gerissen wurde. Ob Herr R. Schulz Herrn Postel für diesen Dienst sehr dankbar sein wird? Wir glauben kaum.

## Nationalliberale Bettelbriefe.

Wenn bei früheren Reichstagswahlen die Sozialdemokratie Beiträge von deutschen Arbeitern im Auslande oder von aus- ländischen sozialdemokratischen Vereinen erhielt, erhob sich jedes- mal in der nationalliberalen Presse ein Sturm der Entrüstung über die „Abhängigkeit der Sozialdemokratie“ vom Auslande und mit der ganzen freiblen Verbild, welcher dieses Pöbelgeindel fähig ist, wurde aus diesen Beiträgen gefolgert, die deutsche Sozialdemokratie hätte sich dem „Auslande“ verkauft. Dabei geniert sich die nationalliberale Partei durchaus nicht, nicht nur freiwillige Beisteuern zu ihrem Wahlfonds aus dem Auslande entgegenzunehmen, sondern von Partei wegen im Auslande für ihre Wahlkasse zu betteln. Mehrfach sind und in den letzten Tagen aus England und Preußen nationalliberale Bettelbriefe, unter- zeichnet von Bassermann und Dr. Friedberg, zugesandt worden, in denen der Zentralkomitee der nationalliberalen Partei um Geld bittet, und zwar sind diese Anschriften keineswegs bloß an „Landsleute“ geschickt worden, sondern auch an Ausländer deutscher Abstammung, die aber deren Eltern sich längst haben naturalisieren lassen. In diesen Schreiben heißt es:

Die Auflösung des deutschen Reichstags zwingt die nationalliberale Partei, welche an der Wiege des Reiches stand und in gemeinsamer, hingebender Arbeit mit dem Fürsten Bismarck die Fundamente des neuen Reiches baute, in den Kampf gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie, als den stillen und offenen Feinden von Kaiser und Reich, einzutreten.

Dieser Kampf wird mit aller Entschiedenheit geführt werden, um dem Reiche seine weitere gedeihliche Entwicklung im Innern und nach außen hin zu sichern. Es darf nicht wieder vorkommen, daß das Ansehen der deutschen Kaiser- Krone so bloßgestellt wird, wie dies durch das Zentrum, die Sozialdemokraten, Welfen und Polen am 13. Dezember 1906 geschehen ist.

Zu diesem, den zu Kaiser und Reich haltenden Parteien auf- gegangenen Kampfe bedarf es außer anderem auch reichlicher finanzieller Unterstützung. Nachdem uns von im Auslande lebenden Landsleuten für diesen Zweck bereits ohne jede Auf- forderung nicht unerhebliche Beiträge zugegangen sind, wenden wir uns nunmehr direkt an die im Auslande lebenden Deutschen, die treu an der alten Heimat erden hängen und mit uns der Ueberzeugung sind, daß durch eine kraftvolle, immer wieder von der nationalliberalen Partei geförderte auswärtige Politik das Ansehen der deutschen Krone in der Welt hochgehalten werden kann, und auch an ihrem Teil durch finanzielle Beihilfe zu unterstützen.

Jedweder Beitrag ist willkommen und zu senden an das Zentralkomitee der nationalliberalen Partei, Berlin W. 9, Schellingstr. 9.

Die nationalliberale Partei ist die Partei der Millionäre, der großen Kohlen- und Eisenmagnaten, der Reeder und der reichen Rentiers; aber dennoch vermag sie nicht die nötigen Mittel zu- sammenzubringen, um den Wahlkampf für das „Ansehen der deutschen Kaiserkrone“ zu führen, sie muß im Auslande betteln gehen. Es muß schlecht um das vielgerühmte „National- gefühl“ und „die Kaiserkrone“ bestellt sein, wenn die mit diesen Dingen behafteten Millionäre nicht mal die Kosten der in ihrem Interesse betriebenen Wahlagitation aufzubringen ver- mögen. —

## Flugblattschwindel.

Es ist unmöglich, aus der Unmasse von Flugblättern, die diesmal von den Segnern, in erster Linie dem Reichs- ligenverbände des Herrn Liebert, verbreitet werden, jedes einzelne zu besprechen. Das ist aber auch gar nicht nötig, da der in diesen Flugblättern enthaltene Schwindel von der sozialdemokratischen Presse bereits gehnmal offen- und zahlen- mäßig widerlegt worden ist.

Zunehmend schadet es nichts, wenn auch noch zum ersten Male an Stichproben aus dieser Papierflut des Blödsinns und des plumpsten Wahlschwindels gezeigt wird, weß Geistes Kinder die Verfasser dieser Flugblätter sind.

Betrachten wir heute ein Flugblatt, das von der „Deutschen Kolonial-Gesellschaft“ ausgeht und den Titel trägt:

„Deutschland, halte fest an deinen Kolonien!“

In diesem ungewöhnlich blöden und plumpen Nachtwort heißt es:

„Deutschland muß für seine kommenden Geschlechter in seinen Kolonien

ein neues Deutschland über See

gründen. Wir sollen unseren Ueberfluß an Menschen nicht nur den fremden Ländern geben, wo den Auswanderern deutsche Art und deutsche Sprache verloren geht, sondern wir sollen den Aus- wanderern die Möglichkeit geben, in ihrem neuen Vaterlande für alle Zeit Deutschland als ihr Mutterland zu behalten.

Eine übergroße Bevölkerungsziffer schafft ein Heer von Proletariern, das dem Vaterlande allmählich zur Last fällt.

Weniger Proletariat, mehr Kolonien,

das werde die Lösung. Auswanderung ist nur dann ein ge- sunder Aderlaß am Volke, wenn die Auswandernden ihrem Volke und Volkstum erhalten bleiben!“

Wir stellen diesem kindischen Gefasel gegenüber nur das Folgende fest:

Von allen Kolonien, die Deutschland besitzt, kommt für die Ausbeutung einzig Südwestafrika in Frage. Dort können aber nach den künftigen Veranschlagungen der besten Landes- kenneer wie Major François und Oberst Leutwein höchstens 10 000 Familien angesiedelt werden! Jeder dieser Ansiedler muß aber nach amtlicher Erklärung ein Anlagekapital von mindestens 20—25 000 M. besitzen!

Bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1903 gab es in Deutsch-Südwestafrika ganze 813 Farmer und Ansiedler, von denen zudem viele vor dem Vantrotti standen!

In allen vier afrikanischen Kolonien zusammen lebten außer den Beamten und Schutztruppenangehörigen 3117 Deutsche, die Frauen und Kinder mitgerechnet!

Und da schwagt das Flugblatt davon, daß in diesen Kolonien „später Millionen von Ackerbauern (!) ein gutes Brot finden“ könnten!

Weiter behauptet das Flugblatt, die Gesamtausgaben für die Kolonien hätten in den letzten 20 Jahren pro Kopf der Bevölkerung nur 16 M. 67 Pfennige betragen. Auch diese „Verechnung“ ist plumper Schwindel. Im Jahre 1885 zählte Deutschland erst 46 Millionen Einwohner, heute 60 Millionen. Wir hätten also für den 20-jährigen Durchschnitt mit 54 Millionen zu rechnen. Pro Kopf 16,67 M. ergibt die



Summe von 900 Millionen; in Wirklichkeit aber betragen die Gesamtausgaben für die Kolonien 1500 Millionen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel also eine Ausgabe von 28 M.! Ein proletarischer Familienvater mit Frau und drei Kindern mußte also für unsere herrlichen Kolonien 5 x 28 M. oder

140 Mark zahlen!

Besonders famos ist aber folgende Aufmachung über das Wachstum des Volkvermögens:

In den letzten 20 Jahren hat sich das Vermögen des deutschen Volkes riesig vergrößert. Auf jeden von den 60 Millionen Einwohnern Deutschlands würde dieser Vermögenszuwachs, wenn er ausgegahlt werden könnte, 500 Mark ausmachen.

Diese Aufmachung ist denn doch ein wenig — unvorsichtig, inwiefern sie noch dadurch illustriert wird, daß das Flugblatt eine Hand abbildet, die fünf blaue Lappen schwenkt. Eine Arbeiterhand ist es nicht! Denn die Arbeiter haben ja von den auf den Kopf entfallenden 500 Mark nichts abbekommen! Wäre das Vermögen gleichmäßig verteilt worden, so müßte ja jede proletarische Familie von 5 Köpfen ihre

2500 Mark Kapitalzinsen

auf der Sparkasse liegen haben! Davon ist aber keine Rede. Die 30 Milliarden Zuwachs des „Volksvermögens“ haben die Herren Kapitalisten allein geschluckt. Vermehrte sich doch das Vermögen der halben Million Jesuiten in Preußen, die mehr als 3000 M. Jahreseinkommen haben, in nur zehn Jahren — von 1895—1905 — nach der amtlichen Statistik allein um mehr als

16 000 Millionen Mark!

Zu gleicher Zeit wuchs die Zahl der Personen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 1 Million Mark von

31 auf 57!

Schließlich wird dann eine ganze Seite Groß-Fotografie dazu verwandt, um in grotesken Bildern dem Leser zu zeigen, welche Produkte man alle in den Kolonien gewinnen kann, als Reis, Guano, Kaffee, Baumwolle, Petroleum, Tabak, Rinder usw. Ein Tauende soll z. B. nicht etwa die Behandlung der Eingeborenen illustrieren, auch keine Anspielung auf die edlen Gepflogenheiten der Hänge-Peters enthalten, sondern zeigen, daß in den Kolonien auch Hanf gewonnen wird.

Nun, wenn sich die „Deutsche Kolonial-Gesellschaft“ einbildet, aus diesem Hanf ein Karrenfeil drehen zu können, an dem man die deutsche Arbeiterschaft zur Stimmabgabe für die koalitierte Reaktion an die Wahlurne heranzulocken kann, so wird sie am 25. Januar ihr blaues Wunder erleben! —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar 1907.

### Das Bülow-Festessen.

Fürst Bülow führt seinen Ruf ernstlich bedroht. Jahrelang konnte er in dem Gefühle schwelgen, als Kenner Büchmanns, dieses Klaffereextraktes aller Völker und Zeiten, ohne Konkurrenz dazustehen. Aber der zitatengeballte Kanzler begnügte sich nicht mit dem Ruhm der Gegenwart, er sorgte auch dafür, der Nachwelt unergessen zu bleiben. Eine Sammlung seiner Reden allein tat es nicht, denn die Nachwelt wird zweifellos den konzentrierteren Original-Büchmann der verdünnten Bülowischen Fassung vorziehen. Memoiren zu schreiben, wie seine Vorgänger Bismarck und Hohenlohe, schickte sich aber für einen so originalen Geist auch nicht. Fürst Bülow sorgte also dadurch für seine Unsterblichkeit, daß er mit Wienerfleisch eine Sammlung aller der Witzblätter anlegen ließ, die sich mit seiner Person beschäftigten. Wenn diese Sammlung nach seinem Tode erscheint, dürfte seine Unsterblichkeit ebenso gesichert sein, wie die des Hauptmanns von Köpenick.

Aber die Gegenwart erfüllt den Reichskanzler mit umso düsterer Sorge. Ein neues Gestirn ist aufgegangen, dessen strahlender Glanz ihn völlig zu verdunkeln droht. Herr Dernburg, der sagenumwobene Held der Börse ist nicht nur ebenso groß in der Kunst des Jürierens, nicht nur ein Zahlenjongleur und Bilanzmacher, gegen den selbst die Trebertrodner die reinen Waisenkneben sind, sondern auch ein politisches Genie, das die urgermanische Kraft eines Redner mit der glühenden Phantasie des Orient verbindet. Und dieser Dernburg begeisterte nicht nur im Reichstag die Hofloge zu frenetischem Beifall, sondern er schlug auch die Elite der deutschen Wissenschaft durch die Gewalt seiner Rede völlig in seinen Bann.

Da war es endlich an der Zeit, daß sich auch Fürst Bülow ernstlich regte. Im Reichstag hatte er ja versichert, daß nicht Dernburg der eigentlich starke Mann sei, sondern er selbst, Bülow, der als „Grüchenthaler“ schmählich Verkannte. Man kassierte auch dieser verblüffenden Sensation Beifall, aber man war doch nicht so recht überzeugt. Dann kam das Liebert-Manifest; aber ach, es war, nehmst alles nur in allem, eine Kiste. So muß denn Fürst Bülow abermals in die Arena steigen, um zu zeigen, daß es neben einem Dernburg auch noch einen Bülow gibt. Die Welt soll sich freuen, daß es — wie einst Goethe sagte — in dieser geniebegnadeten Zeit zwei solcher Herle gibt.

Das Arrangement zu diesem Wettstreit der Geistesdämonen hat das „Kolonialpolitische Aktionskomitee“ übernommen. Leider findet der Kampf um den goldenen Stierl unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt; selbst der Presse ist der Zutritt gesperrt. Nur geladene Vertreter „der Wissenschaft, der Kunst und der freien Berufe“ dürfen der morgen, Sonnabend, stattfindenden Sitzung beiwohnen. An diese Sitzung schließt sich dann ein Bülow-Essen an, zu dem in folgender Form eingeladen wird:

Diese auf den umliegend angegebenen Namen lautende Karte ist zum Essen mitzubringen!

Berlin SW., 19. Januar 1907.  
Dernburgerstr. 30.

Für das vom Kolonialpolitischen Aktionskomitee am Sonnabend, den 19. Januar 1907, abends 7 Uhr, im Palais-Hotel, Berlin W., Leipziger Platz 18/19, veranstaltete Essen (gesch. Uebertod)

15 Mark

für ein Gedek (einschließlich Wein, Kaffee und Trinkgeld) erhalten zu haben beschönigt!

Kolonialpolitisches Aktionskomitee.

J. A.:

Außer vom Herrn Reichskanzler werden Reden nicht gehalten.

Also nicht nur in der Sitzung, auch bei dem 15-Mark-Essen wird nur Bülow reden! Und seine Rede wird im Lande widerhallen! Hebt die Reiche!

Laßt die Trompete zu der Pauke sprechen.

Die Pauke zu dem Kanonier hinaus.

Zum Himmel das Geschütz, den Himmel zur Erde!

Jetzt trinkt Fürst Bülow Lippeln zu!

## Kirche, Adel und Bauern.

Im Zentrum spielt der Adel und der Klerus eine bedeutende Rolle, und namentlich auf dem Lande wissen sich die Fürsten, Grafen und Barone sowie die edlen Herren der Kirche als die besten Freunde der kleinen Leute zu empfehlen. Danach sollte man meinen, daß gerade die Kirche und der Adel sich der Bauern am eifrigsten angenommen hätten. Die Geschichte beweist beinahe das Gegenteil, und wie es mit der Liebe von Kirche und Adel zu der Landbevölkerung in einer besonders frommen Gegend, dem katholischen Rheinlande, bestellt war, davon geben folgende Zahlen den Beweis:

Kurfürstliche Tafelgüter	5 030	Rölnner Morgen
Güter des Klerus	90 758	"
Güter des Domkapitels	7 670	"
Gräfliche und adlige Ländereien	59 875	"
Ländereien gräflicher und adliger Stühle	32 518	"
Städtische und bürgerliche Ländereien	21 123	"
Hausmanns- und Bauernländereien	131 144	"

Von den insgesamt 848 015 Rölnner Morgen Land fielen also 105 749, das sind 12,5 Proz., auf Adel und Geistlichkeit, für die Bauern blieben 38 Proz., und für die Städte 6 Proz. In manchen Kreisen und Dörfern war das Verhältnis noch schlimmer; da fielen auf Adel und Klerus drei Viertel und darüber vom ganzen Grundeigentum.

Inerfänglich war die Kirche in ihrer Gier nach der Bauern Gut und Habe. Ein kurfürstliches Gesetz verpflichtete die Notare, Pfarrer und Schöffen, von denen Testamenten gemacht wurden, den Testator daran zu erinnern, daß er in erster Linie des Erzbischofs und der Domkirche in Röln zu gedenken habe.

Und zum Dank dafür, daß Adel und Kirche so gut verstanden haben, die bäuerliche Bevölkerung anzufangen, wählen heute die rheinischen Bauern die Junker und deren Handlanger, die Zentrums-advokaten, als ihre Vertreter in den Reichstag.

## Deutsches Reich.

### Bismarck und das Reichstagswahlrecht.

Nach dem Erscheinen der Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe hat bekanntlich der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, Professor Hans Delbrück, die in diesen Denkwürdigkeiten enthaltene Mitteilung, Bismarck hätte 1890 den Reichstag auflösen wollen, dahin ergänzt, daß Bismarck beabsichtigt habe, das allgemeine Stimmrecht aufzuheben. Gegen diese Mitteilung wendete sich am heftigsten die nationalliberale und freisinnige Presse, da ihnen eine solche historische Aufklärung nicht in ihre feile auf Verrückung der Massen gerichtete Politik paßt. Jetzt wird jedoch die sogen. „Delbrücksche Legende“ von dem Professor Dr. Otto Kaemmel bestätigt, der im Oktober 1892 Bismarck aufsuchte, um ihn wieder für die „Grenzboten“, die lange mit ihm in Verbindung gestanden hatten, zu interessieren. Herr Kaemmel schreibt darüber in den „Grenzboten“:

„Ich sagte ihm also, die „Grenzboten“ betrachteten die Sozialdemokratie als ein notwendiges Ergebnis des Kapitalismus und hielten die Emanzipationsbestrebungen des vierten Standes grundsätzlich für ebenso berechtigt, wie seinerzeit des dritten. Auf diese theoretische Betrachtung ging der Fürst nicht weiter ein, sondern er schickte die Frage sofort in ihren praktischen Konsequenzen. „Was ist sozialistisch?“ sagte er. „Wenn der Unternehmergewinn unter ein gewisses Niveau herabsinkt, dann zieht der Unternehmer sein Kapital eben zurück, schließt die Fabrik und schneidet Coupons. Die Sozialdemokratie will den Umsturz, ihre Führer saßen nun einmal auf diesem Wohlstande und streben nach der Herrschaft. Wenn sie die haben, werden sie alles umwerfen. Aber also einen geordneten Staat will, der muß die Sozialdemokratie bekämpfen. Als Reichshauptmann mußte ich nach dem Sage verschärfen: „Wer nicht will mitreden, muß nicht.“ In Rom war aquae et igni interdictus, wer sich außerhalb der Rechtsordnung stellte, im Mittelalter nannte man das ächten. Man müßte die Sozialdemokratie ähnlich behandeln, ihr die politischen Rechte, das Wahlrecht nehmen. Soweit würde ich gegangen sein. Die sozialdemokratische Frage ist eine militärische. Man behandelt jetzt die Sozialdemokratie außerordentlich leichtsinnig. Die Sozialdemokratie strebt jetzt — und mit Erfolg — danach, die Anteroffiziere zu gewinnen; die Führer machen es jedem Sozialdemokraten zur Pflicht, zu bleiben, wenn er Anteroffizier werden kann. In Hamburg — ich kenne die dortigen Verhältnisse ganz genau — besteht jetzt schon ein guter Teil der Truppen aus Sozialdemokraten, denn die Leute dort haben das Recht, nur in die dortigen Bataillone einzutreten. Wie nun, wenn sich diese Truppen einmal weigern, auf ihre Väter und Brüder zu schießen, wie der Kaiser verlangt hat? Sollen wir dann die hannoverschen und mecklenburgischen Regimenter gegen Hamburg aufbieten? Dann haben wir dort etwas wie die Kommande in Paris. Der Kaiser war eingeschüchtert. Er sagte mir, er wollte nicht einmal „Karätschenprung“ heigen, wie sein Großvater, und nicht gleich am Anfang seiner Regierung „bis an die Knöchel im Blute waten“. Ich sagte ihm damals: „Gew. Majestät werden noch viel tiefer hinein müssen, wenn Sie jetzt zurückweichen.“ Nun hielt er mich künstlich fern. Darin bekräftigte ihn der Großherzog von Baden, der das jetzt bitter bereut, und Wöllner, der ... zu weiter gar nichts da war, als dazu, meine Ansicht im Staatsministerium zur Geltung zu bringen.“

Gerade im gegenwärtigen Wahllampf beansprucht diese Darstellung größeres Interesse. Sie zeigt, wie die Regierungskreise über das Reichstagswahlrecht und die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter denken. Um sich die Herrschaft zu sichern, sind sie nicht nur zum Verfassungsbruch, sondern selbst dazu bereit, bis an die Knie im Blut zu waten. Und diese Kreise wollen dem Arbeiter glauben machen, daß sie sein Interesse vertreten!

### Offizielle Wahlüberraschungen.

Die „Kreuzzeitg.“ bestätigt die auch und zugegangene Nachricht, daß die Regierung beabsichtigt, noch in den beiden letzten Tagen vor der Wahl dadurch einen nach ihrer Meinung wirkungsvollen Schlag gegen die Sozialdemokratie zu führen, daß sie in allen preussischen Wahlkreisen, in denen nicht die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten ganz aussichtslos erscheint, große Massen von Flugblättern verteilen läßt. Während wir jedoch in Anbetracht der Tölpelhaftigkeit, mit der bisher die Offiziösen und speziell die „Korrb. Allgem. Ztg.“ den Wahllampf geführt haben, dieser geplanten Aktion mit größter Gemütsruhe entgegensehen, regt sich die „Kreuzzeitg.“ fürchterlich über diesen überschaulen Plan der Regierung auf — nicht etwa, weil sie solches Eingreifen der Regierung in den Wahllampf für verwerflich hält, sondern weil in den Flugblättern die Wählerschaft aufgefordert werden soll, unter allen Umständen für die Liberalen gegen die Sozialdemokratie einzutreten. Das paßt dem edlen Blatt der Hammerkeine nicht in seine „nationale“ Heimatspolitik. Während schreibt es:

„Aus sicherer Quelle wird mitgeteilt, daß in der Reichsdruckerei die Herstellung großer Mengen von Flugblättern in Vorbereitung ist, mit denen ganz Deutschland im gegebenen Moment übersät werden soll. Diese Flugblätter sind dazu bestimmt, die Wähler zum Eintreten für freisinnige und liberale Kandidaten zu bewegen, weil angeblich dadurch allein der Sozialdemokratie Mandatsverluste beigebracht werden könnten. Wir warnen hiermit unsere Parteifreunde sowie die gesamte konservative Wählerschaft vor diesem Wahlcoup. Die Feststellung, wer dahinter steht, wird um so weniger zu umgehen sein, als es ein Reichsbetrieb ist, in dem diese Flugblätter — angeblich auf Veranlassung eines bekannten Zeitungsindustriellen — hergestellt werden. Mögen die konservativen Organisationen im Reich auf ihrer Hut sein vor solchen Wahlüberraschungen, die vor Zerschlagung unternommen werden sollen, um die Wähler zu verblüffen. Möge man überall dort, wo konservative Kandidaturen geschädigt werden könnten, sofort die nötigen Gegenmaßnahmen treffen, um vor dem erwähnten Flugblatte, das in vielen Millionen von Exemplaren mit Wildfährigkeit die Wahlkreise überschwemmen soll, die Wähler zu warnen, aber sie auch gegen alle anderweitigen Wahlüberraschungen und Wahltricks — die selbstverständlich immer zugunsten der Freisinnigen und Liberalen zu wirken bestimmt sind — zu sichern.“

### Koalitionsfreiheit.

Da die Freisinnigen sich gegenwärtig in Versammlungen und Flugblättern als Hüter der Koalitionsfreiheit aufspielen, ist es notwendig, ihnen mit der Wahrheit ins Gesicht zu leuchten. Als im Jahre 1902 die Eisenbahner in Holland um ihre Koalitionsrecht kämpften, schrieb die „Freisinnige Zeitung“ wörtlich:

„Die gegenwärtigen Vorgänge in den Niederlanden sind sehr lehrreich auch außerhalb dieses Staates, überall, wo es eine starke sozialdemokratische Partei gibt. (Merkt Du was, Leser?) Die jetzige Bewegung in den Niederlanden richtet sich gegen die gesetzgebenden Faktoren, um dieselben zu zwingen, Abstand zu nehmen von einem Gesetzentwurf zur Einschränkung des Mißbrauchs der Koalitionsfreiheit. (Bekanntlich handelte es sich um ein Gesetz, das den Streik mit hoher Gefängnisstrafe bedroht. Red. d. B.) ... Koalitionsfreiheit bedeutet nicht zugleich die Freiheit, sich willkürlich von rechtlichen Verpflichtungen zu entbinden ... Es handelt sich in den holländischen Gesetzentwürfen auch nicht darum, die Koalitionsfreiheit einzuschränken, sondern in ähnlicher Weise wie dies § 153 der deutschen Gewerbeordnung bestimmt, die Freiheit des Arbeiters zu schützen (mit Gefängnis bis zu 3 Jahren! Die Red. d. B.) gegen den Zwang, sich an Koalitionen anzuschließen ... Auch hier (bei dem in holländischen Gesetz festgesetzten Strafen) handelt es sich nicht um Einschränkung der Koalitionsfreiheit, sondern um die Bestrafung des Koalitionsbruchs.“

Diese Äußerungen können gar nichts anderes bedeuten, als eine Aufforderung an die deutsche Regierung, ähnliche Gesetze zu schaffen. Das ist die wahre Herzensmeinung der Freisinnigen über die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und ihr gegenwärtiges Veredeln ist nichts als Wahlschwindel.

### Ein Arbeiterblatt!

In der Versammlung in Leipzig, in der sich der an Stelle des erkrankten Genossen Rotteler aufgestellte Genosse Heinrich Lange seinen Wählern vorstellte, versuchte, wie wir schon vor einigen Tagen mitteilten, der Nationalliberale Dr. Jund Profeligien für seine Kandidatur zu machen. Als Schläger glaubte er die Stellungnahme der „Leipziger Volkszeitung“ zum neuen Wählerkartentarif anführen zu können, um dann seine Werberede ausklingen zu lassen in den Ruf: „Die Arbeiter täten am besten, wenn sie sich den nationalen Parteien zuwendeten. Er rufe ihnen deshalb zu: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an.“

In der Diskussion wurde in ausgiebigem Maße das reaktionäre, feindliche Verhalten der Nationalliberalen den Gewerkschaften gegenüber gekennzeichnet. Einer der Diskussionsredner, der Buchdrucker Giebler, wies den demagogischen Kniff des Herrn Dr. Jund zurück. Er erklärte, die deutschen Buchdrucker könnten ihren Kandidaten niemals in Dr. Jund, sondern nur in Heinrich Lange sehen.

Fast ohne Ausnahme werden die deutschen Buchdrucker wohl derselben Auffassung sein, umso mehr, als das letzte Attentat auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter noch frisch im Gedächtnis der organisierten Arbeiter haftet. Anders jedoch das Organ des Buchdruckerverbandes, der „Korrespondent“. Im politischen Teil desselben, dem Briefkasten, finden wir in der Nummer vom Donnerstag, den 17. Januar, folgende Notiz:

„In Leipzig. Was der Herr Giebler da erklärte, ist doch für niemand bindend, zumal er keinen Auftrag dazu hatte. Man muß das — gelinde ausgedrückt — der Unerfahrenheit des jungen Mannes zugute halten.“

Es ist nur ein Glück, daß das politische Verständnis der großen Menge der Buchdrucker ein höheres ist, als das der geistigen Leitung ihres Verbandesorgans. Man sollte es aber fast nicht glauben, was eines Arbeiterzeitung — denn die soll der „Korrespondent“ doch sein — ihrem Verlecker bieten darf.

### Agarische Behauptungen.

Was Ähnlichkeit der Behauptungen im Dienste der Volksbeschwindelung anbetrifft, läßt das Agrarierturn sich von keiner nationalen Partei überbieten. In einem in den letzten Tagen herausgegebenen agrarischen Flugblatt wird u. a. folgender Schwindel produziert:

„Betreffs des Weizenpreises in Deutschland ist die Preissteigerung von 7 M. pro Tonne für 1906 gegenüber 1881—1904 nicht zu verkennen (Ausschlag der Weltmarkte), denn die Preislinien für Frankreich (wo die Bälle nicht geändert wurden) und für Rußland (welches zollfreie Exportland für Getreide ist) zeigen, daß während der Preis in Deutschland nur um 7 M. pro Tonne stieg, er zugleich in Rußland um 3 Mark, und in Frankreich um 14 Mark pro Tonne stieg. Die gleichzeitige Steigerung war also in Rußland höher und in Frankreich genau doppelt so hoch wie in Deutschland! Damit ist bewiesen, daß die deutsche Steigerung um 7 Mark nicht zu verkennen, sondern internationale Entwertung ist. Deshalb ist es unwar, wenn man die deutschen Getreidezölle als „Erotroucker“ bezeichnet.“

Die „Ähnlichkeit“ der agrarischen Behauptung mögen folgende Tatsachen illustrieren:

In Frankreich waren  
1881 Weizenzölle überhaupt nicht vorhanden;  
1887 wurde der Zoll auf 5, resp. 8,60 Frank festgesetzt;  
1891 dieser Zoll ermäßigt;  
1894 der Zoll auf 7 Frank pro 100 Kilo, gleich 66%, Markt auf 1 Tonne festgesetzt;  
1898 4. Mai der Zoll ganz suspendiert;  
1898 1. Juli der Zoll mit 7 Frank wieder erhoben.

Der agrarische Wahrheitsmann, bei dem der Preis die Mittel heiligen muß, erklärt mit eherner Stirn: in Frankreich wurden die Bälle seit 1881 nicht verändert! Nebrigens würde die Preissteigerung in Deutschland noch stärker sein, wenn nicht eine vermerkte Einfuhr von Amerika die Minderzufuhr von Rußland und Argentinien mehr wie ausgeglichen hätte. Nach einer Zusammenstellung der „Bank- und Handelsztg.“ stellt sich die Ausfuhr in den letzten sieben Monaten also seit Beginn der letzten Ernte, wie folgt:



In Tausenden Tonnen betrug die Ausfuhr:

Table with 6 columns: Year (1906, 1905, 1904, 1903, 1902, 1901) and rows for Vereinigte Staaten, Kanada, Argentinien, Russland, Donau, Indien, Australien, Verschieden, and Zusammen.

Zum polnischen Schulfreie. Der päpstliche Kammerherr, Präbendar Joseph Alos, Redakteur des katholischen „Beweislers“...

Husland.

Schweden.

Die große Wahlrechtsreform.

Der schwedische Reichstag ist am 16. Januar eröffnet worden mit einer Thronrede, in der auch der lang erwartete Vorschlag zur Wahlrechtsreform erwähnt wurde.

Norwegen.

Dem demokratisierenden Einfluß des Königtums hat man in Norwegen, solange der Schwedenkönig das Land von Stockholm aus zu regieren versuchte, wenig gespürt.

Amerika.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten im Fiskaljahr 1906 war gemäß dem jüngst erschienenen Bericht des Kommissionsars Sargent vom Einwanderungsbureau in Washington größer als zuvor.

Aus Industrie und Handel.

Die preussisch-hessische Eisenbahnbetriebsgemeinschaft hat im Jahre 1905/06 überaus glänzende Ergebnisse erzielt. Das Anlagekapital, das nunmehr 9173,52 Millionen Mark ausmacht...

Table with 3 columns: Year (1904/05, 1905/06) and rows for Bevölkerung, Wohnungsgeldzuschüsse, Löhne, and Wohlfahrtsausgaben.

Es muß auffallen, daß die Lohnsumme nur um 8 bis 9 Proz. in die Höhe gegangen ist. Da die Zahl der Arbeitskräfte eine Vermehrung erfahren hat, so ist der Verdienst der Arbeiter also noch lange nicht um 8 Proz. gegen 1904/05 gestiegen.

Stahlfabrikverband. Der Verband in Produkten A betrug im Dezember 1906: 440 025 Tonnen (Rohstahlgewicht), bleibt demnach hinter dem November-Verband (482 793 Tonnen) um 33 768 Tonnen oder 6,99 Proz. zurück.

und auf Formeisen 1 086 173 Tonnen (1905: 1 673 266 Tonnen). Der Gesamtbestand in Halbzeug Januar-Dezember 1906 ist also gegen das Vorjahr um 48 710 Tonnen oder 2,55 Proz. niedriger...

Gerichts-Zeitung.

Ein Oberagrarier in den Räthen des preussischen Vereinsgesetzes.

Der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Kreiskommission des Kreises Demmin hatte zum 18. Mai 1906 eine Landwirtschaftsversammlung nach Demmin einberufen. Der Zweck war die Stellungnahme zur Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften für Milchverwertung.

Ist der Schiffseigentümer verpflichtet, gesunkene Brack auf eigene Kosten entfernen zu lassen?

Im Dezember 1904 sanken zwei Schleppplänke der Aktiengesellschaft Georg Egestorffs Salzwerke zu Liden (Hannover) im Hafen I des Jollausschlaggebietes in Bremen.

Das Landgericht Bremen und das Oberlandesgericht Hamburg gingen davon aus, daß der Anspruch des Reichsgerichtes nach dem Bremischen Gesetz wohl gerechtfertigt sei, daß aber das Reichsgesetz ihm entgegenstehe, weil es die Behörde lediglich auf den Verkauf der beizugehenden Gegenstände verweise.

Das Reichsgericht gelangt zu einer Entscheidung der Frage, ob die reichsgesetzliche Strandungsordnung die Strandungsangelegenheiten namentlich auch gegenüber den Eigentümern vollständig und abschließend regeln wollte und ob deshalb Ergänzungen durch Landesgesetze angängig sind.

Pfarrer Gaisert vor dem Reichsgericht.

Ueber die am Donnerstag erfolgte Verwerfung der Revision des Pfarrers Gaisert gegen das Urteil des Landgerichts Freiburg vom 6. Oktober zu einem Jahre Zuchthaus wegen Verleitung zum Meineid haben wir in dem größten Teile der gestrigen Auflage bereits telegraphisch berichtet.

seinen Eid nicht verweigern und solle aussagen, was er wisse. Er teilte dem Wahlkommissar seine Wahrnehmungen mit und übergab ihm den Brief des Angeklagten. Das Gericht hat entgegen der Behauptung des Angeklagten angenommen, daß er den Eid nicht zu einer ausweichenden, sondern zu einer unwahren eidlichen Aussage vor dem Wahlkommissar und dem Gerichte verleiten wollte.

Gefändnis unter dem Zwange der Verhältnisse.

In eine doppelt unangenehme Situation war der Arbeiter Adolf Schütt geraten, der aus der Haft der neunten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Der Angeklagte ist, nachdem er schon vorher verschiedene Vorstrafen erlitten hatte, als Soldat desertiert und hat sich in aller Herren Länder herumgetrieben.

Eingegangene Druckschriften.

- Das parlamentarische Wahlrecht im Reich und in Preußen und seine Reform von L. v. Savigny. Preis 3 M. Verlag: C. Heymann, Berlin W. 8.
Gutweder recht oder links! Wahlbetrachtungen von Georg Wolf. 22 Seiten. Verlag: R. Hobbing, Berlin SW.
White Capital and Coloured Labour. (Weißes Kapital und farbige Arbeiter) von Sydney Dillner. (Ed. IV der „Socialist Library“, herausgegeben von J. Ramsay Mac Donald) London, im Verlag der „Independent Labour Party“.

Die Stadtverordnetenwahlen in Wilmersdorf.

Während während der intensiven Arbeit zur Reichstagswahl haben die Wilmersdorfer Genossen noch die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung zu bewältigen. Bei den gestern stattgefundenen Wahlen wurden gewählt die Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien Lehrer Pulver und Kanzleisekretär Klette.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die vielgepriesene Arbeiterfreundlichkeit.

Krefeld, 18. Januar. (B. L. B.) Die sämtlichen Färberkreise haben in einer heute mittag abgehaltenen Versammlung beschlossen, vom nächsten Montag ab sämtliche in ihren Betrieben beschäftigten Färber auszusperren. Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie hielt heute abend eine Generalversammlung ab, um zu der Aussperrung der Färber Stellung zu nehmen.

Schutz der Kranken vor Ausbeutung.

Darmstadt, 18. Januar. (B. S.) In einer Eingabe an die zweite Ständekammer beantragten die Abg. Ulrich und Genossen (soz.), daß für Apotheken keine weiteren Konzessionen mehr erteilt werden und die jetzt bestehenden Apotheken allmählich käuflich vom Staat übernommen werden.

Propaganda für den Generalfreie.

Budapest, 18. Januar. (B. S.) Die Sozialdemokraten verbreiteten heute in Tausenden von Exemplaren Flugblätter, in denen für einen Generalfreie in ganz Ungarn Propaganda gemacht wird.

Gegen den Militarismus.

Brüssel, 18. Januar. (B. S.) Die Sozialisten organisierten für den 31. d. Mis. eine große antimilitaristische Kundgebung, welche in einem Straßenumzuge bestehen soll.



Kolonialausbeuter und Missionare.

Einer Broschüre „Die Wahrheit über die Heidenmission und ihre Gegner“, die einen Vortrag des Geometers J. Scholze, gehalten am 9. Oktober 1904, wiedergibt und als Sonderbeilage der Zeitschrift „Deutsche Kolonien“, herausgegeben von Dr. E. Th. Förster und P. Gustav Müller, erschienen ist, entnehmen wir folgende Stellen über die Erfahrungen der Missionen in Kamerun:

Die größten und gemeinsten Angriffe gegen die Mission, die alles bisher Gehörte in den Schatten stellen, leistet sich auch darin wieder die „Koloniale Zeitschrift“, die in Nr. 6 dieses Jahres schreibt: „Tausende und Millionen deutschen Geldes werden für die Missionierung Jahr für Jahr verschwendet; die Erfolge sind gleich Null. Teerzungen, in denen empfindsame, einfältige Weiber Kleider und Socken für Niggerdenk anfertigen, tragen in breite Schichten des Volkes die Anschaffung von der Erziehungsfähigkeit der Farbigen und halten damit die Kolonien in ihrer Entwicklung zurück. Die vornehmen Arbeiterinnen würden sich schon entfegen, wenn sie wüßten, was ihre kleinen, süßen Regenschirmchen im Alter von 5-8 Jahren an Bestialitäten leisten.“ Und in gleicher Nummer heißt es weiterhin: „Der Missionar, besonders der evangelische, ist das wertvollste Produkt Afrikas. Die Männer werden Galanten und die Weiber Dirnen. Der wilde Neger, der noch unter dem Einfluß seiner barbarischen Rechtsanschauungen steht, ist tausendmal wertvoller für die zivilisatorische Arbeit des Weibes, als der widerliche, präventive Dönnener, den die Mission heranzüchtet.“

Im die Stellung des Missionars als Anwalt der Eingeborenen in seiner ganzen großartigen Bedeutung recht zu würdigen, bin ich genötigt, aus dem Kapitel der Eingeborenenbehandlung einige bezeichnende Fälle hier anzuführen und die ärgsten Missionsgegner etwas scharf unter die Lupe zu nehmen. Zunächst will ich die Landfrage besprechen. Nach dem Aufstande der Bakwiri am Kamerungebirge erklärte die Regierung deren gesamtes Land als sogenanntes Kronland, d. h. als Eigentum des Reiches. Das ganze anbaufähige Gebiet wurde dann von der Regierung an große Pflanzungsgesellschaften verkauft zum Preise von nur 5 M. für einen Hektar. Den Eingeborenen wurden zu ihrem Lebensunterhalte pro Familie nur 1 1/2 bis 2 Hektar vorbehalten, bei deren Zuteilung ich mitwirkte. Diese Reservate hätten wohl genügen können, wenn die Eingeborenen nicht Raubbau, sondern rationelle Landwirtschaft trieben und wenn diese Reservate auch überall anbaufähig gewesen wären. Auf eine künstliche Vermehrung des Volkes war dabei überhaupt keine Rücksicht genommen worden. Es stellte sich auch bald bei den Bakwiri eine große Not ein, und die Unzufriedenheit wuchs so sehr, daß man einen Aufstand befürchtete; denn es war nicht genug, daß man sie ihres Landes beraubt hatte, sondern man brachte sie auch um ihr Vieh. Jedes Haustier, das sich in eine Pflanzung verirrt, ward unbarbarisch getötet oder weggeführt und konnte nur durch schweres Lösegeld wieder erlangt werden. Manche Pflanzler betrieben das Einfangen des Viehes fast sportmäßig und rühmten sich, daß sie ihre Gesellschaft mit so vielem frischen Fleische versorgten. Die Regierung und die Pflanzler haben es nur den Bemühungen der Basler Mission zu danken, daß ein blutiger Aufstand verhütet wurde, indem sie die Bakwiri besänftigten, und mich veranlaßten, diese nur genau bekannten Mißstände der Öffentlichkeit zu unterbreiten.“ Diese Landenteignung und der Viehraub waren aber nicht die einzigen Ursachen für Unzufriedenheit und Gärung unter den Eingeborenen im Pflanzungsgebiet. Man hatte auch begonnen, die zerstreut liegenden Dörfer auf einige Plätze zusammenzulagern und ging dabei so rücksichtslos vor, daß die Bewohner einzelner Ortschaften nicht nur ungenügend Zeit zur Umsiedlung hatten, sondern überhaupt keinen Platz mehr fanden, so z. B. die von Dibanda, welche mehreremale von ihrem Wohnsitz gewaltsam vertrieben wurden. Ich selbst war Zeuge, daß man ihnen die Hütte anzündete, wenn sie nicht schnell genug das Feld räumten.“

Dann wird die Frage der eingeborenen Arbeiter behandelt. Die Missionen hätten sich anfangs zur Arbeitsvermittlung bequemt. Jedoch:

„Als sie sahen, wie grausam oft diese Arbeiter in den Pflanzungen behandelt wurden, wie innerhalb Jahresfrist der vierte Teil von ihnen dahingerafft wurde und als Kulturfolger dienen mußte, die übrigen zum großen Teil schwer erkrankten, und als sie wahrnahmen, wie diese Unglücklichen aber durch den aufgedrängten Schnapsgeuß und das schlechte Vorbild der meisten ihrer Herren immer tiefer sanken, da konnten sie es vor Gott und ihrem Gewissen nicht mehr verantworten, zu solch ungerechten und bösem Treiben mitzuwirken. Durch keinerlei Versprechungen ließen sie sich zu weiteren Anwerbungen verleiten.“

Die Folgen dieser Arbeiteranwerbungen waren blutige Aufstände und hernach schreckliche Strafexpeditionen. Und wer war es, der diesem abschuldigen Treiben entgegentrat? Ein Basler Missionar brachte die Gruesstaten des Hauptmanns v. Besser an die Öffentlichkeit, und die Basler Mission sandte Beschwerde auf Beschwerde nach Berlin. Das ist wieder Grund genug, sie zu lassen!“

So haufen unsere „Kolonisatoren“ in unseren Kolonien! Die Folge davon sind endlose Kolonialkriege! Speziell für Kamerun liegt folgende amtliche Statistik vor:

Die Tabelle reicht von 1891 bis 1903. Einzelne sind aufgezählt: 10 Strafexpeditionen, 17 Expeditionen gegen Stämme usw., 3 Kriege- und Feldzüge, 10 Gefechte, 2 Unternehmungen gegen Stämme, ein Ueberrfall. Außerdem wird kurz von militärischen Unternehmungen des Gouvernements in den Jahren 1891, 1892, 1893, 1894 gesprochen. Wie viele Strafexpeditionen, Expeditionen, Kriegszüge, Gefechte in diesen Unternehmungen steden, ist nicht ersichtlich. Ferner sind fünf Monate dauernde Kämpfe gegen den Emir Zuberu von Nola und seine Verbündeten eingetragenen. Auch sind zweimal mehrere Gefechte unter einer Nummer und einem Namen erwähnt. In Kamerun, wo der würdige Herr v. Puttkamer im Verein mit seiner gefälligen Cousine das Deutsche Reich im allgemeinen und seine Junker im speziellen so herrlich vertrat, sind für das Jahr 1901 nicht weniger als 12 Expeditionen usw. gegen eingeborene Stämme aufgeführt.

Und für solche Kulturthaten soll das deutsche Volk Milliarden aufbringen! —

Die russische Revolution.

Finanzkrisis.

Wie die russische Regierung sich aus ihrer verzweifeltsten Situation zu retten sucht, geht aus folgendem Telegramm hervor: Petersburg, 18. Januar. (B. L. W.) Die „Weska“ erfährt, soll ein französisches Syndikat, an dessen Spitze Kowier steht, die Konzession zum Bau einer Waggon- und Lokomotivfabrik in der Nähe der Station Nikowla an der Katharinenbahn erhalten haben. Die russische Regierung habe sich verpflichtet, die Waggon- und Lokomotiven der geplanten Fabrik gegen eine festgesetzte Zahlung, in der auch die Zugschulden imbegriffen ist, zu benutzen. Außerdem soll die Katharinenbahn demselben Syndikat verpachtet werden, das eine Kautions von 200 Millionen Rubel zu stellen hat.

Nach einer andern Blättermeldung hat eine englische Gesellschaft die der Staatsbank gehörenden bedeutenden Silber-, Zinn-

und Kupferwerke in Bakaranta in Finnland erworben. An der Spitze des Kontrahents soll eine der größten Londoner Finanzfirmen stehen.

Auf diese hinterhältige Weise glauben die russischen Finanzkünstler die offene Anleihe umgehen zu können; denn es versteht sich von selbst, daß die „Kautions“ von 200 Millionen Rubeln in Wirklichkeit nichts anderes darstellt als eine verkappte, maskierte Anleihe. Eine Kautions darf für gewöhnlich nicht angetastet, sie muß hinterlegt werden. Die 200-Millionen-Rubel-„Kautions“ aber wird scheinlich in ein paar Tagen bis auf die letzte Kopfe verpulvert sein.

Ein nicht minder volksgefährdiges Treiben stellt jener Verkauf der Bodenschätze dar, dessen Verderblichkeit wir schon des öfteren gekennzeichnet haben.

Daß man am Vorabend der Duma-Wahlen diese Finanzoperationen waagt, zeigt, daß die russische Regierung ihre Lage und ihre Chancen wieder einmal in gar zu rosigem Lichte sieht.

Die Kloaken-Wirtschaft.

Mit Zustimmung des baltischen Generalgouverneurs Baron Moller-Salomeski hat die Rigauer Administration ein besonderes Nachrichtenbureau eingerichtet, das den Zeitungen entsprechende (!) Mitteilungen zuzustellen und sie auch darauf aufmerksam zu machen hat, was in der baltischen Presse nicht erscheinen darf!

Der Jude wird verbrannt.

Moskau, 18. Januar. (B. L. W.) Der Stadthauptmann forderte den Rektor der Universität auf, ihm die Wohnungen aller an der Moskauer Universität studierenden Juden anzugeben, da er im Falle eintretender Unordnungen alle jüdischen Studenten ausweisen werde!!

Ganz die Taktik der Pogromleute, die für alle Vergehen — auch für die von Nichtjuden und von ihren eigenen Lodspiegeln begangenen — die Juden büßen lassen.

Unsere gestrige Mitteilung über das Gericht: Genossin Luremburg sei vom Warschauer Kriegsgericht zu 15 Jahren schwerer Zwangsarbeit verurteilt, können wir heute dahin ergänzen, daß — wie wir voraussetzten — die Nachricht sich nicht bestätigt. Ein russischer Parteigenosse A. wurde dieser Tage zu 8 Jahren Zwangsarbeit verurteilt — damit hängt wohl die erwähnte Falschmeldung zusammen.

Aus der Partei.

Zum vierten Parteitag der kroatisch-slawonischen Sozialdemokratie.

Die kroatisch-slawonische Sozialdemokratie führt schon einige Jahre schwere Kämpfe um ihr Dasein in ihrem von Akeras und Durancratie bedrückten „Vaterlande“. Trotz aller Verfolgungen gelang es ihr doch, sich soweit zu behaupten, daß sie mit Selbstbewußtsein den weiteren Kämpfen entgegensehen darf.

In den Weihnachtstagen hielt sie ihren vierten Kongress in Ofjel ab, dessen Bedeutung insbesondere darin gipfelt, daß beschlossen worden ist, alle Bande mit den bürgerlichen Parteien zu lösen und sich einiger an die internationale anzuschließen. Der Kongress beauftragte das Zentralkomitee, mit den übrigen sozialistischen Parteien, welche in dem internationalen Bureau zu Brüssel vertreten sind, Beziehungen anzuknüpfen, damit die Partei „ein lebendes Glied der roten Internationale, ein Posten des solidarischen internationalen Proletariats werde.“

Die Entwicklung der Parteifräfte während der Periode geht aus folgenden Daten hervor: Die Agitationskosten erreichten einen Betrag von 3000 Kronen; es wurden 77 öffentliche, ausschließlich der politischen Propaganda gewidmete Versammlungen und ziele 2000 vertrauliche Agitationsversammlungen abgehalten. Zur Raifeier wurden 25 000 Flugblätter herausgegeben. Die Propaganda und Agitation umfaßt nicht nur Kroatien und Slawonien, sondern auch Dalmatien und das okkupierte Gebiet Bosnien und Herzegowina, wo überall die kroatisch sprechende Arbeiterschaft zahlreich angesiedelt ist.

Die Parteipresse besteht aus zwei Organen („Napred“ und „Slobodnja Nieska“), die zweimal monatlich erscheinen und zusammen ein Wochenblatt bilden. Im Parteiverlage „Nasa Snaga“ wurden zahlreiche sozialistische Agitations- und Propagandazwecke verfolgende Broschüren und Bücher herausgegeben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafentscheidungen der Presse. Genosse Schlegel-Nürnberg von der „Frankischen Volkstribüne“ hatte sich vor dem Schöffengericht Kulmbach wegen Verleumdung der Mitglieder der dortigen Brauereibesitzervereinigung zu verantworten, weil das Blatt den Terrorismus der Brauereibesitzer geißelt hatte. Schlegel wurde zu acht Tagen Gefängnis verurteilt.

Soziales.

Haftet der Arbeitgeber für Arbeitersachen, die aus der besonderen Fabrikgarderobe verschwinden?

Die große Papiertwarenfabrik von Krause, in der über 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, hat ihre Garderobe im Keller des Fabrikgebäudes. Die Arbeitsordnung zwingt die Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre überflüssigen Kleidungsstücke in der Garderobe zu lassen. Dem Buchbinder K. verschwand aus der Garderobe eine gute Hofe. Als er nach einiger Zeit ein Urteil des Berliner Kaufmannsgerichts las, wodurch in einem gleichartigen Falle eines Handelsangestellten der Chef für haftbar erklärt worden war, machte auch er im Klagewege Erheben gegen Krause geltend. Die zuständige Kammer VIII des Berliner Gewerbegerichts nahm in mehreren Terminen eine umfassende Vernehmung vor. Festgestellt wurde unter anderem: Der Garderobenraum, in dem eine verschließbare Garderobekapsel vorhanden ist, ist selbst verschlossen. Die Garderobiere hält sich gewöhnlich in der Damengarderobe auf. Zu bestimmten Zeiten hat sie auch anderweitig im Gebäude zu tun, weshalb auch der Spezialportier des kroatischen Fabrikhauses einen Schlüssel zur Garderobe in seiner Loge hat. Will ein Arbeiter während der Arbeitszeit etwas aus der Garderobe herausholen, so muß er sich den Schlüssel entweder von der Garderobierin oder, wenn sie abwesend ist, vom Portier holen, um ihn dann dort wieder abzugeben. Von 5 Uhr nachmittags ab ist die Garderobe offen, da sich die Arbeiter truppweise nicht zu gleicher Zeit entfernen, manns da unten auch noch ein Bad nehmen. Nach der Ueberzeugung der Garderobierinnen können nur Arbeiter des Betriebes zur Garderobe Zutritt erlangen, höchstens noch Arbeiter, die Ausbesserungen im nebenliegenden Maschinenraum zu machen haben und fast immer dieselben sind. — Der Portier als Zeuge suchte darzutun, daß seine Kontrolle am Eingange des Gebäudes, wo die Garderobe liegt, bezüglich des Ein- und Ausganges von Personen eine durchaus zuverlässige sei, selbst während der Abendstunden, wo er den Ausgang der Mitten kontrolliere. Personen, die mit Paketen aus der Fabrik gingen, würden öfter angehalten zum Zwecke der Durchsicherung des Pakets.

Gewerbeinspektor Gewerbeamt Dr. Fritz Anoll, der seit zwei Jahren in Berlin angestellt ist und dem der Inspektionsbezirk Süden zugeteilt ist, wurde als Sachverständiger über die Frage vernommen: „Ist es in den Berliner Groß-

betrieben gewerblicher Art, die eine erhebliche Menge von Arbeitern beschäftigen, als zurzeit bereits verkehrsbüchlich zu erachten, daß besondere, verschließbare Behälter (Schränke) zur Aufbewahrung von Garderobenstücken gehalten werden? Der Sachverständige erklärte dies für nicht verkehrsbüchlich. Im Süden Berlins habe er noch keine verschlossenen Schränke gefunden. Es möge sein, daß sie in dem einen oder anderen Betriebe vorhanden seien. Das sei aber nur vereinzelt und auf keinen Fall eine verkehrsbüchliche Erfassung. Das letztere bemerkte der Sachverständige auf Einwürfe von Weisigern und des Klägers, die verschiedene Großbetriebe, namentlich aus der Papierverarbeitungs- und Druckindustrie anzuführen, wo verschließbare Garderobenbehälter (Schränke) vorhanden sind.

Die 8. Kammer unter dem Vorsitz von Dr. Schoden wies die Klage kürzlich mit folgender Begründung ab: Zunächst habe das Gericht angenommen, daß kein unentgeltlicher, sondern ein entgeltlicher Verwahrungsvertrag hier vorliege, weil hier der Verwahrungsvertrag ein Teil des Arbeitsvertrags geworden sei. Deshalb sei die Klage so, daß der Beklagte einzutreten habe für jede Fahrlässigkeit. Fahrlässig handele aber, wer die im Verlehr erforderliche bezw. übliche Sorgfalt vernachlässige. Sache des Beklagten Krause sei es gewesen, den Nachweis zu führen, daß er alles getan habe, was nötig sei, um seiner Haftung für die Aufbewahrung der Garderobenstücke wirksam gerecht zu werden. Dieser Beweis sei ihm gelungen. Wie die Zeugenaussagen ergäben, habe er verlässliche Leute angestellt und eine sorgfältige Bewachung der Zugänge durchzuführen lassen. Die Zugänge selbst seien so eingerichtet, daß es einen außerordentlichen Fall voraussetzen heiße, wenn trotzdem von der Möglichkeit gesprochen sei, betriebsfremde Personen könnten dennoch vielleicht in die Garderobe hineingelangen. Im übrigen betrage sich vorliegend das Gewerbegericht allerdings im Gegenfah zur einer Entscheidung des Kaufmannsgerichts vom 9. Oktober 1906. Dieses habe festgestellt, daß in einem gleichliegenden Falle der Arbeitgeber haftete, weil bei Einrichtung von Garderoben als verkehrsbüchliche Art erfordert werden müsse das Vorhandensein verschließbarer Garderobenbehälter. Das Gewerbegericht könne das nicht feststellen, wenigstens nicht für gewerbliche Betriebe. Es stütze sich dabei auf das Gutachten des Sachverständigen.

Das Verschwinden der Hofe sei hier ein unglücklicher Zufall, den der Kläger selbst zu tragen habe.

Die vorstehend wiedergegebene Entscheidung widerspricht nicht nur der durchaus zutreffenden Entscheidung des Kaufmannsgerichts, sondern auch der Gewerbegerichte und dem klaren Wortlaut und Inhalt des Gesetzes. Spezielle Vorschriften darüber, ob der Arbeitgeber jeden durch Verschuldung, insbesondere durch Diebstahl oder Verbrennen der Werkzeuge, der Anzüge usw. entstandenen Schaden zu ersetzen habe, stehen im Gesetz nicht. Die Frage ist mithin auf Grund der allgemeinen Rechtsregeln und der Vorschriften über den Verwahrungsvertrag zu beantworten. Ausschlaggebend sind hierbei §§ 276, 278, 688, 691 B. G. B. Danach haftet der Arbeitgeber für unrichtige Rückgabe der von ihm aufbewahrten Sachen des Arbeiters, eventuell für deren Erlass, in allen Fällen, in denen er bei der Aufbewahrung die im Verlehr erforderliche Sorgfalt vernachlässigt. Ebenso haftet er nach § 278 B. G. B., wenn ein Verschulden der Person vorliegt, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient. In gleichem Sinne ist z. B. in dem Urteile des Gewerbegerichts zu Wilhelmshafen vom 25. 3. 1901 („Gewerbegericht“ Bd. 8 S. 117) entschieden. Das Berliner Gericht ist zu seiner dem Gesetz widersprechenden Ansicht durch den großen Rechtsirrtum gelangt, die im Verlehr erforderliche Sorgfalt (§ 278 B. G. B.) sei mit der im Verlehr üblichen gleichbedeutend. Dieser Rechtsirrtum liegt auf der Hand. Würde das Gesetz diesen Irrtum gebilligt haben, so hätte es eine Prämie auf möglichst ausgedehnte Summelei gesetzt. Die im Verlehr erforderliche Sorgfalt ist nie mehr als die im Verlehr übliche: sie umfaßt diese, geht aber darüber hinaus. Im Verlehr erforderlich ist eine sichere Bewachung der zur Aufbewahrung übergebenen Sachen, insbesondere die Aufbewahrung in einem verschließbaren und hinreichend bewachten Raum. Die gewerbegerichtliche Entscheidung stellt ja den Arbeiter, der verpflichtet ist, seine Sachen abzugeben, schlechter als jeden anderen, der freiwillig gegen Entgelt Sachen zur Aufbewahrung gibt. Hoffentlich bleibt die verkehrte Entscheidung des Gewerbegerichts eine vereinzelte.

Die Versteigerung eines armen Kindes.

In einem Dorfe bei Augsburg wohnt ein armer Besenbinder, der sich ehelich durchs Leben zu schlagen versuchte. Er arbeitete fleißig. Oft war der Verkauf von Besen in der Stadt aber gering. Er mußte dann Betteln. Betteln ist jedoch verboten. Er wurde bestraft und — ausgewiesen! Ausgewiesen aus dem Stadtgebiet, in dem er bisher fast ausschließlich seine Besen verkaufen konnte! Jetzt ging es bergab mit ihm, jetzt wurde er „ein vielfach vorbestrafter Mensch“ — er war ja ausgewiesen und seines Verdienstes beraubt! Sein einziges Kind, das er bis zu seiner Ausweisung aus der Stadt rechtchaffen erzog, verfiel nun mit dem Vater der Armenpflege des Heimatdorfes. Der Bürgermeister veranfaßte alle Jahre eine Versteigerung des Armenkindes — 9 Pfennig zum ersten — 9 Pfennig zum zweiten — 9 Pfennig zum dritten Mal! Der Wenigstnehmende mit 9 Pfennig pro Tag erhielt den Zuschlag und das Kind dafür zur „Erziehung“ — zur Ausbeutung! Die Folgen dieser „Erziehung“, dieser freudlosen, schrecklichen Jugend sind nun da — der verwahrloste Knabe, jetzt 13 Jahre alt, wurde jüngst wegen Diebstahls zu Gefängnis verurteilt. — So erzieht die herrliche Gesellschaftsordnung zu Verbrechen und tobt dann über die „wachsende Verwahrlosung“.

Dienstdienst.

Der Gastwirt Lendle in Augsburg war arg verschmupst, als seine Dienstmagd auf ihrem nur zwei Stunden währenden 14tägigen Sonntagsausgang bestand. Als sich das Mädchen dann anzog, überfiel er sie in ihrer Bodenkammer, schlug sie mit den Fäusten einige Male ins Gesicht und sperrte sie dann zwei Stunden im Dachboden ein, wo sie dann von fremden Personen zufällig befreit wurde. Das Landgericht Augsburg erkannte für diese Brutalität des Dienstherrn auf die Mindeststrafen von 3 M. für die Körperverletzung und 1 Tag Gefängnis für die Freiheitsberaubung.

Gewerkschaftliches.

Wer übt Terrorismus?

Darauf gibt das Ergebnis einer Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankischen Volkstribüne“, Genossen Paul Schlegel, vor dem Schöffengericht Kulmbach Auskunft.

Im Jahre 1905 brach in Kulmbach ein allgemeiner Streik der Wöttcher aus, der ungünstig verlief. Einer der damaligen Streikenden, der Wöttcher Hofmann, konnte lange keine Arbeit mehr erhalten, bis ihn im Oktober v. J. der Wöttchermeister Neubauer in seiner Wohnung aufsuchte, und ihn bat, bei ihm auszuhelfen, wobei er ihm Arbeit bis März 1907 versprach. Raum hatte jedoch Hofmann einige Tage gearbeitet, als Neubauer vor die Sitzung der Wöttchermeistervereinigung geladen und aufgefordert wurde, den Hofmann wieder zu entlassen, da er beim Streik in Versammlungen gegen die Meister aufgetreten sei und auch Streikposten gestanden habe. Der Meister Neubauer erklärte darauf am Sonnabend dem



Hofmann, es tue ihm leid, aber er müsse ihn entlassen, weil er sonst von den Brauereien, von denen sämtliche Böttchmeister abhängen, keine Arbeit mehr bekommen.

Diesen Fall hatte die „Volkstribüne“ als unerhörten Terrorismus bezeichnet, dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß die Entlassung auf den Druck der Brauereibesitzer hin erfolgt sei, weshalb den Herren die Bezeichnung „Kapitalproben“ beigelegt wurde. Aus der eblischen Aussage des Meisters Neubauer war auch zu entnehmen, daß tatsächlich die Brauereivereinigung der treibende Keil sei. Trotzdem wurde Schlegel zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hielt zwar für festgestellt, daß der Meister gezwungen wurde, den Arbeiter, mit dem er nach eigenem Zeugnis sehr zufrieden war, aufs Pflaster zu werfen, doch sei nicht erwiesen, daß die Brauereibesitzer dahinter ständen. In dem Urteil ist auch von der „gefährlichen Tendenz“ der „Volkstribüne“ die Rede, der es nur um die Verhütung der Arbeiter zu tun sei.

Die „berühmte“ als tausend Zeitungskritiken wirkt dieses Urteil und seine Begründung.

### Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie. Gestern sind dem Holzarbeiterverband 948 Holzsperrte als neu hinzugekommen gemeldet. Darunter befinden sich 46 Arbeiter aus 16 Betrieben, die bisher noch nicht ausgesperrt hatten. Damit ist die Zahl der in Berlin ausgesperrten auf 5148 gestiegen, wozu noch etwa 1000 in den Vororten ausgesperrt kommen.

Heute findet eine Versammlung der Ausgesperrten in der Neuen Welt (Kasernenstraße) statt. Dasselbst wird Bericht über die Situation erstattet werden.

Die Berliner Möbelhändler waren gestern abend im „Wilhelmshof“ in der Wilhelmstraße versammelt, um ihrerseits Stellung zu der Bewegung zu nehmen. Unter den Einladern figurieren die Firmen Pfaff, Trund u. Co. und Wall sowie der unvermeidliche Schornmacher Kahardt. Ueber den Ausfall der Versammlung ist uns bisher nichts bekannt. Der Name Kahardt allein zeigt aber, wohin die Fahrt wenigstens gehen sollte!

Achtung, Werkzeugmacher! Die in den letzten Tagen erfolgten Anfragen von außerhalb beweisen, daß wir mit unserer Verurteilung Recht hatten, wonach die Arbeitgeber sich jetzt wieder sehr lebhaft um die Erlangung auswärtiger Arbeitskräfte bemühen. Wir bitten nach wie vor, bei jedem Arbeitsangebot nach Berlin sich vor der Abreise erst an uns zu wenden. Dann mögen die Herren Reich u. Kartin, Zander usw. sich bemühen, soviel sie wollen; es wird vergeblich sein. In der vor einigen Tagen veröffentlichten Erklärung des Vereins der Werkzeugfabrikanten brauchen wir uns weiter nicht zu äußern. Ueber das, was den Streikenden nützt oder nicht, mögen sich die Herren Fabrikanten nicht weiter den Kopf zerbrechen. Sollten die Herren es aber trotzdem tun, dann haben wir auch nichts dagegen. Am Stand des Streiks wird diese Tätigkeit der Arbeitgeber nichts ändern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Ortsverwaltung Berlin.

### Das gute Einvernehmen!

Mährend schreibt die „National-Zeitung“: „In unserer Zeit der starken Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verdient es Erwähnung und ehrt sowohl Arbeiter als ihren Vorgesetzten, wenn die Beziehungen zwischen denselben besonders herzlich sind. Gestern erschien in der Wohnung des zu Neujahr ausgeschiedenen Direktors der „National-Zeitung“ E. Nagel eine Deputation der Arbeiter der Druckerei und überreichte ihm eine künstlerisch ausgestattete Adresse in welcher Rednermappe mit folgendem Wortlaut: „Ihrem scheidenden Direktor, Herrn Emil Nagel widmen dies Blatt als Zeichen großer Verehrung und treuer Anhänglichkeit die Abteilungsleiter der „National-Zeitung“. (Folgen die Unterschriften.) Der Sprecher der Deputation hob hervor, wie sehr die gesamte Arbeiterschaft des Hauses das Ausscheiden des von ihnen hochverehrten Direktors bedauere; wie sie genötigt gewesen sei, zu ihrem Direktor wie ein Vater emporgubilden, der ihnen stets ein leuchtendes Vorbild der Pflichttreue und der Gerechtigkeit gewesen sei. Vertrauensvoll hätten sie sich in allen Fragen, sei es technischer oder persönlicher Natur, an ihn gewandt, sicher, dort Verständnis und Entgegenkommen zu finden, so daß niemand von ihm weggegangen sei, ohne guten Rat oder wenigstens ein gutes Wort mitzunehmen.“ usw. usw.

Zunächst sei bemerkt, daß die Arbeiter der Druckerei mit dieser Adresse nichts zu tun haben. Wie schon aus dem Inhalte derselben hervorgeht, handelt es sich um einen Gesandten der Abteilungsleiter, die von der Arbeiterschaft nicht als ihre Vertreter deputiert waren. Ja, die Arbeiterschaft der „National-Zeitung“, die noch um die Weihnachtszeit herum einen kleinen Konflikt mit der Geschäftsleitung hatte, wußte um die Sache gar nicht. Aber auch die Adresse der Abteilungsleiter beweist nichts von „herzlichen Beziehungen“; eher das Gegenteil. Herr Direktor Nagel hat nämlich zu Neujahr einem „neuen Wesen“ weichen müssen, der besonders scharf feht. Da nun ein „Abteilungsleiter“ den Mut zur ungeschminkten Aussprache wohl untergehe, nie aber Vorgesetzten gegenüber beugt, so wählten die Herren den Umweg, an Herrn Direktor Nagel alle die Eigenschaften zu loben, die sie bei seinem Nachfolger vermissen. Die „National-Zeitung“ freilich meint: „Ein Schelm, der dabei Arges denkt!“ und lobt — das gute Einvernehmen!

Die Drahtarbeiter (Metallarbeiterverband) beschlossen in ihrer letzten Branchenversammlung, ihren am 31. März d. J. ablaufenden Tarifvertrag zu kündigen. Der Vertrag besteht seit drei Jahren und ist in seinen Lohnsätzen bereits veraltet. So beträgt der Mindestlohn für Spinner, Weber und Nadler nur 25 M. pro Woche, und die Jammafleiler und Hülsenarbeiter erhalten noch Stundenlöhne von 25 bis 27 Pf. Der niedrige Stundenlohn wird durch eine ausgedehnte Arbeitszeit, häufig zwölf Stunden, sowie anzusehendem Gehalt, daß wenigstens ein einigermaßen nennenswerter Wochenverdienst herauskommt. Demnach soll in den einzelnen Werkstätten Stellung zu den Neuforderungen genommen werden, welche dann von der Kaffationskommission der Branche formuliert und entsprechend den Beschlüssen einer späteren Versammlung den Arbeitgebern vorgelegt werden.

Achtung, Hartgummibredler, Schleifer, Maschinenarbeiter! Wegen Nichtanerkennung des Tarifs sind folgende Firmen gesperrt: Röhler, Turbitt, 16, Dablot, Kochstr. 30. Wir erlauben die Kollegen die Betriebe zu meiden.

Die beteiligten Organisationen,  
J. A.: Otto Sandt, Engelstr. 15.

Achtung, Kleber! Wegen fortwährenden Tarifbruchs ist die Firma Fay, Hürbringerstr. 9 L, gesperrt. Die Bauten der Firma sind im Landstr. 80, Unternehmer Voth, Stoffhäuser- und Barbarossastr. 16, Unternehmer Borcher. Wir machen die Bauarbeiter auf etwaige arbeitende Kleber aufmerksam.

Zentralverband der Tapezierer,  
Engelstr. 15. Telefon: VI. 9720.

Achtung, Glasarbeiter! In dem Glühlampenwerk Beschhausen bei Augsburg sind den Glühlampen- und Glühlampenherstellerinnen bedeutende Lohnrückstellungen gemacht worden. Die Arbeiter haben diese Rückstellungen ganz entschieden zurückgewiesen und haben ernste Differenzen hervor. Die Firma hat bereits einen Meister nach Berlin geschickt, der hier Erbschaften anwerben soll.

Wir warnen aus diesem Grunde sämtliche in Glühlampenwerken beschäftigte Glasarbeiter und Arbeiterinnen, den Forderungen dieser Meister zu folgen. Gebt den Agenten des Glühlampenwerks Beschhausen bei Augsburg die gebührende Antwort.

Zentralverband der Glasarbeiter,  
Der Hauptvorstand, Emil Giebig.

Die organisierten Möbelpoliermeister Berlins sind ausgesperrt. Das bedeutet einen Bruch des bestehenden Tarifvertrages. — Zugang ist streng ferngehalten. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.  
Hiliale Berlin II des Textilarbeiter-Verbandes.

Achtung, Barbiergehilfen! Die Kontrollkarte wird nur an gewerkschaftlich organisierte Gehilfen und zu den von der Organisation aufgestellten Tarifbedingungen abgegeben. Als Zeichen dafür, daß in dem Geschäft die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind, werden die Kontrollkarten am Spiegel sichtbar angebracht. Jedoch haben dieselben nur Gültigkeit, wenn sie in diesem Jahre (1907) ausgeschrieben sind und die Namensunterschrift Baumgart tragen. Ferner ist dafür zu sorgen, daß die laufende Woche gestempelt ist. Gleichzeitig wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Geschäft Marxstr. 9, bei Wilde, kein organisierter Gehilfe beschäftigt ist.  
Verband deutscher Barbier-, Friseur- u. Perrückenmachergehilfen  
Berlin, Baumgart.

Herr Barbier Richard Markow, Neuhofstr. 7, bittet und um die Erklärung, daß er seine Einwilligung nur dem Zentralverband der Barbier gegenüber zurückgezogen, dem Lokalverein gegenüber aber die Forderungen anerkannt habe.

## Aus der Frauenbewegung.

### Bund für Mutterschutz.

Mit einem Vortrage „Die heutige Form der Ehe“ eröffnete Dr. Helene Stöcker die erste öffentliche Sitzung der Generalversammlung des „Bundes für Mutterschutz“. Rednerin führte aus: Der Bund habe sich eine schwere Aufgabe gestellt, doch die Bewegung schreie vorwärts. Verwandte Kulturbewegungen in verschiedenen anderen Ländern seien entstanden. Das französische Reformkomitee habe dem Präsidenten einen Gesetzentwurf, betreffend Reform der Ehe, unterbreitet. Gleiche Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeit wird für beide Geschlechter verlangt. Die Scheidung der Ehe soll erleichtert werden. Die Erziehung habe gelehrt, daß die Unlösbarkeit der Ehe schädlich sei. Ein Zusammenleben zweier Menschen, die sich hassen oder innerlich sich fremd sind, wird unerträglich und wirkt demoralisierend. Das bürgerliche Geschlecht habe schon mehr Gleichheit, wie vor Einführung desselben vorhanden war. Der Bund verlange keine Wohlthätigkeit, sondern ethische Reformen. Das sei auch wohl Ursache der Kämpfe gegen den Bund. Menschen, die sich hoch erhoben über wilde Völker dünkten, können ruhig die Leiden unehelicher Mütter mit ansehen. Wilde Völker denken und handeln oft gerechter in diesen Dingen. Vielleicht werde man in späteren Jahren auf die Anschauung von heute über die uneheliche Mutter mit ihrem Kinde genau so schauernd zurücksehen wie in unseren Jahren auf die Herzensprozeße. Die Ehe sei heute doch nur eine Frage des Eigentums. Zwangssehen, die nicht selten vorkommen, nagen an der Wurzel des häuslichen Glückes. So gäbe es der Menschenopfer sehr viele auf dem Altar der Monogamie. Doch sei die Zeit hoffentlich nicht allzufern, in der auch die monogamische Ehe auf gegenseitiges Liebesbündnis geschlossen werde. Die wirtschaftliche Umwälzung des 19. Jahrhunderts mache sich auch in der Ehe schon bemerkbar. Doch da nicht alle Menschen ideal veranlagt seien, bedinge die Umwandlung der Eheform die Veränderung der Gefinnung überhaupt. Liebe sei nicht nur Genuß, sondern eine Aufgabe, die gelernt sein wolle. In bezug auf Liebe und Ehe gelte Goethes Wort:

„Nur der verdient die Freiheit wie das Leben,  
Der täglich sie erobern muß.“

Der Vortrag wurde in der Diskussion als unvollkommen bezeichnet. Durch die Debatte ergab sich manche Ergänzung. So wurde in bezug auf die Rechtmäßigkeit des Vaters dem Kinde gegenüber ausgeführt, daß es dem Vater möglich sei, mit Einwilligung der Mutter, dem Kinde seinen Namen zu geben. So werde dem Kinde der Name, unehelich geboren zu sein, genommen, der Mutter aber auch der Einfluß auf das Kind. Außerdem betonte besonders Fräulein Lischnewski, daß die Ehe heute überhaupt eine ganz andere Form darstelle, wie ehemals. Die durch die wirtschaftliche Umwälzung hervorgerufene Selbständigkeit der Frau, welche sich noch im steten Fortschreiten befinde, lasse die Ehe in andere Bahnen geraten.

Ueber „Prostitution und Unehelichkeit“ sprach Professor Fleiß. Er führt aus: Die meisten Leute wählten von diesen Dingen wohl nur durch Notwendigkeit. So sei in dem „Tagebuch einer Verlesenen“ auch ein Fall geschildert, wie ein Mädchen durch Verführung der Prostitution in die Arme fällt. Unter Prostitution verhehe man die Händel eines Mädchens für Geld, nicht aber gelte die Selbsterhaltung als Prostitution. Der Anfang befinde meistens darin, daß Mädchen ein Kind bekommen, dann vom Vater desselben verlassen, der Rat gehörend, durch Prostitution ihr Leben fristen. Mindereintelligenz seien den Versuchungen gegenüber weniger widerstandsfähig, sie haben bald ein Kind und sinken dann in den Schmutz. Bei einer Prostituierten sei daselbe Material vorhanden wie beim männlichen Verbrecher. Bei der Prostituierten kommen nur selten Geburten vor, doch beruhe die Unfruchtbarkeit nicht auf dem Danderteil an sich, sondern Geschlechtskrankheit sei der natürliche Grund, und geschlechtskrank sei ein Mädchen bei diesem Gewerbe schon nach drei Monaten.

Die Aufgabe des Bundes für Mutterschutz sei es, Mädchen, welche unehelich geboren, dem Elend zu entziehen. Rechtzeitige Heberweisung unehelicher Kinder in die Fürsorgeerziehung sei geboten, denn das Verbrechertum resultiere meist aus unehelichem Geboren. Auch die Waisensorge müsse mehr ausgebaut werden. Im übrigen sei die Zahl der ehelichen Geburten bei allen Bevölkerungsschichten zurückgegangen.

Ueber „Heiratsverhinderungen“ sprachen Fräulein Adele Schreiber und Dr. Marlowe. Erstere behandelte den Teil ihres Vortrages in temperamentvoller Weise: Halbheit und Widersprüche liegen in dem heutigen System der Ehe. Von einer göttlichen Institution könne wohl nicht mehr die Rede sein. Vorurteile spielen hier eine bedeutende Rolle. Ein Offizier dürfe nur standesgemäß heiraten. Doch was heißt standesgemäß? Geld macht auch hier alles aus. Ein Offizier lauu die Mutter seines unehelichen Kindes nicht heiraten. Der Juchuh, der zum Gehalte eines Offiziers notwendig ist, um den standesgemäßen Aufwand zu treiben, läßt ihn nach einer reichen Frau ausschauen. Er sei daher ein Objekt auf dem Heiratsmarkt. Was beim höheren Offizier gilt, trifft auch zu beim Unteroffizier. Letzterer dürfe nur ein ganz unbescholtenes Mädchen ehelichen, welches Geld besitzen muß, um die Ration zu hinterlegen. Priester seien überhaupt von der Ehe ausgeschlossen. Auch das Verbot der Ehelicheit der Bedienten, Telefonistinnen und anderen staatlichen Angestellten betrachtet Rednerin als vollständig verfehlt. Gefundene, jugendfähige Frauen würden von der Mutterschutz völlig ausgeschlossen. Auch die Heiratsannoncen unterzog Rednerin einer scharfen Kritik. Leider werden die Ehen heutzutage nicht als ein tiefes Bündnis, sondern als ein wirtschaftliches Verhältnis betrachtet. Der Staat mische sich in die Eheschließung, er habe jedoch auch die Pflicht, für eine leichtere Lösung der Ehe zu sorgen. Vor allem sei eine Sicherstellung der Kinder wünschenswert. Einen Unterschied müsse man allerdings machen zwischen freier und wilder Liebe.

Ueber die von Frauen- und sozialpolitischen Gesichtspunkten neuerdings vielfach geforderten und in manchen Ländern durchgesetzten Eheverbote für Kranke und Kindererzieher sprach Herr Dr. Marlowe. Er führte aus, daß heute, wo fast alle Völker das Heiraten unter Verwandten vermeiden, auch darauf hingewirkt werden müßte, daß z. B. Geistes- und Geschlechtskranke, Schür keine Kinder in die Welt setzen. Letzteres könne ungehindert geschehen. Und doch gefährden Muttermord die Nachkommen. Heirats nicht so sehr, wie dazumal fränkischen Menschen. Trotzdem könne

es nicht angehen und hätte auch wenig Zweck, daß der Staat solchen Leuten das Heiraten überhaupt verbieten würde. Es könne wohl verlangt werden, daß sich vor der Ehe beide, die eine solche eingehen wollen, ärztlich untersuchen lassen, aber ein solches Verbot würde schon infolge nicht von Nutzen sein, als es denjenigen doch noch freie, uneheliche Kinder zu zeugen. Jedenfalls — und das ging auch aus der späteren Diskussion hervor — sollten Eltern nicht veräumen, von dem künftigen Gatten ihrer Tochter, und auch umgekehrt, die ärztliche Untersuchung zu fordern. Manches Unheil könne hierdurch aus der Welt geschafft werden. Eine in diesem Sinne gefaßte Resolution fand Annahme.

„Gesetzgebung und Mutterschutz“ war die Tagesordnung der zweiten Sitzung. Ueber die Lage der unehelichen Kinder“ referierten die Herren Direktor Dr. Schmitt-Bremen und Dr. Spann-Frankfurt a. M. Ersterer ging von dem Grundsatz aus, daß Mutterschutz und Säuglingschutz eng verbunden seien. Leider könne nicht jede Mutter ihr Kind selbst nähren, was nicht nur zu bedauern, sondern auch unstatlich wäre. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit werde immer wichtiger, da die Abnahme der Geburten in Europa bereits einen bedrohlichen Charakter annehme. Die Säuglingssterblichkeit sei in Deutschland eine ganz enorme. Am schlimmsten wäre es damit in den großen Städten, woran weniger die schlechten Wohnverhältnisse, als die Erwerbslosigkeit der Mutter als Ursache gelten könne. Am erfolgreichsten würde eine Mutterschutzversicherung sein. Eine Reform des Armenrechtes sei nötig, um das uneheliche Kind zu schützen. Ein Anstoß dazu läge in der Einrichtung der Generalarmenverwaltung. Die Gesetzgebung bedürfe einer Reform, die in einer verstärkten Haftung des unehelichen Vaters zu bestehen habe.

Dr. Spann behandelte die Sache mehr vom statistischen Standpunkte. Auf diese Weise war es ihm möglich, eine geregelte Uebersicht von den Lebensbedingungen und dem Schicksal der unehelichen Kinder zu geben. Insbesondere stellte er die Wichtigkeit der Pflegeverhältnisse der unehelichen Säuglinge dar, sowie auch die Verhältnisse und Lebensverhältnisse der erwachsenen Unehelichen. Für die ganz Verarmten sei besser gesorgt, wie für Halbverarmte. Daher sei es für die unehelichen Kinder meistens besser, wenn die Mutter stirbt, als sie bleibt unverheiratet am Leben. Die körperliche und moralische Degeneration der Unehelichen ist, wie der Referent durch Zahlen nachwies, außerordentlich groß, was besonders in ihrer geringen Militärtauglichkeit, fehlender Berufsausbildung und Mangel zum Verbrechertum zum Ausdruck kommt. Auch Dr. Spann forderte die allgemeine Einführung einer öffentlichen Generalarmenverwaltung für uneheliche Kinder. Die Armenverwaltung der Mutter habe für das Kind poleniar zu den größten Nachteilen geführt.

In der Diskussion wurde lebhaft die Auffassung der Mädchen in Schule und Familie verlangt, eine Forderung, die, wenn sie durchgeführt würde, sicher der unehelichen Mutter und dem Kinde dienlich sein könnte. Fräulein Lischnewski bemerkte: Die Bönen der Frauen müßten vor allem erst mal aufgebessert werden, damit sich eine Mutter, wenn sie einem Kinde das Leben geben habe, auf Grund ihrer guten Ernährung auch dem Kinde die Brust reichen könne.

Herr Professor Dr. Mayer referierte über „Mutterschutzversicherung“. Die Mutterschutzversicherung sei für die Mutter wirtschaftlicher Schutz, für die Säuglinge Verringerung der Krankheitsfähigkeit und Sterblichkeit, für die Nation aber ein Hauptmittel gegen ihren körperlichen Niedergang. In Berlin würde nicht einmal ein Drittel der Kinder mehr heilungsfähig.

Professor Mayer will nun mittels der Mutterschutzversicherung den Kampf gegen diese Unfälle — wie er es nennt — aufnehmen. Er vertritt unter Mutterschutzversicherung folgendes: 1. Schwangerschaftsunterstützung 6 Wochen vor der Geburt. 2. Wöchnerinnenunterstützung 6 Wochen nach der Geburt, beides in Höhe des halben Tagelohnes. 3. Freie Bewährung der Hebammendienste und der ärztlichen Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden. 4. Die Gewährung von zwei Stillprämien, die erste im Betrage von 25 M. an die Mutter, welche ihr Kind 6 Monate lang gestillt hat, die zweite in gleichem Betrage nach weiteren 6 Monaten der Bruststillung. Er fordert von der Arbeiterschaft Beschlüsse zum Fortschritt der Förderung des Stillens. Jede Fabrik oder größere Arbeitstätte, welche Arbeiterinnen beschäftigt, soll Stillbauten und Stillstuben einrichten. Zur Beitragsleistung für die Mutterschutzversicherung müßten männliche und weibliche Rassenmitglieder herangezogen werden. Der Bund für Mutterschutz unterbreite sich betreffs der Forderungen zur Ausführung der Mittel infolge von den Ansichten des Professors Mayer, als der Bund die Mittel aus einer progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer als Zuschuß zur Krankenversicherung hergeleitet haben wolle. Damit würde aber die Einführung derselben auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden. Sich ausschließlich auf Staatskassen zu verlassen, sei aus dem Grunde schon verkehrt, weil diese schon durch Zuschüsse zur Alters- und Invalidenversicherung und zu der 1910 ins Leben zu rufenen Witwen- und Waisensicherung fast in Anspruch genommen werde. Darum sei es nur ratsam, den Staat aus dem Spiele zu lassen und die eigene Kraft der Arbeiter und ihrer Arbeitgeber anzurufen. Der Referent sprach sich dahin aus, die bereits für den Bund bestehenden Thesen abzuändern.

In der nun folgenden, lebhaften Diskussion über diese Thesen wurde dem Sinne nach folgendes angenommen: Die Ruhezeit und die Unterstützungsabgabe vor und nach der Entbindung wird auf 6 Wochen normiert. Die Mutterschutzversicherung ist der Krankenversicherung anzuschließen und ein Reichszuschuß zu fordern. Eine freiwillige Versicherung ist einzuführen für alle Frauen, deren Familieneinkommen unter 3000 M. ist. — Stillprämien von 25 M. an diejenigen Mütter zu zahlen, welche nach 6 Monaten noch stillen. Stillstuben sind vom Arbeitgeber zu verlangen. Solche Mütter, denen vom Arzt das Stillen verboten ist, erhalten keine Stillprämien, doch soll eine Weisung zur Säuglingsernährung gewährt werden. Der Vorstand wurde mit der Ausarbeitung und Abendung entsprechender Petitionen an den Bundesrat und Reichstag beauftragt.

Sollte es gelingen, vorstehendes annähernd zu erreichen, so wäre damit allerdings viel für die Arbeiterin, für das gesamte Proletariat und insbesondere für die Gesellschaft geschehen. Doch hätten die Forderungen noch viel weiter gehen müssen. So wurde z. B. ein von Lily Braun scharf verfochtener Antrag, die Gleichberechtigung der Frauen in der sozialpolitischen Selbstverwaltung zu verlangen, abgelehnt. Bei allen solchen Gelegenheiten immer derselbe Gedanke der Bürgerlichen: Nur nicht zu viel verlangen. Hiermit war die Verhandlung beendet, da wegen der vorgerückten Zeit das letzte angelegte Referat abgesetzt wurde.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf-Ort. Montagabend 7 Uhr Flugblattverteilung. Ausgabe im Vereinslokal. Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Reinickendorf-Gemeinde. Sonntag, den 20. Januar, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus (Eingang Jadenstraße), Saal 109: Versammlung. Freizeitspiele. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleinschönhauserstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: Die Reform des Strafrechts. I. Die neue Waisensorge. — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Tierheilstätte der Metallarbeiter. (E. D. Hamburg), Hiliale Berlin I. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Dabell's Brauerei, Bergmannstr. 5-7. — Hiliale Berlin 2. Mitgliederversammlung deuts. Sennabend, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Kayser, Reichensbergerstr. 157. — Hiliale Berlin 6. Mitgliederversammlung deuts. Sennabend, 19. Januar, abends 9 Uhr, bei Bismarck, Köpenickerstr. 123. — Hiliale Berlin 8. Versammlung deuts. Sennabend, den 19. Januar, abends 9 Uhr, bei Gundlach, Waldenferstr. 24. — Hiliale Charlottenburg. Mitgliederversammlung heute abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3.

### Briefkasten der Expedition.

Kontobuchhalter vom Wedding. Der Betrag von 21.30 M. ist unter Sachfonds in Nr. 3 vom 1. d. M. quittiert. — H. G. S. Betrag von 22. — ist unter H. G. S. vom Beiratsvorstand in der Monatsquittung vom 17. Januar in Nr. 15 quittiert.







# 95

# Sehen, Staunen, Kauf!

# 95

Pfennig-Tage.

# SCHLUSS

Pfennig-Tage.

unserer berühmten 95 Pfg.-Tage Sonnabend, den 26., Abends 9 Uhr.

Durch weitere grosse Massenankäufe geben wir dem kaufenden Publikum noch bis Sonnabend, den 26. Gelegenheit, seinen Bedarf in streng reellen Waren zu fabelhaft billigen Preisen zu decken.

3 Stück Taffetgürtel, schwarz oder weiss	95 Pl.	6 Stück Küchen-Handtücher	95 Pl.	Damen-Priesen- od. Achselschlusshemd	95 Pl.
3 Kinder-Hängeschürzen	95 Pl.	4 Stück Dreil-Handtücher	95 Pl.	Damen-Barchend-Jacke mit Spitze	95 Pl.
1 Damen-Kleider-Reformschürze	95 Pl.	3 Stück Gerstenkorn-Handtücher mit Bordüre	95 Pl.	Damen-Knie- oder Priesen-Beinkleid	95 Pl.
3 Paar Damenstrümpfe, engl. lang	95 Pl.	3 Stück Dreil-Stuben-Handtücher	95 Pl.	Damen-Barchend-Hemd	95 Pl.
2 Paar Damenstrümpfe, wolle, platiert	95 Pl.	2 Stück la. Damast-Handtücher, spez. n. geb.	95 Pl.	Herren-Barchend-Hemd	95 Pl.
3 Paar Herrensocken, gestrickt, la. Garn	95 Pl.	1 Jacquard-Tischtuch	95 Pl.	1/2 Dtz. Linon-Taschentücher	95 Pl.
1 Hausschürze, extra weit	95 Pl.	4 Stück Jacquard-Servietten	95 Pl.	6 Erstlings-Hemden mit Spitze	95 Pl.
1 Kinderschürze, 1 Stickereikrag., 1 Lavalier	95 Pl.	12 Stück Staubtücher	95 Pl.	3 Erstlings-Jäckchen, gestrickt	95 Pl.
1 Herren-Normalhemd	95 Pl.	1 Rolltuch mit Bordüre	95 Pl.	1 Kopfkissen-Bezug, weiss mit Zebra-Einsatz	95 Pl.
1 Paar Herren-Normalbeinkleider	95 Pl.	6 Stück Panama-Wischtücher	95 Pl.	2 bunte Kopfkissen-Bezüge	95 Pl.
1 Herren-Jacke, bungeringelt	95 Pl.	3 Stück prima Wischtücher, gesamt 60x60	95 Pl.	1 weissen oder bunten Barchend-Rock	95 Pl.
1 Damen-Balltuch, hochelegant	95 Pl.	1 Kaffee-Decke, bunt oder weiss mit Kante	95 Pl.	1 Barchend-Beinkleid, weiss od. bunt	95 Pl.
3 Paar la. Herren-Schweisssocken	95 Pl.	8 Stück prima Poliertücher	95 Pl.	1 Paar Mädchen-Filzschuhe	95 Pl.
2 Paar Damen-Strümpfe, bungeringelt	95 Pl.	3 Mtr. prima Louisiana-Tuch	95 Pl.	1 Paar Kinder-Plüsch- od. Filzschuhe, Lederpitze u. Sohle	95 Pl.
1 Damen-Selbweste mit Flitterbesatz	95 Pl.	4 Mtr. Hemdentuch	95 Pl.	1 Paar elegante Baby-Stiefel	95 Pl.
4 Damen-Corsetschoner mit Spitze	95 Pl.	3 Mtr. la. Hemden-Flanell	95 Pl.	4 grosse Gläser Schuh-Cream	95 Pl.
1 eleg. Kindergarnit., Kragen u. Manschett.	95 Pl.	2 1/2 Mtr. prima Rock-Velour	95 Pl.	2 Paar rote Damen-Pantoffel	95 Pl.
3 Mtr. breite Tüllspitze	95 Pl.	2 Mtr. prima Piqué-Barchend	95 Pl.	1 Paar pommarische Plüschpantoffel, starke Sohle	95 Pl.
3 Mtr. eleg. Spachtelspitze	95 Pl.	2 1/2 Mtr. Schürzenstoff, diverse Muster	95 Pl.	1 Paar Damen-Plüschpantoffeln, starke Ledersohle	95 Pl.
1 eleg. Madeira-Stickereikragen	95 Pl.	1 Besen-Vorhang, gezeichnet	95 Pl.	1 Paar Damen-Filzpantoffeln, Pelzbesatz	95 Pl.
2 Mtr. reinseidenes Chineband	95 Pl.	1 Tischdecke, gezeichnet	95 Pl.	2 Paar Damen-Cord-Pantoffeln mit Spaltsohlen	95 Pl.
1 eleg. Kammgarnitur, mit Besatz	95 Pl.	1 gesticktes Stubenhandtuch	95 Pl.	1 eleg. Musikmappe	95 Pl.
1 schwarzes Kanin-Pelzkollier	95 Pl.	1 Läufer mit eingewebtem Muster	95 Pl.	1 Damen- oder Herren-Portemonnaie	95 Pl.
1 Knabengarnitur, Mütze und Kragen	95 Pl.	1 Nähkörbe, gefüllt	95 Pl.	1 Lincrusta-Kabinet- oder 2 Vollbilderrahmen	95 Pl.
3 weisse Batist-Tändelschürzen m. Besatz	95 Pl.	1 gestickten Taschentuchkasten	95 Pl.	1 Kragen- und 1 Manschetten-Carton	95 Pl.

## Ein neuer Transport exotischer Ziervögel

ist eingetroffen	1 Reisfink	95 Pl.
und verkauft	1 Tigerfink	95 Pl.
wir noch:	1 Nonne	95 Pl.

1 Waschservice, 4teilig, abgetönt od. Zwiebelmuster	95 Pl.	1 Damenhut, hübsch garniert	95 Pl.	2 Mtr. Portieren-Stoff, prima Qualität	95 Pl.
1 extra grosses engl. Waschbecken	95 Pl.	1 Kinder-Tuchhaube, moderne Farben	95 Pl.	Rouleaux-Damast, 130 cmtr. breit, diverse Farben	95 Pl.
1 Satz Milchtöpfe, Porzellan, 6 Stück	95 Pl.	Cristaline Seide, neueste Muster	Mtr. 95 Pl.	3 Mtr. Lambrequin-Stoff, ca. 40 cm. breit	95 Pl.
1 Kaffeeservice, decoriert für 2 Personen	95 Pl.	Seidensammte, moderne Ausführung	Mtr. 95 Pl.	Sofakissen, zweiseitig mit Volant	95 Pl.
6 Stck. Milchtöpfe, decoriert	95 Pl.	2 Mtr. Ponge, reine Seide	Mtr. 95 Pl.	Möbel-Cattun, diverse Muster 2 1/2 Mtr.	95 Pl.
1 grosser Wasserkrug, verschied. Muster	95 Pl.	Blusen-Velvet, glatt, div. Farben	Mtr. 95 Pl.	Wachstuch-Garnitur, 6teilig	95 Pl.
6 Stück eleg. Dessertteller, Goldtorn, Porz.	95 Pl.	Seiden-Foulards, Frühjahrs-Neuheit	Mtr. 95 Pl.	2 Bettvorleger	95 Pl.
2 Stück grosse Milchtöpfe, 1 Liter u. 1 1/2 Liter	95 Pl.	2 1/2 Mtr. kariert. Kleiderstoff, f. Blusen u. Kinderkleid.	95 Pl.	Linoleum-Vorleger, schöne Dessins	95 Pl.
6 Paar eleg. Porzellantassen, decoriert	95 Pl.	3 Mtr. Tennis-Flanell oder Velour	95 Pl.	1 Stubenhandtuchhalter	95 Pl.
1 extra grosses Fensterleder	95 Pl.	2 1/2 Mtr. Batist à jour	95 Pl.	1 elegante Stuben-Console	95 Pl.
2 Stück Phonographen-Walzen, Hartguss	95 Pl.	Engl. Blusen-Flanell u. Tennis-Stoffe reine Wolle	95 Pl.	1 grosser Kleiderriegel mit Nickelhaken	95 Pl.
1 Tafel-Aufsatz	95 Pl.	Karierte Blusen-Stoffe in grosser Muster- auswahl	Mtr. 95 Pl.	1 Majolika-Kuchenteller	95 Pl.
2 elegante Vasen	95 Pl.	Cheviot, schwarz u. farbig extra breit	Mtr. 95 Pl.	12 Stück Britania-Kaffeelöffel	95 Pl.
3 Stück Vorratstonnen	95 Pl.	Ballstoffe, glatt u. gemustert, in grosser Auswahl	Mtr. 95 Pl.	3 Dtz. süsse Orangen	95 Pl.
1 Tisch-Lampe	95 Pl.	6 weisse oder bunte Serviteurs	95 Pl.	5 Pfd. Amerikaner Aepfel	95 Pl.
1 Plattenplatte, extra gross, echt Porzellan	95 Pl.	6 Crawatten, Schleifen, Regattes und Selbstbinder	95 Pl.	3 Pfd. feinste Tafelbirnen, Winterblanche	95 Pl.
1 Käseglocke, 1 Butterdose, 1 Zuckerschale	95 Pl.	3 Paar Manschetten, garantiert 4 fach	95 Pl.	1 Pfd. gebrannten Kaffee	95 Pl.
1 elegante Vase, Metallfassung	95 Pl.	3 Steh- oder Stehumlegekragen	95 Pl.	2 Flaschen Rüdtsheimer oder Rotwein	95 Pl.
1 Cakesdose	95 Pl.	1 Herrenhut	95 Pl.	1 Flasche Portwein, Sherry oder Madeira	95 Pl.
1 Markt Tasche, extra gross mit Stab	95 Pl.	1 Herren- od. Damen-Regenschirm mit Futteral	95 Pl.	1/2 Flasche Punschextrakt u. 1 Paket Tee	95 Pl.
1 Schul-Tournister	95 Pl.	2 Damenkragen u. 2 Crawatten	95 Pl.	2 Pfd. Rotwurst oder 2 Pfd. Leberwurst	95 Pl.
1 Postkarten-Album, 300 Karten fassend	95 Pl.	1 Paar Herren- od. Damenglacéhandschuhe	95 Pl.	1 Pfd. feinen Räucherlachs	95 Pl.
1 Carton prima Seife, 6 Stück	95 Pl.	1 Paar Wildleder-Damenhandschuhe	95 Pl.	Knaben-Stoff-Bluse oder -Hose	95 Pl.
1 elegante Damen-Kettentasche	95 Pl.	Damen-Blusen, schöne Dessins	95 Pl.	Monteur-Jacke oder -Hose	95 Pl.
1 Poesie-Album mit Schloss	95 Pl.	Kinderkleidchen mit Volant	95 Pl.	Herren-Stoffreste	95 Pl.

Trotz dieser billigen Preise geben wir an obigen Tagen die üblichen Rabattmarken.

Wir bitten das kaufende Publikum, um grosse Andränge zu vermeiden, für seinen Einkauf auch die Vormittagsstunden gefl. zu benutzen.

Heute Sonnabend: **Grosses Bockwurst-Essen.** Portion mit Kartoffelsalat 20 Pfg.

Im Erfrischungsraum: Streich-Konzert.

# Warenhaus Jacob Gebrüder Nachfolger

Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56.

Sämtliche hier angegebenen Artikel sind in unseren 32 Schaufenstern und Schaukasten ausgestellt.

Sämtliche hier angegebenen Artikel sind in unseren 32 Schaufenstern und Schaukasten ausgestellt.



Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Flugblattverbreitung.

Zweiter Wahlkreis.

Sonntag, den 20. Januar, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. — Es ist Pflicht aller Parteigenossen daran teilzunehmen. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis.

Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen des Kreises werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich in ihren Bezirken einzufinden. Die Hilfskräfte vom vierten Wahlkreis (Südosten) werden ersucht, sich in den Lokalen einzufinden, wo sie bei der ersten Flugblattverbreitung tätig waren.

Das Wahlbureau des dritten Kreises befindet sich in Dietrichs Festhale (Anh. D. Busch), Dresdenerstraße 116 (Telephon Amt IV, 4174) und ist geöffnet wochentags von nachmittags 4 bis 8 Uhr und Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags. Der Vorstand.

Achtung, vierter Wahlkreis.

Bezirke, die für Niederbarnim wählen: Am Sonntag früh in den Bezirkslokalen Treffpunkt zur Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und vollzählig zur Stelle zu sein. Das Wahlkomitee.

Achtung, fünfter Wahlkreis.

Die Genossen des Kreises werden ersucht, sich am Sonnabendabend 8 Uhr in den bekannten Lokalen zur Rubertierung der Flugblätter einzufinden. Am Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Niemand darf fehlen.

Die Genossen des vierten Kreises (Osten) bitten wir, sich direkt an den Stellen einzufinden, wo sie schon vorher geholfen haben. Wer noch nicht im fünften Kreise tätig war, möge sich im Wahlbureau, Sophienstraße 6 bei Münzer, melden. Wir erwarten, daß jeder seine Schuldigkeit tut. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Der Vorstand.

Hilfe für den Schutzpatron der Terrainspekulanten.

Der erste Kreis von Berlin ist das Verjudungsgebiet für allerlei noch unklare, noch nicht fertig gewordene Köpfe, für Leute, die auf halbem Wege stehen geblieben sind. Hier hat einst Egibby die Wähler für seine Träume zu gewinnen gesucht, hier haben die Nationalsozialisten mit Tischendorf erprobt, wie gering die Werbekraft ihrer Ideen war, hier wird jetzt die Bodenreform von ihrem Apostel Damaschke als das Allheilmittel angepriesen, das alle sozialen Schäden zu beseitigen vermöge. Die sympathischste Persönlichkeit war noch Egibby, die am wenigsten sympathische ist Herr Damaschke. Doch darauf käme es am Ende wenig an, wenn nur die Durchführung des Programms der Bodenreformer und bringen könnte, was sie versprechen.

Am Donnerstag hat Damaschke dieses Programm vortragen in einer von ihm veranstalteten Versammlung, die von Wählern aller Parteien besucht war. Was will er? Er sagt nicht alles, was er will, aber er sprach wenigstens über seine Hauptforderung. Die Bodenreform, die er predigt, wolle der ehrlichen Arbeit in Stadt und Land dienen. Sie wolle verhindern, daß das, was unsere Arbeit uns schafft, uns genommen wird von denen, die nichts schaffen. Wer aber nimmt uns das? Nimmt's uns das kapitalmächtige Unternehmertum, das im Besitz der Produktionsmittel ist und die Arbeit zur Sklavin machen darf? Herr Damaschke versicherte: Nein, das Unternehmertum nicht! Von Angriffen auf den Profit der Unternehmer wollte er überhaupt nichts hören. Nur der Privatbesitz an Grund und Boden sei daran schuld, daß wir nicht voll genießen dürfen, was wir erarbeiten. Vor allem müsse die Terrainspekulation beseitigt werden. Der Terrainspekulant sei es, der das Fett abschöpfe, indem er beim Steigen des Grundstückspreises mühselos an sich bringt, was durch gemeinsame Arbeit der Gesamtheit erzeugt worden sei. Nicht dem Spekulantentum, nicht den Terrainspekulanten, sondern der Gesamtheit gebühre der Wertzuwachs. Ihr müsse möglichst auch der Grund und Boden gehören.

Den Wählern will Herr Damaschke sich empfehlen nicht durch dieses sein Zukunftsziel, das bei Nichterfüllung einen Teil des sozialdemokratischen Programms — aber eben nur einen Teil! — bildet, sondern vor allem auch durch eine Gegenwartsforderung, durch die Wertzuwachsteuer auf Grundbesitz. In ihr habe man ein Mittel, dem Ziel schrittweise näher zu kommen, und speziell diese Forderung sei für die Bodenreformer ein Anlaß geworden, im ersten Kreis sich an dem Wahlkampf mit einer Sonderkandidatur Damaschke zu beteiligen. Der Plan einer Wertzuwachsteuer beschäftigt seit längerer Zeit die Berliner Gemeindebehörden — und just der freisinnige Kandidat für den ersten Kreis, der Stadtverordnete Kampf, hat sie bisher am eifrigsten bekämpft und sich als Schutzpatron der Terrainspekulanten erwiesen. Das hob Damaschke hervor. Doch schweig er still über die Tatsache, daß die Sozialdemokraten in unserer Stadtverordnetenversammlung mit aller Entschiedenheit für die Wertzuwachsteuer eintreten. Damaschke erklärte, die Wertzuwachsteuer sei insofern auch für die Reichstagswahlen von Bedeutung, als er auch für die Kolonien die Wertzuwachsteuer wünsche, um den dort wirtschaftenden Terrainspekulanten den Profit zu beschränken. Dieser an sich vernünftige Gedanke leitete ihn dann glücklich hinüber zur deutschen Kolonialpolitik, zu einem Hymnus auf das „nationale Gefühl“ usw. Das sicherte dem Redner einen „guten Abgang“.

Die Diskussion, die dem Vortrag folgte, war sehr ausgedehnt und nahm einen stürmischen Verlauf. Aus den Reihen der anwesenden Sozialdemokraten sprachen mehrere Redner, die den Wählern den Kandidaten der Sozialdemokratie, unseren Genossen Dr. Leo Arons, empfahlen. Sie zeigten die Halbheit des Bodenreformprogramms und legten Herrn Damaschke die unbedeutende Frage vor, warum er nicht für wirkliche Besteuerung auch der großen Vermögen eintrete, warum er kein Wort gegen die Polypolitik gesagt habe, sich nicht über die Notwendigkeit besseren Arbeiterschutzes geäußert, und auch über die Gewährung einer gerechteren Justiz sich völlig ausgesprochen habe. Damaschke blieb selbst in seinem Schlusswort die Antwort schuldig. Ueber das Verhältnis der Bodenreform zur Zoll- und Steuerpolitik wurde die Versammlung wenigstens von einem der Jünger Damaschkes, einem Arzt, belehrt. Er meinte, führe man die eine einzige Wertzuwachsteuer ein, so werde jede andere Steuer wegfallen können, und auch über die Schutzzölle werde man sich dann nicht mehr den Kopf zu zerbrechen brauchen. Daß die Schutzzölle nicht nur den Staatsfiskus, sondern mit ihrer Erhöhung der Einfuhr vor allem auch die Zunklerportemonnaies füllen sollen, daß scheint dieser Bodenreformer noch nicht kopiert zu haben. Auch die Haltung, die von Damaschke und seinen Leuten bei Stich-

wahlen eingenommen wird, wurde von den sozialdemokratischen Rednern beleuchtet. Sogar ein Bodenreformer äußerte die Vermutung, daß Damaschke bei einer etwaigen Stichwahl zwischen dem freisinnigen Kampf und dem Sozialdemokraten Arons wahrscheinlich seine Wähler doch dem Kampf zuführen werde, dem Schutzpatron der Terrainspekulanten. „Ja, so wird's kommen!“ rief man ihm zu. Dieser Bodenreformer sprach sich übrigens gleichfalls dahin aus, daß die Bodenreform nur ein Teil des sozialdemokratischen Programms sei. Herrn Kampf nahmen mehrere freisinnige Redner in Schutz. Angriffe auf ihn wurden von der erschienenen Freisinnstruppe durch so lärmende Zwischenrufe beantwortet, wie sie in freisinnigen Versammlungen kein Gegner wagen darf, wenn er sich nicht von Cassel, Rosenow und Konforten anpöbeln lassen will.

Die Bodenreformer drückten schließlich eine Resolution für Damaschke durch. Vorgelegt wurde sie von dem christlich-sozialen Herrn Kluge, einem Gehilfen des braven Stöcker. Wo die Freunde Damaschkes hauptsächlich zu suchen sind, das weiß man ja. Zum Schluß wurde denn auch das „Deutschland, Deutschland über alles!“ angestimmt. Herr Damaschke wird sich hoffentlich trotz Annahme der Resolution nicht darüber ärgern, daß er durch diese Versammlung nicht Anhänger gewonnen, wahrscheinlich aber manchen seiner bisherigen Anhänger verloren hat. Jeder einsichtige Wähler wird begreifen, daß dem Kampf gegen den Bodenwucher und gegen jegliche Ausbeutung am besten genützt wird, wenn er dem Kandidaten der Sozialdemokratie Dr. Leo Arons seine Stimme gibt. Indem Damaschke für sich selber Wähler zu werben sucht, die er in einer Stichwahl dem Freisinn zuführen würde, leistet er, der bodenreformersche Feind aller Terrainspekulanten, nur Arbeit für den freisinnigen Kandidaten Kampf, den Schutzpatron der Terrainspekulanten. Unsere Genossen im ersten Kreis werden alle Kräfte daransetzen müssen, dem Kandidaten der Sozialdemokratie Dr. Leo Arons schon am 25. Januar die Mehrheit zu sichern.

Wählerversammlungen.

Achtung! Erster und fünfter Wahlkreis.

Sonntag, den 20. Januar, 12 Uhr mittags, zwei Massenversammlungen im Feinpalast, Durgstraße und Grand Hotel, Alexanderplatz. Referenten: August Sebel, Paul Singer. Erscheint in Massen! Die Wahlkomitees.

Die Kirche im Dienste der herrschenden Klassen.

Daß sich die Kirche in dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse auf die Seite der herrschenden Klasse stellt, haben wir des öfteren nachzuweisen Gelegenheit gehabt. Recht augenfällig tritt das in dem gegenwärtigen Wahlkampfe in Erscheinung. Zu Donnerstagabend hatte der evangelische Bund eine große evangelische Volksversammlung einberufen, in der über die Pflichten des evangelischen Bürgers bei den Reichstagswahlen gesprochen wurde. Zwar will der Bund nach seinen Satzungen keine Politik treiben, aber der Referent des Abends, ein Herr Professor Dr. Scholz, witterte eifrig gegen Zentrum und Sozialdemokratie. Man redete sich damit aus, daß es sich in diesem Wahlkampfe gar nicht um die Partei, sondern um das Vaterland handle.

In diesem Kampfe wollen auch gewisse Pastoren nicht zurückbleiben. Einer dieser Herren, ein Pastor der böhmisch-reformierten Gemeinde, Hapke, Snekenauer 2, mißbraucht sein Amt, indem er den Mitgliedern seiner Gemeinde Flugblätter gegen die Sozialdemokratie zuzendet. Diese Flugblätter enthalten die landläufigen Antwürfe gegen unsere Partei und sind im Verlage des „Reichsboten“ hergestellt. Diese Schmutzblätter legte Herr Hapke gleichzeitig der Kirchenzeitung bei, die an seine Gläubigen vertriebt wird, um auf diese Weise auch billig im Dienste der Reaktion arbeiten zu können. Offenlich wird sein Streben in der richtigen Weise gewürdigt!

Die Jungliberalen

rufen ihre Anhänger zur Unterstützung der freisinnigen Kandidaten in Berlin auf. Wird bloß nicht viel helfen!

Jedes Wort eine Lüge!

Unter diesem Titel ist ein in der Buchdruckerei der „Deutschen Tageszeitung“ hergestelltes Flugblatt erschienen, in dem der Brotwucher verberichtet und zur Abwechslung die Person des Genossen Jubel besudelt wird. Auf alles, was in dem Blatte gesagt wird, paßt die Ueberschrift des Flugblattes ausgezeichnet. Damit aber auch der Humor im Wahlkampfe nicht fehle, wollen wir folgende Leistung des Flugblattes wiedergeben. Es heißt unter anderem: „Die Zahl der sozialdemokratischen Wahlstimmen beweist leider, daß die Forderung der Sebel, Singer und Konforten großen Umfang angenommen hat.“ Welche Weisheit! Der Ausfall der Wahl wird beweisen, daß „diese Forderung“ einen weit größeren Umfang angenommen hat, als die agrarischen Schäfersköpfe sich träumen lassen.

Wieder noch ein „Freund des Reichstagswahlrechtes“!

Im vierten Kreise haben die Konservativen einen Berliner Magistratsbeamten Wege aufgestellt. Der Mann ist nun in einer Wählerversammlung gefragt worden, wie er denn über das bestehende Reichstagswahlrecht denke, und ob auch er wünsche, daß es erhalten bleibe. Er hat darauf erwidert: „Aber natürlich!“ Diese Antwort war zu erwarten. Wer wird denn auch, wenn er vor eine Versammlung von Reichstagswählern tritt und um ihre Stimmen wirbt, ihnen ins Gesicht sagen, daß er ihnen ihr wertvollstes Recht nehmen wolle! Herr Wege hat allerdings eine kleine Einschränkung hinzugefügt. Falls etwa die Sozialdemokratie noch weitere Fortschritte machen sollte, wünscht er persönlich sich eine Änderung des Reichstagswahlrechtes, eine Umgestaltung zu einem Proportionalwahlsystem, das auch den Minderheiten eine Vertretung sichert. Ist es nicht merkwürdig, daß die Schwärmer für das Proportionalwahlsystem sich bei den bürgerlichen Parteien allemal dann einfinden, wenn sie in die Minderheit geraten sind? Wenn übrigens Herr Wege Wunsch schon jetzt erfüllt würde, dann wäre die Sozialdemokratie die stärkste Partei nicht nur an Stimmenzahl, sondern auch an Abgeordneten. Da will Herr Wege begrifflicherweise die Einführung des Proportionalwahlsystems bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben sehen, wo die Sozialdemokratie so groß geworden ist, daß sie keinen Vorteil mehr davon haben kann. Das ist bürgerliche „Wahlrechtsverbesserung“!

Zur Kampfesweise der „Post“.

Die „Post“ geht mit ihren albernen persönlichen Verdächtigungen gegen unsere Genossen weiter hauffen. Besonders hat's ihr Stadthagen angetan. Die „Post“ Leute gehören nicht nur zu den Leuten, die Goethe dahin charakterisierte: erst tischen sie eine Unwahrheit auf, dann wiederholen sie diese und behaupten, durch die Wiederholung den Beweis für die vorgelegene Unwahrheit geführt zu haben. Die Verfälscher der „Post“-Schwindereien gehören zu denen, die nicht aus Dummheit sondern bewußt die Unwahrheit vortragen. So fabuliert die „Post“ seit dem ihr Bekannten, von und vor-

wenigen Tagen wiedergegebenen Sachverhalt ihren Lesern mitzuteilen, von neuem, „Stadthagen sei wegen wiederholter Gebühren-erhebung vom infamia aus dem Anwaltstand ausgeschlossen“. Ebenso wiederholt die „Post“ die Getreidespekulationsbehauptungen. Auch hier hofft sie, ihre Leser seien albern genug, die Unrichtigkeit ihrer Behauptungen nicht herauszufinden. Sie unterschlägt z. B., daß die „Staatsbürger“ und dergleichen zunächst behaupteten, ihre Terrainspekulationserzählung enthalte ja nichts Verleideligendes und dann ebenso wie die „Post“ gezwungen wurden Stadthagens Verächtlichkeit aufzunehmen. Nun meint die „Post“ Stadthagen hätte die Stettiner „Hochwacht“ verklagen müssen. Sie weiß, daß die antisemitische „Hochwacht“ eins der Preßorgane ist, deren Angriffe den Angegriffenen so ehren, daß er sie nicht einmal einer „Verächtigung“ für wert hält. Die „Post“ weiß, daß sozialdemokratische Abgeordnete der von ihr gelobten Sorte Blätter die Ehre einer Verleideligung nicht erweisen. Sie weiß, daß insbesondere in dem von ihr erwähnten Fall eine Verleideligung unmöglich ist, weil ja nach der Behauptung der „Post“, „Staatsbürger“ usw. in einer Getreidespekulation nichts Ehrenrühriges liege. Aber sie läßt ihre Verdächtigungen immer wieder. Mag sie — niemand kann gegen seine Natur.

Scharfmacher als Förderer von Freisinnskandidaturen.

In einem vor einigen Tagen im dritten Kreise verbreiteten Flugblatte heißt es unter anderem, daß die Freisinnigen auch für Tarifverträge und für das Koalitionsrecht eintreten. Unterzeichnet ist das Flugblatt auch von dem Fabrikanten Dr. Fürstenheim, Inhaber der Firma Hirschhorn in der Köpenickerstraße.

Der Mann ist Mitglied der Vertrauenskommission des Röhrenmännerverbandes und hat seinerzeit den Abschluß eines Tarifvertrages abgelehnt.

Später, bei einem anderen Streik, hat der Mann am Streik unbeteiligte Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Später sind die Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen der Herr Dr. Fürstenheim erfährt, daß sie organisiert waren, gemahregelt worden. Das nennt der Herr jedenfalls Wahrnehmung des Koalitionsrechts.

Der Metallarbeiterverband hat etwa 10 bis 12 Arbeiter und Arbeiterinnen, die wegen Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverband im Betriebe des Herrn Dr. Fürstenheim entlassen sind, als Gemahregelte unterstützen müssen.

Am Tage der Wahl, am 25. Januar

wird von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr gewählt. Wer es ermöglichen kann, stelle sich den Wahlkomitees zur Verfügung. Kräfte werden zahlreich gebraucht. Wer es irgend ausführen kann, richte sich ein, daß er so zeitig wie möglich seine Stimme abgeben kann, damit diejenigen, die unabkömmlich sind und später kommen, noch ihr Wahlrecht ausüben können.

Städtische Arbeiter und Reichstagswahl.

Der Berliner Magistrat hat sich gestern mit der Frage der Verleihung der städtischen Angestellten und Arbeiter am Wahltag (25. Januar d. J.) beschäftigt und beschlossen, allen städtischen Angestellten und Arbeitern durch Gewährung eines Urlaubs die Ausübung ihres Stimmrechtes zu ermöglichen. Den Wählern soll an den betreffenden Verwaltungsstellen empfohlen werden, im Anschluß an die Mittagspause von 10 bis 12 Uhr oder von 2 bis 4 Uhr zur Wahl zu gehen, d. h. zu einer Zeit, wo das Wahlgeschäft in der Regel sich am schnellsten betreiben läßt.

Wahlversammlungen.

Im ersten Berliner Reichstagswahlkreise

hatte die Einladung unserer Genossen in einer Wählerversammlung in den Johannis-Festhale in der Johannisstraße am Donnerstag die Wähler des Bezirks so zahlreich und rechtzeitig zusammengeführt, daß bereits um 8 Uhr mit den Verhandlungen begonnen werden konnte. Die Polizei mußte absperrt. Der sozialdemokratische Kandidat Leo Arons hielt eine Generalabrechnung mit den Freisinnigen, bei denen die „Herablassung“ der Regierung, einen Bankdirektor als Kolonialdirektor zu engagieren, schon genügt habe, um sie als getreue Bernhardiner um Wilow und Dernburg herumzuschwängeln zu sehen. (Rebhafter Beifall.) Ubrigens stamme die neulich aus seinem Vortrage in der Presse wiedergegebene Keuherung, der freisinnige Bürgermeister Kirchner nähme sich bei Fürstenermpfängen als Latzei, nicht von ihm selber, da er ja derartigen Veranstaltungen nicht beizuhne, sondern aus der — „Nationalzeitung“, was Herr Kirchner sicherlich freuen werde. Dem jetzigen Neben und Treiben der Freisinnigen hielt Redner durch mündliche Wiedergabe wirklich kraftvoll gehaltene Kampfaufzüge Eugen Richters aus der Wahlzeit von 1893 entgegen, um zu beweisen, daß jetzt sozialdemokratisch wählen müsse, wer noch etwas demokratisches Gefühl habe, und dann als freisinnig wählte! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) — Segner meldeten sich nicht. Nach einer kurzen, aber eindringlichen Mahnung Oppels, die kurze Zeit bis zur Wahl zu regter Agitation zu benutzen, trennte man sich in froher Kampfesstimmung.

Dritter Wahlkreis.

Unabhängig sind unsere Genossen bemüht, die gesamte Wähler-schaft des Kreises über die Wichtigkeit des Wahlkampfes wie über die Haltung und die Grundzüge der Sozialdemokratie aufzuklären, und nach dem starken Besuch zu urteilen, der wiederum die beiden Wählerversammlungen am Donnerstag auszeichnete, wird ihre Arbeit auch keineswegs vergeblich sein. Viele, die bisher unserer Partei gleichgültig oder feindlich gegenüberstanden, kommen in die Versammlungen, und wenn sich Gegner nicht zum Wort melden, so ist das jedenfalls darauf zurückzuführen, daß sie den überzeugenden Worten unserer Redner nichts Vernünftiges entgegenzusetzen vermögen.

Voigt's Kitter-Säle waren zu einem großen Saal gemacht, der nun gerade ausreichte, die Menge zu fassen, die sehr aufmerksam der Rede des Genossen Dr. Wegel folgte. Er schilderte unter anderem den Verfall der freisinnigen Partei, sprach auch treffend von der Ratenjammersstimmung, von der die Freisinnigen nach der Reichstagsauflösung, und mehr noch nach dem Wilsonschen Wahlmanifest, das sie mit bitterem Hohn überschüttete, ergriffen wurden. Rebhaften Beifall fand namentlich auch die Keuherung des Redners, die Sozialdemokratie werde dafür sorgen, daß den Freisinnigen auf ihren Ratenjammer der nötige Heringschmaus nicht fehle.

Gedrängt voll war auch der Saal im „Dresdener Garten“, wo Genosse Paul Rohm sprach. Das Wahlmanifest des Reichstagsabgeordneten bildete die Grundlage seiner Ausführungen. Sehr wirkungsvoll war es, wie der Redner das amtliche Telegramm über die Unterwerfung der Hottentotten vom 25. Dezember über diese Tatsache in fast gleichen Worten meldenden Brief vom 30. Oktober gegenüberstellte und in kräftigen Worten die schmachvolle Täuschung des Reichstags durch die Regierung geißelte, seine Genugtuung darüber aussprach, daß die Postdamper diesen und andere Briefe ähnlichen Inhaltes gerade noch rechtzeitig nach Deutschland brachten, um die Wählerschaft über die Sclheidwege der Regierung aufzuklären.

In beiden Versammlungen hielt vor oder nach dem Referat der Kandidat Genosse Heine eine Ansprache an die Wähler, die ebenfalls viel Aufklärung bot und mächtig anfeuernd wirkte.



### Stierker Wahlkreis.

Im „Elysium“, Landberger Allee, tagte eine gut besuchte Versammlung. Der geräumige Saal war mit andächtig laufendenden Zuhörern gefüllt und im hinteren Teil des Saales, aus dem alle Tische und Stühle entfernt waren, drängten sich die dicht aneinander stehenden Arbeitermassen. Der Genosse Adolf Ritter hatte es übernommen, in treffenden, oft durch lebhaften Beifall unterbrochenen Worten, den anwesenden Wählern die Gemeingefährlichkeit der Wählervereine gegen das allgemeine Wahlrecht zu schildern. Anknüpfend an die Veröffentlichungen der Hohenloheschen Memoiren zeigte er, daß alle bürgerlichen Parteien zu den ganz unsicheren Wahlrechts „Freunden“ gehören, vor denen das Proletariat auf der Hut sein muß. Und daß der reaktionäre Politik im Innern auch eine reaktionäre Politik nach außen und eine ebensolche Kolonialpolitik entspricht, das zu zeigen gelang dem Redner vorzüglich und der Verlauf der Versammlung zeigte die Uebereinstimmung der Versammelten mit dem Redner.

Im statt besetzten Voelkerschen Festsaal war es Genosse Karl Hejschold, der das Referat übernommen hatte. Seine äußerlich laafrte, aber zutreffende Kritik richtete sich in erster Linie gegen den Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie. Der Redner machte die interessante Mitteilung, daß der Verleger des leider in starker Auflage erscheinenden Schundwochenblattes „Nimm mich mit für 5 Pf.“ ein echter Nationalliberaler, zugleich der Gratzdrucker von illustrierten Flugblättern des Reichsverbandes ist. Er legte ein derartiges Flugblatt vor, und der starke Beifall der Versammlung zeigte, daß die Anwesenden die vernichtenden Sarcasten der Hejschold'schen Kritik voll und ganz würdig wußten. Bezeichnend für die deutschen Zustände bleibt es aber, daß diese Dyanen des politischen Schlachtfeldes für alle bürgerlichen Parteien die Avantgarde gegen die Sozialdemokratie darstellen: Ein beschämender „Erfolg“ bürgerlicher Kultur.

Der Litfinsche Saal, Remelerstraße, war schon gegen 8 Uhr polizeilich abgesperrt worden. Alle Tische mußten entfernt werden, um den Andrang zu bewältigen, und doch mußten noch viele stehen oder unerrichteter Sache wieder umkehren. Genosse Albert Kohn referierte unter Beifall über das Thema aller Versammlungen des Kreises: „Der Wahlkampf und die bürgerlichen Parteien“. Daß das kräftig, aber natürlich gezeichnete Bild der bürgerlichen Parteien auf die Arbeiter nur abschreckend wirken kann, liegt freilich nicht am Maler, sondern an den an ihren politischen Sünden schwer dahinsinkenden bürgerlichen Parteien. Da sich trotz wiederholter Aufforderung kein Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung fand, so erreichte die Versammlung schon frühzeitig ihr Ende.

Eine richtige Völkerverwanderung fand nach der in Kellers Riesentabakfabrik, Stoppenstr. 29, einberufenen Volksversammlung statt. Bald war der große Saal und die polizeilich freigegebenen Galerien besetzt, und obgleich alle Tische entfernt wurden, mußten noch Hunderte der zuletzt gekommenen stehen, was sich jedoch wirklich lohnte. Stadtverordneter Paul Hirsch, Charlottenburg referierte. Er untersog den Liberalismus und den liberalen Kandidaten einer eingehenden Kritik, um dann auch die anderen gemäßigten Parteien Kritik passieren zu lassen. Die wirkungsvolle, sachliche Rede fand denn auch lebhaften Beifall. Darauf meldete sich ein Zentrumsanhänger, ein Herr Rintler, zum Wort. Hätte er sich nicht selbst als Zentrumsmitglied und heuchlerisch organisierten Gewerkschaftler bekannt, nach seinem zum Teil konfusem, zum Teil perfiden Ausführungen hätte man ihn für einen „Reichsverbändler“ halten können. Alle die auswendig gelernten, alten und neuen Wäpchen zur Veranschaulichung der Sozialdemokratie brachte er vor. Erst leistete er sich eine Verunglimpfung unserer Genossen Behel, Singer usw., dann brachte er den Vorwärtskonflikt auf seinen Verliererlos, um ihm zuletzt noch das schöne Lied von der Harmonie der Interessen zwischen Arbeit und Kapital und der Notwendigkeit der Aufgabe des Klassenkampfes seitens des Proletariats abzugreifen, und an dem Beispiel des untergegangenen Liberalismus die gleiche Zukunft des Sozialismus zu demonstrieren.

Der ironische Beifall der Versammlung verblüffte den sich als „Rheinländer“ vorstellenden, seinem Deutsch radebreiten nach aus „Pöfen am Rhein“ stammenden Redner doch etwas zu sehr. (Als ob jeder München-Blabläder Jesuitenschüler auch gleich Rheinländer würde.) — Die nachfolgenden Diskussionsredner gerpflüchten die Ausführungen des Zentrumsredners nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis des Zentrums wurde kritisch zerplücht, so daß es sich für den Referenten im Schlusswort (es wurde auf Antrag gegen 11 1/2 Uhr Schluss der Diskussion beschlossen) kaum noch lohnte, die einzelnen Reigen der christlichen Argumentation nochmals zu besprechen. Mit dem Zentrumsabzug wird es wohl im vierten Wahlkreise nichts werden, und anhalt auf eine reiche Beute, wird das Zentrum nach dem 25. Januar wohl nur auf die davonschwimmenden Reize zurückgreifen können. Der Aufforderung, sich der politischen Organisation anzuschließen, war eine Anzahl Versammlungsbesucher nachgekommen, doch ist zu wünschen, daß es in Zukunft als Ehrenpflicht jedes Arbeiters betrachtet wird, nicht eher den Saal zu verlassen, bis seine Aufnahme, nicht nur in die gewerkschaftliche, sondern auch in die politische Organisation bewirkt worden ist.

In den „Marxgrafensälen“, weit draußen am Marxgrafendam, hatte sich eine dichtgedrängte Menge eingefunden, um den Genossen Vadsner über die Reichstagswahlen sprechen zu hören. Um 1/2 9 Uhr wurde der Saal abgesperrt. Der Redner erinnerte an die verabschiedeten Auflösungen, welche der deutsche Reichstag schon erlebt hat: 1878, als man die Notwendigkeit von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokraten vorschützte, zugleich aber die Schutzollzölle einleitete und das Volk mit dem Sozialistengesetz mundtot machen wollte; 1887 mußte der Boulanger'schwindel herhalten, um den absoluten Willen der Regierung in Heeresforderungen (Sepicennat) durchzusetzen; 1898 unter Caprioli stand wieder Heeresforderungen obenan und jetzt will man durch das Kolonialmandat dem Reichstag seinen Willen aufdrängen. Bei jeder Auflösung sollte der Sozialdemokratie der Todesstoß versetzt werden, und dennoch vermehrte sich die Stimmenzahl für unsere Partei in überstürzender Weise. So wird es auch am 25. Januar wieder sein. Als der Redner andrieß: „Wir haben Bismarck niedergeworfen und sollten mit Willow nicht fertig werden?“ — da brach ein Sturm des Beifalls los. Zur Diskussion meldeten sich keine Gegner. — Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß ein Teil der Wähler jener Gegend Stadthagen wählen muß und der andere Teil Singer und daß jeder darauf achten möge, wo und wie er zu wählen habe.

Der Saal der „Urania“ in der Brangelstraße war bis in den äußersten Winkel besetzt und deshalb polizeilich abgesperrt. Die von früher Kampfesstimmung besetzte Menge nahm mit lebhaftem Beifall das Referat des Genossen Theodor Fischer entgegen. In kräftigen Worten geißelte der Redner das Unvernünftige der Kolonial-, Welt- und Flottenpolitik, die ungezählte Millionen fortwirft, um einer falschen Vorstellung von nationaler Ehre Geltung zu verschaffen, während dem Volke, welches die Kosten dieser Phantastereien zu tragen hat, immer mehr und mehr Lasten aufgebürdet werden. Will es sein Recht zur Geltung bringen, dann muß es den Tag der Wahl benutzen, um Abrechnung zu halten mit seinen Ausbeutern und Unterdrückern. Das war die Stimmung, welche die Versammlung besetzte und die mit Sicherheit erwarten läßt, daß der vierte Kreis durch eine erheblich vermehrte Zahl sozialdemokratischer Stimmen Protest einlegen wird gegen die verberbliche Politik, welche die Regierung zugunsten der besitzenden Klassen befolgt.

Im Saale des Vereinshauses „Südost“ drängte sich Kopf an Kopf eine imposante Menge von Arbeitern und Arbeiterinnen. Schon um 8 Uhr sperrte die Polizei den überfüllten Saal ab. Groß war die Zahl derer, die keinen Einlass mehr fanden. — Referent war Genosse Werner Muth. Scharf und klar beleuchtete er die Ereignisse, welche zurzeit im Vordergrunde des politischen Interesses stehen. Lebhaften Widerhall fand in der Versammlung die Kennzeichnung des herrschenden Systems, welches in der äußeren Politik Deutschland mit Glanz vertreten möchte, im Innern aber nicht nur die bescheidenen Anfänge der Sozialpolitik

vernachlässigt, sondern auch bemüht ist, die kümmerlichen Rechte des Volkes noch weiter zu beschneiden. — Die Stimmung der Versammlung gab Zeugnis davon, daß die proletarische Bevölkerung des vierten Wahlkreises den Wahltag zu einem glänzenden Siegestage der Sozialdemokratie gestalten und durch eine tüchtige Stimmenzahl den Vertretern des herrschenden Systems zeigen wird, welche Politik das Volk befolgt sein will.

Graumanns Saal in der Raumnstraße war bis zum äußersten gefüllt von einer kampferfrohen Proletariermenge. Hier referierte Genosse Hugo Heimann. Die volkstümliche Politik der Regierung kennzeichnete er unter lebhaftem Beifall der Zuhörer an der Hand der neueren Ereignisse. Auch an einer treffenden Kritik des Liberalismus ließ es der Redner nicht fehlen. Er geißelte die liberalen Parteien, welche jetzt große Hoffnungen setzen auf ein Bündnis mit den reaktionären Parteien und der Regierung. Aber das wahrhaft freirechtliebende Volk — so führte der Redner unter allseitigem Beifall aus — wird durch seine Abstimmung am 25. Januar bekunden, daß diese Hoffnungen des Liberalismus ein schmachliches Ende finden. Das Volk wird bekunden, daß es zur Sozialdemokratie steht, welche die Erbin des Liberalismus und der einzige Hort der Freiheit und der Volksrechte ist.

In der „Drachenburg“ vor dem Schlesiens Tor hatte sich am Donnerstag eine ungemein große Zahl von Genossen und Genossinnen eingefunden. In dicht gedrängten Reihen füllten sie den Saal, den die Polizei dann abgesperrte. Viele, die gekommen waren, um teilzunehmen an der imposanten Versammlung, fanden keinen Einlass mehr. Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden dem Vortrage des Genossen Gründel, der, von den Ursachen der Reichstagsauflösung ausgehend, die Kolonialpolitik kennzeichnete und die mit ihr verbundenen Gräueltaten, sowie die unmenschlichen Kriege und Brutalitäten der Kriegsführung verurteilte. Durch lebhaften Beifall bekundeten die tausendköpfige Zuhörerzahl, daß sie mit dem Referenten eins war in dem Gedanken, dem herrschenden System der Volkstretung, der Volksausbeutung zugunsten der Herrschenden ein Ende gemacht werden. Durch tiefste Vernehmung der sozialdemokratischen Stimmen muß das Volk zeigen, daß es nicht einverstanden ist mit der Politik der Regierung und daß es gilt, den Herrschaftsgelüsten einzelner gegenüber dem Willen des Volkes Geltung zu verschaffen.

### Sechster Wahlkreis.

Für die Schönhäuser Vorstadt wurden am Donnerstag zwei Wählerversammlungen abgehalten, die, wie alle bisherigen, so auch diesmal einen überaus starken Besuch aufwiesen.

In „Fröhels Allerlei-Theater“ war schon um 8 1/2 Uhr kaum ein Kläpchen mehr frei. Zu einer Absperrung schritt die Polizei diesmal nicht, sondern sie überließ es den Erschienenen, sich mit dem vorhandenen Raum abzufinden, so gut es gehen wollte. Das Referat hielt Genosse Julian Vorchardt. Der wiederholte lebhafteste Beifall, der dem Redner zuteil wurde, bewies, daß er den anwesenden Arbeitermassen aus dem Herzen zu sprechen wußte. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

In dem geräumigen Saal von „Groterjans Brauerei“ sprach Genosse Eugen Bräuner. Das Lokal war ebenfalls derart überfüllt, daß Hunderte dicht aneinander gedrängt sich mit einem bescheidenen Stuhlplätzchen begnügen mußten. Auch hier war eine Absperrung vermieden worden. Starker Beifall wurde dem Redner gesendet, als er das freisinnige Flugblatt kritisierte, in dem sich die aufdringliche Phrase befindet: „Unsere braven Jungen in Afrika lassen wir nicht im Stich“. Redner bemerzte hierzu, daß wir die „braven Jungen“ noch viel weniger im Stich lassen wollen wie die Freisinnigen, denn wir würden es am liebsten sehen, wenn die Truppen aus Afrika so schnell wie möglich samt und sonders wieder abgeholt würden, dann bräuchten sie ihre Haut dort unten auch nicht länger zu Markte zu tragen. Gegner fanden auch hier nicht den Mut, dem Referenten entgegenzutreten. Dagegen sprachen noch mehrere Genossen. Als gerade Genosse Philippsohn geendet hatte und der Vorsitzende dem nächsten Redner das Wort erteilte, rief einer der Versammlungsteilnehmer unter Bezugnahme auf die politische Konstellation in Berlin und in direkter Anspielung auf die Situation im ersten Kreise, am 27. Januar müsse auch auf dem Schlosse die rote Fahne wehen. Das war zu viel für den jugendlichen Leutnant, der die Versammlung überwachte; er erhob sich und löste die Versammlung auf!

### Kreis Teltow.

Ueber die Kandidatur Bobbin erhalten wir aus Nixdorf folgendes Schreiben, das wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten: Wenn man die allgemeine Stimmung in Nixdorf, über die Kandidatur des ersten Beamten der Stadt, deren Bevölkerung zum allergrößten Teil, dem Handwerker- und Arbeiterstand angehört, wiedergeben soll, so muß man sagen, sie ist für ihn nichts weniger als schmeichelhaft. Der größte Teil der Einwohnerzahl kann es nicht verstehen, wie Herr Bobbin, der im Orte beinahe überall geachtet war, sich dazu hergeben konnte, als Kandidat einer Partei zu dienen, welche durch ihr Verhalten bewiesen hat, daß sie strupplos, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit, ihre persönlichen Interessen über alles stellt. Als seiner Zeit die hiesigen Stadtverordneten im Einverständnis mit dem Magistrat gemeinsam eine Petition gegen das Schulverfassungsgesetz an den Landtag richteten, da war es Herr Bobbin, der mit dafür eintret. Als dann dieselben Korporationen einen Protest gegen den Fleischwucher beschlossen und für Aufhebung der Grenzsperrle eintreten, da war es wieder Herr Bobbin, der sich dem anschloß. Wer sich diese Vorgänge vor Augen hält, kann wirklich nicht begreifen, wie derselbe Herr heute für eine Partei kandidieren kann, die gerade diese Forderungen mit aller Entschiedenheit bekämpft. Es kann gleichgültig sein, ob Herr Bobbin erklärt, er wolle sich keiner Partei anschließen, wir bekämpfen nicht Personen, wir bekämpfen die Partei, für welche die Person kandidiert und wer die vorhergehenden Ausführungen betrachtet, kann auf keinen Fall für die Kandidatur des Herrn Bobbin eintreten. Für die Wähler Nixdorfs sind des Kreises Teltow, Westow usw., kann es also nur einen Weg geben: Wer in Wahrheit einen Vertreter in den Reichstag entsenden will, der sich gegen Schulverfassung, gegen Brot- und Fleischwucher wendet und für Aufhebung der Grenzsperrle eintritt, der kann nur für unsern Kandidaten Friedrich Zubeil seine Stimme abgeben.

Groß-Richterfelde. Endlich beginnen auch die Gegner in unserem Orte Wahl-Versammlungen abzuhalten. Die Konfession und Nationalliberalen tagten am Mittwoch im Pavillon unter besonderen Vorkehrungen: es wurde nämlich beschlossen, keinen Sozialdemokraten sprechen zu lassen. Den nationalen Vortrag hielt Universitätsprofessor Pfeiderer. Würde die Achtung vor der Wissenschaft von der Qualität dieses Vortrages abhängig gemacht werden, es wäre schlecht um sie bestellt. Abgesehen davon, daß die Gründe der Reichstagsauflösung vom Redner nicht richtig wiedergegeben wurden, bestand das ganze Referat aus den oberflächlichsten nationalen Phrasen. Der Herr Professor berauschte sich förmlich an den Tiraden, wie sie besonders zur Zeit des Kulturkampfes in äppigster Blüte standen. Ausdrücke wie „Schamlose Demagogie“, „Zentrums-Demagogie“ usw., lösten sich gegenfeitig ab, wobei er allerdings einen kleinen Unterschied zwischen den nord- und den süddeutschen Zentrumsführern machte. Die letzteren kamen sehr schlecht weg, wegen der „demokratischen Gesinnung“, die diese angeblich haben sollen. Man glaubte eher einen fanatischen preussischen Particularisten zu hören, als einen aus Süddeutschland nach Breuchen verpflanzten Professor. Wobei allerdings zu seiner Entschuldigung dienen mag, daß in den Kreisen, denen der Redner nahe steht, diese Abneigung gegen die wenigstens etwas freirechtlichen Bundesstaaten nichts Neues ist. Selbstverständlich erhob sich der Redner auch über die Sozialdemokratie nicht zu wenig, die er die Schutztruppe des Zentrums nannte. Seine Auffassung von dem Wesen der Sozialdemokratie und des Sozialismus war durch keine Sachkenntnis getrübt. Das „Rohwollen“ für die Arbeiter und die „großartige finanzielle Fürsorge“, die „sozialen Wohlfahrtsgesetze“ wurden mit professoralem Pathos unterstrichen. Es ist schade, daß nur ein Duzend Arbeiter anwesend waren, die jetzt erst ohnen konnten, welchen „staatlichen Wohltaten“ sie aus-

gesehen sind. Noch interessanter als all das war die Ansicht des Referenten über das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung. Herr Pfeiderer meinte, daß das Parlament über die Zahl der vom „obersten Kriegsherrn“ für nötig erachteten Truppen überhaupt nichts zu bestimmen habe. Das sei ausschließlich Kronrecht. Demnach hätte der Reichstag nur das Bewilligungsrecht über die erforderlichen Mittel. Dies Recht wird man ihm allerdings nicht streitig machen. Nach der Rede des nationalen Professors meldete sich Genosse Eisner zum Wort mit der Begründung, daß Herr Pfeiderer in den sozialdemokratischen Versammlungen stets vollste Redefreiheit genossen, und daher aus Anstandsgründen eine Erwiderung auf dessen Angriffe gegen die Sozialdemokratie zugelassen werden müßte. Die Konstatierung dieser einfachen Tatsache schien den Herren vom Vorstand zwar sehr unangenehm, aber Ergänzungs Freisch dänkte es jedenfalls klüger, vorzugeben und nochmals zu erklären, daß er keinen Sozialdemokraten sprechen lasse. — Der Oberbürgermeister Bobbin von Nixdorf, der Kandidat der „nationalen Parteien“ hielt eine Ansprache, die nichts besagte, und zu nichts verpflichtete. Die Wähler des Kreises Teltow werden durch die Wahl des Genossen Zubeil den Herrn Oberbürgermeister Bobbin von der schwierigen Aufgabe befreien, neben der konfessionellen Auspönderungspolitik auch noch die Politik der sonstigen reaktionären Parteien vertreten zu müssen.

In Alt-Bliesen tagte am Mittwoch eine von ca. 500 Personen besuchte Volksversammlung. Anstatt des dur Dürrezeit am Sprechen verbindechten Genossen Friedrich Zubeil referierte Genosse Rüdike Baumshulenberg, der in treffender Weise die politische Situation schilderte. Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen ergriff noch der Kandidat Genosse Zubeil das Wort, um ein ihm überreichtes gegnerisches Flugblatt aus der Werkstatt des Reichslügen-Verbandes zu beleuchten. Ein wahrer Beifallssturm durchbraute den Saal als Redner nach einigen anfeuernden Worten geendet hatte. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Arbeitergesangsverein „Freier Sängerkor“ trug vor Beginn und nach der Versammlung noch einige stimmungsvolle Lieder vor. Mit einem dreimaligen donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

Rosen. Hier tagte am Dienstag im Schimke'schen Lokal eine überaus stark besuchte Versammlung. Genosse Saale-Charlottenburg führte den Versammlungsteilnehmern unter großem Beifall vor Augen, daß sie in der Sozialdemokratie nur noch die Wahrheit und Vertreterin ihrer Interessen erblicken können. Die Stimmung der Versammelten läßt auch hier auf ein gutes Resultat hoffen. Den Schluß der Versammlung bildete das stimmungsvolle Lied des Gesangvereins „Freie Sängerkor“. „Daß wir als Menschen Brüder sind“.

### Nieder-Barnim.

Der freisinnig-konservative Wilmshals hatte am Mittwoch die Reichstagswähler des zu Niederbarnim wählenden Berliner Ostteils nach den „Brachfeldern des Ostens“ eingeladen. Einlass fanden jedoch nur solche, die eine Einladung vorzeigen konnten. Es stellte sich jedoch heraus, daß auch 40—50 unserer Genossen Einladungen erhalten hatten und antworten waren. Das Referat hielt der Schimpfviertelso Sommerburg, der zunächst ein eck „nationales“ Lied über die Kolonien sang. Wadann hob er lobend hervor, daß sich in Niederbarnim ein Kandidat gefunden habe, der bereit sei, sowohl die Interessen der Besitzenden, als auch der Arbeiterschaft zu vertreten. Dadurch wurde es gelungen, einen Teil des sozialdemokratischen Anhangs für den bürgerlichen Kandidaten zu gewinnen. Daß das zutrifft, wird selbst er nicht glauben, geschweige die Versammlungsbesucher. Nach ihm sprach ein Herr Pastor Koch, der Vorsitzende der Versammlung, der die Aufgabe der Sozialdemokratenbeistimmung übernommen zu haben schien. Die allen Kamellen von dem herrlichen Leben Singers, Behels und die antisemitischen Schwindelereien über Stadthagen mußten herhalten, um den Gimpelgang besser betreiben zu können.

Genosse Tille machte den Herren klar, daß ihre Anstrengungen in Niederbarnim wohl verlorene Liebesmühe sein werde, dafür bürgt die Auffklärungsarbeit der Sozialdemokratie. Beschämend für den Freisinnig sei es, daß er seine Prinzipien an den Nagel gehängt habe und mit den reaktionären Parteien durch die dick und dünn gehe. Vogelbichte fielen die Hiebe auf die bürgerliche Sippschaft, die wohl jetzt vor den Wahlen vor Arbeiterfreundlichkeit trief, aber bei anderen Gelegenheiten die Arbeiterklasse schmachlich verraten habe. Der große Beifall, den unser Genosse erteilte, bewies, daß er einer großen Anzahl der Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte. Der Vorsitzende, Pastor Koch, hatte die ständigen Unterbrechungen der Bürgerlichen unserem Redner gegenüber freie Bahn gelassen. Aus dem Häuschen aber kam er, als bei dem nachfolgenden Redner ein Genosse einen Zwischenruf machte. Hier drohte er sofort, denselben durch die Ordnung aus dem Saale weisen zu lassen. Unsere Genossen verließen hierauf den Saal.

Zwei imposante Volksversammlungen fanden am Dienstag in Rankow statt. Beide waren außerordentlich gut besucht. Im großen Saale des Herrn Koch hatten sich über 500 Männer und Frauen eingefunden. Genosse Hejschold-Berlin referierte. In seinem 2 1/2 stündigen Vortrage entwarf er ein anschauliches Bild der durch die Reichstagsauflösung geschaffenen politischen Lage im Reiche. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer seinen trefflichen, mit gutem Humor gewürzten Ausführungen und sollten ihm wiederholt lebhaften Beifall. Scharf und schneidend übte er an dem Verhalten der gemäßigten Parteien Kritik und kennzeichnete die Mittel, deren sich die Gegner im Wahlkampfe bedienen. Durch seine Ausführungen sind die Versammlungsbesucher gründlich darüber belehrt worden, was sie von den bunten Klättern des Reichsverbandes, die hier etwa noch verbreitet werden sollten, zu halten haben. Außerdem betonte er namentlich die Wahlpolitik der Freisinnigen, die im Kreise Niederbarnim nicht einmal mehr wagen, ihre Stimmen zu zählen. Nach seinem Schlusswort folgte feierlicher Beifall. Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende forderte schließlich zur regen Teilnahme an der am Sonntag stattfindenden Flugblattverteilung auf und schloß die Versammlung mit dem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das sämtliche Versammelten begeistert einstimmten.

In der zweiten Versammlung, die in Wahrlisch „Paradiesgarten“, Kaiser Friedrichstraße, tagte, referierte Genosse Ernst Bräuner. Der Redner besprach die enormen, von Jahr zu Jahr steigenden Ausgaben für unsere Kolonien, sowie für Heer und Marine und kennzeichnete mit rüchsigster Schärfe die Kolonialphantastereien des jetzigen Kolonialdirektors Dernburg. Das herrschende System in Staat und Gesellschaft unterzog der Referent einer scharfen Kritik und sprach — unter lebhaftem Beifall der Anwesenden — die Hoffnung aus, daß der 25. Januar ein Siegestag der Sozialdemokratie werden möge. — Zur Diskussion meldete sich trotz wiederholter Aufforderung kein Gegner. Genosse Röber machte auf die am 23. Januar stattfindende Versammlung, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Stadthagen, referieren wird, aufmerksam. Mit einem drausenden Hoch auf die revolutionäre, völkerverfeindende Sozialdemokratie wurde die von über 300 Personen besuchte Versammlung, in der auch die Frauen sehr zahlreich vertreten waren, geschlossen.

Weihenfelde. Hier sprach in sehr gut besuchter Versammlung Genosse Bloth über die bevorstehende Reichstagswahl. Unter allgemeiner Spannung kennzeichnete Redner die allgemeine politische Lage, wie die im Vordergrund des Interesses stehende Kolonialpolitik. Eingehend kritisierte er alsdann die innere Politik des Deutschen Reiches und zeigte die Rückständigkeit derselben auf allen sozialen Gebieten. Seine Schlussausführungen ermahnten die Versammelten, ihrer Pflicht am 25. Januar eingedenk zu sein. Eine Diskussion über das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat wurde nicht gewünscht.

Nieder-Schönhausen. In einer von circa 650 Personen besuchten Wählerversammlung behandelte am Mittwoch der Kandidat Genosse Stadthagen das Thema: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. In scharfen Tügen geißelte er das Sündenregister der Regierung und bürgerlichen Parteien. Die sogenannten „Staats-erkundenden“ seien diejenigen, die vom Staate etwas erhalten und



alle Lasten auf die Schultern der breiten Volksschichten abwägen. Am 20. Januar gelte es, Volksgerechtigkeit abzuhalten. Die Lösung müsse sein: Nieder mit den Wahlrechtsfeinden und Ausbeutern, hoch die Freiheit!

In der Diskussion nahm ein Beamter, Herr Siegel, das Wort. Derselbe wandte sich gegen die Ausführung Stadthagens, der die Beamten aufgefordert habe, am 20. Januar sozialdemokratisch zu stimmen. Es sei Pflicht aller Beamten, welche sich nicht eines Reineides schuldig machen wollen, „national“ zu stimmen. Was der Referent vorgebracht, entspreche nicht alles den Tatsachen, er habe zu sehr schwarz in schwarz gemalt. Es sei ja nicht alles wie es sein soll in deutschen Vaterlande, aber von heute auf morgen sei das nicht zu ändern. Genosse Stadthagen erwiderte, es ist irrig, daß ein Beamter national stimmen muß, es ist sogar seine Pflicht, nach seiner Überzeugung zu stimmen, von einem Reineid könne keine Rede sein, da es sich ja nur um einen Dienstleid bei den Beamten handelt. Nicht wir, sondern die Vorgesetzten, die höheren Beamten, sind es zumeist, welche ihre Untergebenen zu beeinflussen suchen, gegen ihre Überzeugung zu stimmen und sich sogar dadurch strafbar machen. Er hoffe aber, daß der größte Teil der Beamten heute schon soweit aufgeklärt ist, und sozialdemokratisch stimmt; denn gerade den unteren Beamten wird heute noch das Koalitionsrecht vorenthalten. Nachdem vom Vorsitzenden nochmals aufgefordert wurde, sich rege an der Wahlarbeit zu beteiligen, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In Bernau hatten die Genossen zum Donnerstag nach dem „Elysium“ eine Volksversammlung einberufen, welche lange vor Eröffnung abgebrochen wurde. Die laienhaftige Versammlung, darunter viele Frauen, sollte dem 1 1/2 stündigen Vortrage des Genossen Stadthagen reichen Beifall. Zum Schluß richtete er den Appell an die Versammlung, am 20. Januar ihre Stimme nur der Sozialdemokratie zu geben. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Helbig, forderte die Genossen auf, am 20. Januar früh 8 Uhr recht zahlreich bei Friedrich, Bürgermeistertafel, zur Flugblattverbreitung zu erscheinen, auch lud er diejenigen Genossen, welche am Tage der Wahl behäftigt sein wollen, zum 21. Januar abends 9 Uhr gleichfalls bei Friedrich zu einer Besprechung ein. Mit der Aufforderung zum Abonnement auf den „Vorwärts“ und Beitritt zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation wurde die imposante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

## Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalliste.** Am 19. d. M. findet im Lokal von Trill in Reuthen ein Massenball statt. Da der Wirt des betreffenden Lokals hauptsächlich auf Arbeiterkundschaft rechnen muß, bisher jedoch die Vergabe seines Lokals zu Versammlungen stets verweigert hat, ersuchen wir die organisierte Arbeiterkundschaft von Reuthen und Umgegend, allen Veranstaltungen in obigem Lokal fern zu bleiben. Die Lokalkommission.

**Dritter Wahlkreis.** Heute abend findet im Gewerkschaftshaus das Stiftungsfest des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Die Mitwirkung der Konzertfängerin Frau Anna Schubert, des Männergesangsvereins „Georgina“, des bekannten „Ill-Trio“ und einer Kapelle der Jivilmusiker bieten den Genossen die Gewähr für einen genussreichen Abend.

**Rixdorf.** Am Sonntag, den 20. Januar, findet für unseren Ort eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen sammeln sich morgens 8 Uhr in den bekannten Lokalen. Es ist unbedingt Pflicht jedes Parteigenossen, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Der Vorstand.

**Friedenau.** Die Parteigenossen des Ortes, die arbeitslos sind, ebenso diejenigen, die am Tage der Wahl, also am 20. Januar, sich den ganzen Tag freimachen können, werden ersucht, heute abend 1/2 8 Uhr zu Grube, Kaiser-Allee 80, zu kommen. Daselbst gilt für die Genossen, die zuletzt mit auf dem Lande waren. Sollten Parteigenossen von Mittag ab am Wahltag frei sein, so mögen sie ebenfalls kommen. Daß recht viele Genossen sich einstellen, wünscht der Vorstand.

**Wilmersdorf.** Die Parteigenossen werden auf die morgen früh 8 Uhr stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht und ersucht, vollzählig in ihren Bezirkslokalen zur Stelle zu sein.

**Kummelsburg.** Morgen, Sonntag, Flugblattverbreitung in Kummelsburg und familiären Landbezirken. Mittags 1 1/2 Uhr findet am Sonntag eine öffentliche Wählerversammlung im Café Bellevue statt. Am Dienstag, den 22. d. M., Extraktabend in allen Bezirken. Das Wahlkomitee.

**Friedrichsfelde.** Sonntag, den 20. Januar 1907, morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, im Lokal von A. Lohse, Luisenstr. 20, zu erscheinen. Die Genossen nach außerhalb holen ihr Material am Sonnabend vom Genossen Bronwald. Der Vorstand.

**Oberschöneweide.** Am Sonntag, den 20. d. M., früh 8 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus; alle Genossen müssen erscheinen. Der Vorstand.

**Marienfelde, Lichtenrade, Mariendorf.** Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr: Volksversammlung in Marienfelde bei Berger, Dorfstr. 30. Die Parteigenossen werden ersucht, rege für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Gleichzeitig werden die Genossen, welche am Wahltag helfen wollen, ersucht, sich Montag abend 8 1/2 Uhr beim Genossen Reichardt-Mariendorf, Chausseestr. 16, einzufinden.

**Wahlsdorf-Kaulsdorf (Ostbahn).** Am Sonntag, den 20. Januar, vormittags 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt. In Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahlen ist es notwendig, daß alle Genossen pünktlich zur Stelle sind. Der Vorstand.

**Neuenhagen und Umgegend.** Am Sonntag, den 20. d. M., findet in Fredersdorf abends 7 1/2 Uhr im Lokal von Witte-Große eine Volksversammlung statt, in der Genosse Stadthagen über die bevorstehende Reichstagswahl referieren wird. Genossen, sorgt für zahlreiche Besuch! Sonntag früh 8 Uhr findet im ganzen Bezirk eine Flugblattverbreitung statt.

**Grash-Becken.** Am morgigen Sonntag nachmittags 9 Uhr findet im Lokale des Gastwirts Reineke eine Volksversammlung für Frauen und Männer statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kurt Heinig-Verlin über: „Die Auflösung des Reichstages und die bevorstehende Neuwahl“. Die Genossen werden ersucht, sich Sonntag früh 7 1/2 Uhr recht zahlreich an der Flugblattverbreitung zu beteiligen. Der Vorstand.

**Königs-Buckenhagen und Umgegend.** Sonntag nachmittags 3 Uhr findet im Lokal des Herrn Ballmüller, Neumühle, eine Volksversammlung statt, in welcher das Referat in deutscher und polnischer Sprache gehalten wird. Alle Wähler sind hierzu eingeladen. Volle Redefreiheit in der Diskussion wird gewährt.

**Bessen.** Am heutigen Sonnabend findet die Wahlvereinsversammlung im Lokale des Herrn A. Schimke statt. Tagesordnung: „Die Reichstagswahl“. Es ist Pflicht, daß alle Genossen erscheinen. Am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet in Dabendorfer bei Posten im Lokale des Herrn G. Fiedler eine Reichstagswählerversammlung statt. Referent: Genosse Obst.

**Schöneiche und Umgegend.** Morgen, Sonntag, nachmittags 8 Uhr findet eine Volksversammlung für Männer und Frauen im Waldschloß Schöneiche statt. Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl und das Verhalten unserer Gegner“. Referent: Genosse J. Kuhl. Es wird den Gegnern volle Redefreiheit garantiert. Der Einberufer.

**Niederschönhausen.** Eine Wahlflugblattverbreitung usw. findet Sonntag früh 8 Uhr von den folgenden Lokalen aus statt: Thulmann, Uhlendorfer; Schöndike, Brangelstraße (Ede Wäldchen) und S. A. J., Weußstraße (Ede Waldemar-

straße). Alle Wahlvereinsmitglieder haben sich pünktlich und vollzählig in den genannten Lokalen einzufinden. — Wer sich an den Vorarbeiten für diese Verbreitung beteiligen will, der ist heute abend 8 1/2 Uhr bei Dücker, Eichenstr. 70, willkommen.

**Reinickendorf-Ost.** Am Sonntag früh 8 Uhr findet Flugblatt- und Ruberitverbreitung statt. Da mit der letzteren die Bearbeitung der Hauslisten verbunden ist, müssen alle Genossen erscheinen.

Sämtliche Genossen, die am Tage der Wahl von früh ab zur Verfügung stehen, sowie die Radfahrer, treffen sich am Montag abend 8 Uhr beim Genossen Schiller, Probirstr. 70.

Am Dienstag abend 8 Uhr findet beim Genossen Kirsch, Marktstr. 2/3, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse J. Borchardt über die kommende Reichstagswahl sprechen wird. Genossen, agitieren für den zahlreichsten Besuch dieser letzten Wählerversammlung. Das Wahlkomitee.

**Tegel.** Sonntag morgens 8 Uhr Flugblattverbreitung vom Genossen Behrhar, Berlinerstr. 92, aus. Pflicht eines jeden Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

**Wilhelmsruh.** Sonntag findet Flugblattverbreitung vom Lokal Barth aus statt. Niemand darf fehlen. Beginn 8 Uhr.

**Spandau.** Am Sonntag, den 20. Januar, morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung in Stadt und Land. Alle Parteigenossen müssen antreten. Das Wahlkomitee.

## Berliner Nachrichten.

### Armut entrecht!

In Berlin ist die Prüfung der Listen der Reichstagswähler diesmal in einer so großen Zahl von Fällen vorgenommen worden, wie man es hier bisher noch nicht kennen gelernt hatte. Daher ist diesmal auch die Zahl der Einsprüche gegen die Liste und der Anträge auf nachträgliche Aufnahme ganz ungewöhnlich groß gewesen, zumal da bei der Hast, mit der nach der Auflösung des Reichstages die Listen aufgestellt werden mußten, es sich nicht vermeiden ließ, daß viele Irrtümer unterliefen. Ueber diese Anträge ist nunmehr entschieden worden, und die Antragsteller dürfen inzwischen bereits sämtlich vom Magistrat benachrichtigt worden sein, ob nachträgliche Aufnahme in die Liste erfolgen kann oder nicht. Nur zu vielen hat die Zustift des Magistrats eine Enttäuschung gebracht. Dem Vernehmen nach sind über 8000 Anträge gestellt worden, aber nur in rund 3000 Fällen konnte der Antrag als begründet gelten, sodas rund 5000 Anträge zurückgewiesen werden mußten.

Bei den Abweisungen handelt es sich, wie immer, in den allermeisten Fällen darum, daß der Antragsteller im letzten Jahre für sich oder für seine Angehörigen „Unterstützung aus öffentlichen Mitteln“ erhalten hatte und daher nicht in die Wählerliste aufgenommen werden durfte. Daß auch Stundung der Kurkosten für Krankenhausverpflegung als „Unterstützung aus öffentlichen Mitteln“ anzusehen sei, das vermag der gesunde Verstand des schlüchtern Mannes aus dem Volke nicht zu begreifen. Von verschiedenen Seiten ist uns schon heute die Klage vorgetragen worden, daß die Abweisung des Antrages zu Unrecht erfolgt sei. Man versicherte uns, niemals habe der angeblich unterstützte irgendwelche Unterstützung erhalten. Aber es ergab sich dann bald, daß ein Angehöriger in einem Krankenhaus verpflegt worden war und die Kosten erst nach und nach abgezahlt wurden. Armut entrecht! Das ist einer der Hauptgründe, nach denen die bürgerliche Klasse will, und diese Entrechtung trifft keineswegs nur Arbeiter. Auch mancher kleine Handwerker, der „selbständig“ ist, aber nur knapp verdient, ist nicht in der Lage, für ein im Krankenhaus verpflegtes Kind die Kurkosten innerhalb einer bestimmten Frist bar auf den Tisch zu legen. Auch er kriegt es zu fühlen, wie Armut entrecht!

In Berlin haben die Gemeindebehörden sich lange mit dieser Frage beschäftigt. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung stand nicht allein da in der Beurteilung solcher Wahlentrechtung; auch auf freisinniger Seite erklärte man, ein Schutz der ärmeren Wähler gegen Verlust des Wahlrechtes aus solchem Anlaß müsse möglichst vermieden werden. Nach der Lage der Gesetzgebung war das leider nicht zu erreichen. Die Herren von der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zuckten die Achseln und bedauerten, nun sei weiter nichts zu machen. Wirklich nicht? Als die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag einbrachte, der der minderbemittelten Bevölkerung die Möglichkeit unentgeltlicher Krankenpflege ohne Wahlrechtsverlust schaffen wollte, da zeigte es sich, daß der Schmerz des Freisinnigen um die Rechtslosigkeit der ärmeren Wähler weiter nichts als Heuchelei gewesen war. Rein, das machen wir nicht mit! erklärten die Vorsitzenden des Freisinnigen. Wo werden wir den Leuten, die es vielleicht „gar nicht nötig“ haben, von vornherein die Kurkosten schenken!

Und so kam's, daß die Wahlentrechtung bestehen blieb, und daß auch diesmal wieder bei den Reichstagswahlen zahlreiche Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben dürfen.

### Wie ein Polizeiarzt über frange Gefangene gutachtet.

Das Polizeipräsidium auf dem Alexanderplatz enthält bekanntlich auch ein Gefängnis, das nach dem früheren Stadtgefängnis mit dem Namen Stadtvogtei belegt ist. So mancher der Wochentlicher, Händler oder anderer kleiner Gewerbetreibender, der ein wegen Gewerbevergehen verhängtes Strafmandat nicht bezahlen konnte, auch Genossen, die einmal wegen eines Hochs auf die revolutionäre Sozialdemokratie einige Tage Haft aufgebremmt bekommen, haben hier ihre paar Tage, manchmal auch Wochen abgemacht. In der Hauptache aber werden hier Personen interniert, die eingeliefert und verurteilt werden wegen Bettelns, Obdachlosigkeit, Unsitlichkeit, unerlaubten Gewerbetreibens usw. „Im Polizeigewahrsam eingeliefert“ wird das im polizeirechtlichen Sinne bezeichnet. Die Zahl dieser Personen, größtenteils Opfer unserer herrlichen Gesellschaftsordnung, ist außerordentlich groß, im Jahre 1904 waren es 29 888 Personen, darunter 18 Kinder. Soweit sich unter den Eingelieferten und gleich darauf Verurteilten weibliche Personen befinden, werden dieselben nach der Filiale der Stadtvogtei in der Barnimstraße übergeführt. Wenn man bedenkt, daß allein über 12 000 Personen wegen Obdachlosigkeit und Bettelns in Polizeigewahrsam kamen, wundert man sich nicht, wenn man hört, daß sich unter diesen Personen auch sehr viele frange Leute befinden. Wird aber jemand krank in die Stadtvogtei eingeliefert oder wird jemand etwa dort krank, so ist guter Rat teuer. In der Stadtvogtei ist nach dieser Richtung hin nur mangelhaft vorgesorgt. Vor einiger Zeit hat sich der Anstaltsarzt, Geheimmedizinalrat Dr. Becker, in sehr eingehender Weise über die mangelhaften Einrichtungen der Stadtvogtei bezüglich der Behandlung kranker Gefangener ausgesprochen und eine Reihe beachtenswerter Vorschläge gemacht. Diese Äußerungen des Anstaltsarztes sind nun auch dem Polizeiarzt Dr. Zimmer vorgelegt worden, der sich in einer Weise über die frange Gefangenen äußert, die im frassen Gegensatz zu dem Gutachten des Anstaltsarztes Dr. Becker steht. Das Polizeipräsidium hat sich dem Gutachten des Herrn Dr. Zimmer angeschlossen, und wir glauben ein gutes Werk zu tun, wenn wir dieses und durch den bekannten günstigen Wind zu-

gewehte, jeder humanen Regierung bare Gutachten auch in Kreisen zugänglich machen. Das Gutachten ist adressiert Oberstaatsanwalt am Kammergericht, der den Strafvolkswachsenden Instanz, und lautet:

Der Polizei-Präsident  
Abteilung IV  
Zagel.-Nr. 472 IV Gen. 06.

Euerer Hochwohlgeboren übersende ich auf das Schreiben vom 11. März d. J. beifolgend eine Erklärung des Polizeigefängnisarztes, Kreisarzt Dr. Zimmer, auf den Bericht des Anstaltsarztes, Geheimmedizinalrats Dr. Becker. — Ich schließe mich den Ausführungen des Gefängnisarztes Dr. Zimmer an und bedauere mit Rücksicht darauf, daß die Unterbringung der dem Polizeigewahrsam vorübergehend zugeführten, als krank befundenen Personen in hiesigen Krankenhäusern nicht möglich ist und nach der Qualität dieser Personen meistens auch nicht zweckmäßig erscheint, eine Aenderung in dem bisherigen Verfahren nicht herbeiführen zu können.

J. A.  
(ges.) Dietrich.

An den  
Herrn Oberstaatsanwalt  
des Königl. Kammergerichts, hier.

Das Gutachten des Herrn Dr. Zimmer lautet:

Die ärztliche Verfolgung der im Polizeigewahrsam untergebrachten Personen wird in der Weise gehandhabt, daß von den Aufsichtsbearbeitern (Schwachen) regelmäßig morgens bei Ausgabe des Kaffees gefragt wird, ob sich jemand krank fühlt und dem Arzt vorgeführt werden möchte. Soweit diese Personen gehen können, kommen sie 11 Uhr vormittags in das ärztliche Dienstzimmer, um dort untersucht zu werden. Wenn sie nicht gehen können, suche ich sie im Polizeigewahrsam auf und untersuche sie dort, so gut es unter den obwaltenden Umständen sich ermöglichen läßt. Alle die Personen, die ich nicht für heilfähig halte, schicke ich ins Krankenhaus, bezw. ins Obdach; geschlechtsfranke Personen werden durchweg der Krankenstation des Obdach überwiefen.

Besondere Schwierigkeiten macht die Aufnahme in ein Krankenhaus, da alle Krankenhäuser regelmäßig überfüllt sind. Ich beschränke mich demnach darauf, nur diejenigen dem Krankenhaus zu überweisen, welche dringend einer stationären Behandlung bedürfen. Wegen dieser Schwierigkeiten der Unterbringung von Personen ins Krankenhaus war ich bereits persönlich im Asyl für Obdachlose und habe mich mit dem Inspektor dahin geeinigt, daß er Leute mit leichten Erkrankungen, welche einer Krankenhausbehandlung nicht dringend bedürfen, welche aber unmöglich wieder auf die Straße geworfen werden können, auf einige Tage im Asyl unterbringt. Für alle diese Personen ist aber auch das Stadtvogteigefängnis eine recht gute Unterkunft.

Sollten die Vorschläge des Stadtvogtei-Gefängnisarztes Berücksichtigung finden, so würde ich ein Krankenhaus von der Größe des Berliner jüdischen Krankenhauses sehr wohl mit den Besuchern des Polizeigewahrsams füllen können, denn von den Tausenden, welche daselbst passieren, dürften kaum 10 Prozent sein, welche nicht einem Krankenhaus, einem Tuberkuloseheim, einem Epileptikerheim, einer Nervenklinik, einer Trinkerheilanstalt überwiefen werden müßten.

Das Herr der Arbeitsscheuen und Obdachlosen ist fast durchweg krank und einer Anstaltsbehandlung bedürftig.

Was die in dem Berichte des Anstaltsarztes erwähnten tuberkulösen Personen anbetrifft, so betriebe ich den Standpunkt, daß nur diejenigen dem Krankenhaus zu überweisen sind, welche wegen Fiebers, tuberkulösen Darmkatarrhs, hochgradiger Abmagerung usw. dringend einer stationären Behandlung bedürfen. Das Heer der arbeitsscheuen Lungentranken einer Krankenanstalt zu überwiefen, liegt weder ein Anlaß, noch die Möglichkeit vor. Wenn im Stadtvogteigefängnis für diese Kranken zu wenig vorgesorgt ist, so müssen eben dort die nötigen Einrichtungen getroffen werden. Denn ebensowenig, wie ich den zu mir in meiner Eigenschaft als Kreisarzt kommenden, mit tuberkulösem Lungentatarrh befallenen Personen ein Gutachten über Nichttafffähigkeit ausstelle, ebensowenig halte ich mich dazu für berechtigt, bezw. verpflichtet, tuberkulöse „arbeitsscheue“ Personen als nicht heilfähig zu bezeichnen und mit ihnen die Krankenhäuser zu belasten.

Was endlich die Ausführungen anbetrifft, es müßte die Haftfähigkeit verneint werden bei denjenigen Leuten, für welche die vom Gericht zuerteilte Untersuchungshaft und Strafe eben keine Strafe bedeutet, sondern ein sehr erwünschtes Unterkommen in einer wohlgeleiteten Anstalt, so verweise ich auf die nach meinen Erfahrungen durchaus zutreffenden Ausführungen des Pastors Nobelschön in den Zeitschriften und in seiner Rede im Abgeordnetenhause, in denen er nachweist, daß die „arbeitsscheuen“ Personen jahrelang in Berlin existieren können, ohne je das geringste zu arbeiten; die Tage verbringen sie bettelnd auf der Straße und die Nächte abwechselnd im Asyl, im Polizeigewahrsam, im Gefängnis und im Krankenhaus.

Für alle diese ist kurzdauernde Gefängnisstrafe nie und nimmer eine Strafe, nur Arbeitshaus wird von ihnen als Strafe gefürchtet. (ges.) Dr. Zimmer.

Der Inhalt dieses polizeiarztlichen Gutachtens ist ein weiterer Beweis für die Mängel, die im heutigen Strafvollzugwesen bestehen. Selbst Herr Dr. Zimmer, der sich gegen bestimmte Vorschläge des Anstaltsarztes, Geheimmedizinalrats Dr. Becker, wendet, muß zugeben, daß es mit der Fürsorge für frange Gefangene in der Stadtvogtei sehr schlimm bestellt ist. Gibt man das aber zu, so muß man auch für Abhilfe Sorge tragen. Ueber die Anschauungen, die der Herr Polizeiarzt über die armen Opfer der heutigen Zustände in seinem Gutachten niederlegt, brauchen wir uns nicht eingehender zu verbreiten, es genügt, wenn sie niedriger gehängt werden.

Die elektrischen Tunnelbahnen, wie sie von der Postverwaltung zur Beförderung von Briefbücheln für Berlin geplant werden, gehören zu den interessantesten technischen Projekten mit zahlreichen Neuerungen, die zum großen Teil noch nirgends angewandt worden sind. Neu ist vor allem die Anordnung, daß die beiden Gleise für die beiden Richtungen auf der Hauptstrecke übereinander liegen und zwar in ein- und demselben Kanal. Das obere Gleis wird auf Stützen an den beiden Seitenwänden befestigt. Es wird dadurch ein dreifachhöherer Kanal hergestellt, ohne daß die Wagen größere Ausmessungen erhalten als unbedingt notwendig ist. Zweck der Vereinigung der beiden Gleise übereinander ist die Verengung des Tunnels. Dieser kann von einem kleineren Mann durchschritten werden. Elektrische Anlagen machen dies zur Prüfung und Wiederinstandsetzung der Bahn unbedingt notwendig. Nur wo Brücken und andere unterirdische Anlagen die Anordnung der Gleise übereinander unmöglich machen, werden sie nebeneinander gelegt. Hier wie sonst soll der Tunnel möglichst nahe zur Oberfläche kommen. Der Weg der ersten derartigen Anlage vom Postamt 8 am Potsdamer Platz zum Hauptpostamt in der Königstraße soll durch die Französischestr. über die Schleusen- und Kurfürstenbrücke gehen. Für den Betrieb sind elektrische Lokomotiven vorgesehen. Zur Beförderung der Briefbücheln dienen Anhängewagen, die nur je zweiäder haben. Sie werden wie Kanonen an den Propfosten angehängt. An die Wagen können ebenso weitere bis zu Fügen von sechs Stück angehängt werden. Es wird so vor allem eine große Beweglichkeit in den Kurven ermöglicht. Der Betrieb erfolgt natürlich mit Blockstationen, automatischen Bremsen usw. Der Tunnel wird mit ganz schwerem Beton umkleidet, um die Dahn gegen jedes Eindringen von Wasser vollständig zu sichern. Hauptzweck der Anlage ist die Beschleunigung und Sicherung der Briefbeförderung sowie auch eine Entlastung der Straße von dem Postfuhrwerk. Wenn ich die erste



trede bewährt, sollen andere nachfolgen. Ein ganzes System Bahnen bringt wohl auch eine gewisse Wirtschaftlichkeit. Erarbeitung des Planes rührt von den Siemens-Schudert-Veren.

**Schwaffer der Spree.** Die Spree ist seit acht Tagen in ihrem Steigen und hat zurzeit einen Hochwasserstand erreicht. Er ist schon seit mehreren Jahren nicht beobachtet worden ist. Dabei aber zeigt der Fluß noch ein beständiges Wachsen. So wird von Spremberg ein Wasserstand von 1,56 über normal gemeldet bei noch andauerndem Steigen. Sowohl die Niedrigung der Oberals auch der Unterprepe stehen bereits unter Wasser. Der Spree-Weid bildet eine gewaltige Wasserfläche, durch welche sämtliche Wege ungangbar gemacht sind, so daß der gesamte Verkehr mittels Rähnen aufrecht erhalten werden muß. Bei Erkner, sowie unterhalb Charlottenburg ist der Fluß ebenfalls aus den Ufern getreten und hat die Niedrigungen in weitem Umfange überschwemmt. Ein ähnliches Hochwasser zu dieser Jahreszeit ist bisher noch nicht beobachtet worden.

**Karzerstrafen für Fortbildungsschüler?** Die städtische Deputation für das Fachschulwesen beschäftigte sich mit einem Erlaß des Handelsministers. In diesem werden die Leitungen der städtischen Pflichtfortbildungsschulen darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfehle, für die Schüler dieser Anstalten statt der bisherigen Vollzeitarbeiten — Karzerstrafen einzuführen bei leichteren Verstößen gegen die Schulordnung und bei Versäumnissen. Die Deputation beschloß, sich zunächst mit den Direktoren der städtischen Pflichtfortbildungsschulen in Verbindung zu setzen.

**Die Hundsteuer bringt in jedem Jahre in Berlin mehr ein.** Im Jahre 1903 kamen 625 889 M., 1904: 637 959 M. und 1905 (Jan. 670 163 M. ein. Für das laufende, am 31. März zu Ende gehende Jahr werden rund 700 000 M. Einnahmen aus dieser Steuer erwartet. Da der Hund in Berlin mit 20 M. jährlich versteuert werden muß, Bach- und Ziehunde, sowie ganz junge Hunde in den ersten Monaten steuerfrei sind, so kann man demnach die Zahl der Hunde in Berlin auf rund 37 000 Stück annehmen. Trotz dieser gewaltigen Zahl sieht man aber in Berlin nur verhältnismäßig wenig Hunde auf den Straßen. Bemerkenswert ist, daß diese Steuer im großen und ganzen pünktlich bezahlt wird, doch weniger Ausfälle und Reklamationen wie bei den anderen Steuern vorkommen und daß, wenn den Personen, die mit der Steuer im Rückstande bleiben, der steuerpflichtige Hund abgeholt wird, schnell für die Einlösung des betreffenden Hundes georgt wird.

**Unter den üblichen Zeremonien wurden gestern im Schlosse ein Dutzend hohe und höchste Personen zum Ritter geschlagen.** Unter den neuen Rittern befinden sich Kardinal Kopp und Kultusminister v. Studt. Die bürgerliche Presse benutzt den Anlaß, in der breitesten Weise über das Ordensfest zu berichten. Wir glauben das nicht nötig zu haben, denn unter unseren Abonnenten befinden sich keine Ordensritter.

**Ein trauriger Vorgang hat sich gestern abend am Nordhafen abgespielt.** Die 17jährige Arbeiterin Theresie Bowitz, die in der Lederfabrik von Emanuel Meyer in der Soldinerstraße beschäftigt war, schuldete seit einiger Zeit ihrer Wirtin einige Mark Mietsgeld. Trotz der geringfügigen Summe wurde das junge Mädchen, das völlig allein in der Welt dastehet, durch die Schuld in eine verzweifelte Lage versetzt. Die W. nahm sich schließlich dies so zu Herzen, daß sie mit Selbstmordgedanken umging. Gestern führte sie ihren ungeliebten Plan aus. Sie begab sich abends nach dem Nordhafen und sprang mit einem Aufschrei in das Wasser. Ein vorüberkommender Passant bemerkte kurz darauf die Selbstmörderin in den Wellen und sprang in den Hafen hinein, um die Lebensmüde zu retten. Nach langer Mühe glückte es ihm auch, das junge Mädchen ans Land zu bringen. Es wurde nach der Unfallstation in der Lindowstraße gebracht.

**Entrüstung unter Gästen eines größeren neueröffneten Cafés am Kottbuser Damm** ereigte es dieser Tage, als drei eintretende Arbeiter aufgefordert wurden, das Lokal zu verlassen. Die Arbeiter, die sich ganz anständig betragen hatten, schienen dem Besitzer des Lokals wohl nur deswegen nicht zu begehren, weil sie keinen Krug trugen, obwohl sie sonst gut gekleidet waren. Die Gäste, die Zeuge der Aufforderung an die Arbeiter zum Verlassen des Lokals waren, hielten mit ihrer Entrüstung nicht zurück, was zur Folge hatte, daß man den Proletariats gnädigst das Verbleiben im Lokal gestatten wollte. Diese lehnten nunmehr aber ab und werden den Herrn nicht mehr befehlen.

**Wegen Diebstahl beim Staatsminister Admiral v. Tirpitz** mußte sich gestern der Marinefeldat Jädel verantworten. Die als Begleitern vernommene Gattin des Staatsministers v. Tirpitz behauptete, daß der Angeklagte in letzter Zeit Anlaß zu Klagen gegeben habe und aus diesem Grunde entlassen werden sollte. Am Tage seiner Abreise habe er frühmorgens seine Sachen gepackt. Der Jädel, die während dieser Zeit das Zimmer betrat, sei es aufgefallen, daß A. auch eine der Tochter des Staatssekretärs gehörige Handtasche vollgepackt hatte. Als sie die Tasche öffnete, fand sie darin gar seltsame Gegenstände. Mehrere Flaschen Wein, Wäsche, die dem Staatssekretär und dessen Gattin gehörten, usw. Nun öffnete man die Koffer des Angeklagten. Darin entdeckte man ein förmliches Lager der verschiedensten Gegenstände. Zwei Fernrohre des Admirals, Siegel des Reichsmarineamts, einen silbernen Trinkbecher, eine antike aufrecht stehende französische Damenuhr der Regain, Bücher, Briefpapier mit der Admiralsflagge und eine ganze Reihe weiterer Wertstücke und Gegenstände waren in den Koffern verborgen. Zuletzt stieß man noch auf eine größere Anzahl von Orden. Selbst den roten Adlerorden 3. Klasse, der noch vom Vater des Staatsministers herkam, hatte der Fursche entwendet. In der gestrigen Verhandlung behauptete der Angeklagte, er habe im dunklen Zimmer gepackt und alle die fremden Sachen aus Versehen zwischen seine eigenen Habseligkeiten geworfen. Die goldene Uhr habe er im Äschentischen gefunden. Durch die Beweisaufnahme wurden jedoch diese Angaben voll und ganz widerlegt. J. wurde wegen der Diebstähle im Reichsmarineamt zu einem Jahre und wegen der beiden anderen Straftaten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

**Tot gefahren wurde gestern nachmittag die 65 Jahre alte Grünkrampgeschäfts-Inhaberin Grönlitz, Adersstr. 167 wohnhaft.** Dieselbe war gerade im Begriffe, den vor der Tür haltenden Wagen an die Seite zu ziehen, als ein durchgehendes Gespann herangeeilt kam und die Frau niederriß. Die Bedauernswerte erlag bald den schweren Verletzungen. Der Kutscher des Wagengespanns soll sich in einem Unachtsamkeitsfall befunden haben, weshalb er die Gewalt über die Pferde verloren hatte.

**In der Versammlung am Sonntag in den Germania-Sälen** ist ein Portemonnaie mit circa 26 M. Inhalt verloren gegangen. Es wird gebeten, dasselbe bei D a h m s, Schlegelstr. 8, abzugeben.

**Feuerbericht.** Fast gleichzeitig hatte gestern die Feuerwehre in der Altkreuzstr. 5, Lindenarberstr. 36, Friedrichstr. 57, Fürstentwallerstraße 9 und Wilhelmsstr. 98 zu tun, wo Möbel, Gardinen, Leer, Wollen-Schalbeden u. a. brannten.

## Vorort-Nachrichten.

### Ober-Schöneweide.

Bei der Ersatwahl für die erste Klasse ist Herr Heegevaldt wiedergewählt worden. Bekanntlich wurde durch Beschluß der Gemeindevertretung das bestehende Mandat desselben für ungültig erklärt, weil ein Stimrecht der von ihm vertretenen Wittengesellschaft nicht in Frage käme, und er auch als Vorsitzender des Aufsichtsrates nicht der legitime Vertreter der Gesellschaft sein könne. Diese Auslegungen sind jedoch hinsichtlich, da stets die zwei Wähler der ersten Klasse — deren Stimrecht

nicht zu bestreiten ist — ihn gewählt haben, und andererseits ja jeder gewählt werden kann, der in übrigen den Erfordernissen des § 41 der Landgemeindeordnung entspricht. Aber gerade in letzter Beziehung vertreten unsere Genossen den Standpunkt, daß die Ausübung eines Gemeindevertragesamtes des Herrn Heegevaldt überhaupt nicht in Frage kommt, da er weder im Gemeindebezirk wohnt, noch ein Grundstück oder Wohnhaus hier sein eigen nennt. Aus diesen Gründen werden sie die Wahl anfechten. Viel Glück hat die Gemeinde mit ihren Wahlen überhaupt nicht. Nachdem schon mehrere Wahlen für ungültig erklärt sind, scheint jetzt noch das Verwaltungstreiberfahren über die für ungültig erklärten letzten Wahlen der dritten Klasse. — Der Segen des sich selbst widersprechenden 3-Klassen-Wahlrechtes

### Bris.

Anscheinend von einem Wahnsinnigen niedergeschlagen wurde am Donnerstagabend Genosse Klavonn, als er in dem Hause Rudowstr. 49 Flugblätter verbreitete. Ein in diesem Hause wohnhafter Balle überfiel ihn plötzlich und schlug ihn so, daß er zusammenbrach. Die Unterjuchung erst wird ergeben, ob Klavonn das Opfer eines Wahnsinnigen oder eines handgreiflichen Sozialistenbelämpfers geworden ist.

### Weißensee.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung wählte einen besoldeten und unbesoldeten Schöffen. Die unbesoldeten Maßnahmen des jetzigen besoldeten Schöffen Dr. Bape gegen alle Bevölkerungsschichten, insbesondere aber gegen die Arbeiterschaft als Vorsitzender des Gewerbegerichts, Dezernent der Krankenkasse und Armenverwaltung, hatten unsere Gemeindevertreter veranlaßt, einen offenen Kampf gegen Herrn Dr. P. zu unternehmen. Sie beantragten seinerzeit, einen kollegialen Gemeindevorstand einzusetzen, um den einzelnen Vorstandsmitgliedern die Verantwortung zu entziehen, was abgelehnt wurde, und man beschloß unter Aufhebung der juristischen Hilfsarbeiterstelle die Errichtung einer zweiten besoldeten Schöffenstelle, mit der ausbildlichen Vertretung, daß der zu wählende Schöffe obige Dezernate zu übernehmen hat. Eingegangen waren 48 Bewerbungen, von denen Bürgermeister Wedel aus Memel mit 21 Stimmen gewählt wurde. Die Freunde Bapes vereinigten ihre Stimmen auf den jetzigen juristischen Hilfsarbeiter und Kommissar der Krankenkasse Dr. Albert mit ganzen fünf Stimmen. — Zum unbesoldeten Schöffen wurde in der Stichwahl mit 15 Stimmen der Kaufmann Rathmann gewählt und zwar waren die Stimmen unserer Genossen ausschlaggebend, da sonst der hierorts rühmlichst bekannte Schornmacher, Tischlermeister Springer, die Palme des Sieges davongetragen hätte.

### Falkenberg.

Eine ganze Familie um Leben gekommen. Ein bedauerliches Ereignis hat sich gestern in dem benachbarten Falkenberg bei Eberswalde zugetragen. Dort wurde die Familie des Landwirts Ricker morgens tot im Bette aufgefunden. Der Ehemann, die Frau und der 16-jährige Sohn waren zu Leichen erstarrt. Auf welche Weise die drei Personen ums Leben gekommen sind, konnte noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Die Vermutung, daß es sich vielleicht um den Abschluß einer Tragödie handelt und daß die drei freiwillig aus dem Leben geschieden sind, dürfte keineswegs zutreffen, da für diese Annahme nicht der geringste Anlaß vorliegt. Die Obduktion der Leichen, die so bald als möglich vorgenommen wird, dürfte genaueres über den tragischen Vorfall zutage fördern.

### Röwade.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung am Mittwoch teilte der Amtsvorsteher mit, daß die hiesige Privatschule durch Verfügung der Regierung aufgehoben wird. Damit wird endlich ein Institut beseitigt, dessen Aufhebung von unseren Genossen schon des öfteren beantragt, aber von der bürgerlichen Mehrheits stets abgelehnt wurde; dasselbe hatte keine anderen Ziele wie die Volksschule und wurde hauptsächlich von Schülern frequentiert, deren Eltern zwar nicht die Mittel besaßen, ihre Sproßlinge in höhere Schulen zu schicken, die sich aber zu vornehm dünkten, ihre Kinder mit den „gebildeten“ Proletariatskältern auf einer Parole sitzen zu lassen. Andererseits gab auch die Einführung von Vormittagunterricht — in der Privatschule wurde nur nachmittags unterrichtet — manchen Eltern erwünschte Gelegenheit, ihre Kinder in ihren Krämer- u. w. Geschäften auszubeten. — Eine Petition auf Verlegung des Wochenmarktes von der Priesterstraße nach dem Kirchplatz wurde dadurch erledigt, daß beschlossen wurde, den Markt in der Priesterstraße zu belassen, da dieselbe für diesen Zweck die beste gelegene und auch breiteste Straße des Ortes ist. Auf den Einwand eines Vertreters, daß durch den regelmäßigen Automobil- und Omnibusverkehr eine große Gefahr für die Marktbefucher entstände, erklärte der Amtsvorsteher, daß die Omnibusse in Zukunft nur bis zum Rathaus fahren werden. — Die Verflasterung der Forst- und Rennbahnstraße wurde dem Steinsetzmeister Götsch, hier, übertragen und sind die Materialien von der Firma Frieske-Berlin zum Preise von 12,50 M. pro Kubikmeter bezogen worden. — Die Wasserleitungsarbeiten für den Schulneubau in der Priesterstraße wurden an Klempnermeister Max Michaelis, hier, für 923 M. vergeben. — Der nichtöffentliche Sitzung lagen Anträge der Gemeinde Reudorf auf Anstellung des dortigen Gemeindevorstandes, auf Änderung der Verordnungsverhältnisse des Lehrpersonals an den dortigen höheren Schulen, sowie ein Antrag der hiesigen Direktoren auf Erhöhung ihres Grundgehalts vor. Alle diese Anträge wurden abgelehnt mit der Begründung, daß der Vereinigungsvertrag die Fassung irgendwelcher Beschlüsse hierüber nicht zuläßt und daher die Erledigung vorstehender Anträge der neuen Gemeindevertretung zu überlassen ist.

## Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein:  
A. B. R. 12.— Organisierte deutsche Flaschenmacher in Jümet, Belgien 40,32. G. A. Mühlbergerstr. 2 3.— Laubentlonie Paulinenhöhe 9,50. Ruderverein „Vorwärts“ 50.— Chemigraphen Labisch 14,50. „Jungesellen“ 10.— Buchdruckerei „Wilhelma“, 2. Rate 10,75. A. L. Berlin N. 4 3.— Spar- und Lotterieverein „Bertha I. Restaurant Lander, Forsterstr. 23 10.— Hermann Strud, Bräudenallee 33 5.— R. R. Köhlerstr. Bernau 3.— Radfabrikerverein „Vorwärts“, Wilmersdorf 5.— Arbeiter-Radfabrikerverein „Freiheit 1904“, Weihensee, W. d. A. R. W. „Freiheit“ 5.— August Peiser, Gastwirt, Weihensee, Kirchplatz 8 3.— Zentralverband der Dachdecker, Filiale Steglitz 50.— Ueberreich der Kranzpende der Druckerei Gläner 19,80. Rauchklub „Belweitz“ (W. d. A. R. W.), gesammelt 5. Müller 1,50. D. R. Hasenheide 2.— „Gibius“ 3.— Sechserklasse G. Heinge 3.— Personal der Union-Druckerei 15,75. Summa 279,12 M. Vereits quittiert 14 486,19 M. Summa 14 765,31 M.  
Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen- genommen.

**Essentielle Bibliothek und Leschale zu unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, SW., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Leseschalen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

## Vermischtes.

### Die Katastrophe auf Jamaika.

Noch immer läßt sich nicht genau feststellen, wie groß die Zahl der Toten und Verwundeten ist. Der Gouverneur von Jamaika telegraphierte dem Kolonialamt, daß das Erdbeben auf drei Kirchspiele von Kingston auf Port Royal und Saint Andrew beschränkt

blieb. 500 Personen befinden sich im Hospital. Die Stadt ist zum Teil gesäubert worden. Die Bevölkerung erträgt das Unglück sehr geduldig; viele sind sogar teilnahmslos. Ferner telegraphierte der Gouverneur, daß die Bersten nur einer englischen Postdampfer-Gesellschaft niedergebrannt sind, außerdem aber noch Bersten von Ausländern, und daß bis gestern mittag 343 Leichen bestattet wurden.

Der „Associated Press“ wird aus Kingston vom 16. d. M. gemeldet: Das Unglück ähnelt demjenigen von San Francisco. Tausende sind tot, darunter viele Amerikaner; Hunderte von Leichen werden aus den Trümmern gezogen. Die Truppen machten der Plünderung nach den ersten Versuchen ein Ende. In Port Royal ist ein Teil der Stadt eingestürzt. Die Anotta Bai ist von einer Flutwelle getroffen, viele Häuser sind zerstört. Richmond ist niedergebrannt. Verzügliche Hilfe ist dringend nötig.

Wie der Londoner „Daily Mail“ vom 17. Januar aus Jamaica gemeldet wird, sind die Leuchttürme von Plum Point und Port Royal eingestürzt. Die Einfahrt zum Hafen und der alte Schiffahrtsweg sind verändert. Die Tiefe des Hafens ist stellenweise von 10 auf 6 Faden gefallen.

### Hülfleistungen.

Nach einer Meldung des Geschwaderchefs aus Guantanamo sind die amerikanischen Linienfahrzeuge „Missouri“ und „Indiana“ vor Kingston eingetroffen und haben den englischen Behörden ihre Aertze sowie alles, was sie an Vorräten usw. abgeben konnten, zur Verfügung gestellt. Nach dieser Meldung macht sich besonders Mangel an Kleidungsstücken fühlbar.

Washington, 17. Januar. Das Repräsentantenhaus hat ein Kolgefetz angenommen, durch welches der Präsident ermächtigt wird, an die Kolleidenenden auf Jamaica Lebensmittel, Kleider usw. aus den Marinebeständen zu verteilen.

London, 18. Januar. Das Kriegsamt hat den Militärbehörden der Bermuda-Inseln Instruktionen erteilt, sich mit den Marinebehörden zwecks Organisation einer Unterstützungsaktion für die Kolleidenenden in Kingston ins Einvernehmen zu setzen.

Paris, 18. Januar. Die Regierung befehlt dem gegenwärtig in Port de France befindlichen Kreuzer „Albatros“, aus den Marine-depots Lebensmittel nach Kingston zu schaffen.

### Das heimgesuchte Kingston.

Jamaika, die hauptsächlichste Insel der englischen Antillen, ist in den letzten Jahren wiederholt von schweren Unglücksfällen heim- gesucht worden. Im Jahre 1882 zerstörte ein ungeheures Feuer 580 Häuser in Kingston und richtete einen nach vielen Millionen zählenden Schaden an. Im Jahre 1885 trat eine schwere Boden- epidemie auf, die Tausende von Menschenleben, hauptsächlich unter der farbigen Bevölkerung, der Insel forderte. Im Jahre 1886 vernichtete ein gewaltiger Wirbelsturm die gesamte Fruchtternte Jamaikas. Im Jahre 1890 ging nochmals ein Zyklon über die Insel hernieder, der von gewaltigen Wellenbrüchen begleitet war. Große Ueberschwemmungen waren die Folge, und abermals war es die Fruchtternte, die ungeheuer geschädigt wurde. Die letzte Katastrophe vor dem großen Erdbeben dieses Jahres ereignete sich im Jahre 1903, als ein Zyklon von nie dagewesener Stärke über Jamaica dahinfegte. 58 Leute wurden durch Einstürzen der Häuser getötet, die Bananenernte ging völlig verloren, aber auch die Ananas- und Zuckerrohrpflanzungen erlitten ungeheuren Schaden. An der Stelle des heutigen Hafens von Kingston stand früher die Stadt Port Royal, die im Jahre 1692 durch einen Erdstoß völlig in Trümmer gelegt wurde. Ein großer Teil der Stadt wurde damals von den Fluten verschlungen, und die Trümmer liegen auf dem Grunde des Hafens, wo sie bei Harer See deutlich zu sehen sind. Kingston selbst wurde in früheren Jahren dreimal völlig durch Feuer zerstört, 1780, 1848 und 1882.

### Sulfanausbruch auf Hawaii.

(Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Wie aus Honolulu gemeldet wird, wirft der Vulkan Mauna Loa auf der Insel Hawaii einen zweiten Lavastrom aus, der eine halbe Meile breit ist.

**Bersähtet.** In Sulzgrien im Oberamt Ehlingen wurden vorgestern abend durch einen Stelleresturz zwei Arbeiter bersähtet. Beide konnten nur als Leichen geborgen werden. Ein dritter Arbeiter wurde ziemlich schwer verletzt aus den Trümmern hervorgezogen.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—75 pr. 100 Pfd., Ia 64—69, IIIa 58—63, IVa 50—56. Kalbfleisch, Doppelfleisch 120—125, Ia 80—93, IIa 75—85, IIIa 58—72, hell 50—58. Hammelfleisch Ia 68—76, IIa 53—66. Schaffleisch 56—65. Kalbsfleisch Ia pr. Pfd. 0,00, IIa 0,00—0,00, Kalbsfleisch Ia 0,38—0,45, IIa 0,00—0,00, da. Rindfleisch 0,40—0,49, Hammelfleisch 0,40—0,48, da. Rindfleisch 0,50—0,56. Wildschweine 0,40—0,52. Ferkel 0,00. Gänse pr. Stück 2,50—2,70, da. Gänse und IIa 2—2,40. Kaninchen pr. Stück 0,60—0,90. Wildenten pr. Stück 1,40. Hühner, alte pr. Pfd. 1,60—2,70, da. IIa 1,30—1,50, da. junge pr. Stück 1,00—1,90. Tauben pr. Pfd. 0,50—0,70, junge keine 0,00. Haisfleisch 1,00. Enten pr. Pfd. 1,70—2,75. Hamburger Junge pr. Pfd. 0,00. Gänse, Oberbrüder, pr. Pfd. 0,50—0,68, da. Hamburger pr. Pfd. 0,90 bis 1,15, da. 0,50—0,62. Gänse pr. 100 Pfd. 83—94, mittel 0,00. Ferkel 0,00, matt 0,00. Schafe, mittel 86—99, unsort. 0,00. Schweine, klein 14—27, klein, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 94—100. Gänse, klein 30, groß 45—58, matt 37—39. Karpen, 10er 0,00, da. 30—35er 0,00, 50er 0,00, 80—100er 0,00. Barsche, matt 0,00, da. 0,00. Karaschken 0,00. Weißfische 0,00. Weiss 0,00. Bunte Fische 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer pr. 100 Pfd. 110—130, da. IIa neuer 90—100, da. IIIa neuer 75. Seelachs 20. Sprotten, kleiner, Ball 0,75—1,25. Danziger, Ball 0,60—0,80. Hühner, kleiner, Stange Ia 4—6, da. mittel der Rüte 2—3. Gänse, Stange 4—5, halbe Rüte 1,50—2. Bäcklinge, pr. Ball 3,50—5,00. Straußentier 0,00. Kalb, groß pr. Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe pr. Schock 4—5. Schellfische Rüte 3—4, da. 7/8 Rüte 2,00. Rühlsal, p. 100 Pfd. 20. Weizen 0,00. Sardellen 1902er pr. Anter 93, 1904er 93, 1905er 90, 1906er 73—75. Schottische Butter 1905 0,00, large 40—44, fall 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, pr. 1/2, 100—120. Sardinien, russ., 70b 1,50—1,60. Bratheringe, Wäsche (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schock 11, kleine 5—6, Rüten 14. Quammern, kleine, pr. Pfd. 0,00. Röhre, pr. Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Walzger, groß 0,00, mittel 0,00. Sir. Lamb, pr. Schock 4,75—5,25. Butter pr. 100 Pfd. Ia 114—120, IIa 110—115, IIIa 108—112, ablaesende 90—100. Ganze Gurken Schock 3,50—4,00. Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,10—2,25, Daberische 2,10—2,25, Rosen 0,00, weiße 1,75—2,00, Salzkartoffeln 5,00—6,00. Spinat pr. 100 Pfund 12—18. Karotten pr. 100 Pfund 10—12. Sellerie, hirsche, pr. Schock 2,00—5,00, da. pommerische 5,00—6,00. Preiselbein große, pr. 100 Pfd. 2,50—4,00, da. kleine 2,00—2,50, da. hirsche (Verl.) 0,00. Chardonnais 0,00. Petersilie, grün, Schock 2,00. Kohlrabi pr. Schock 0,00. Rettig, bahr., pr. Schock 2,40—4,50. Mohrrüben pr. 100 Pfund 2,50—3,00. Zelleren Rüben pr. 100 Pfd. 8—10. Weiße Rüben, große 2—2,50, kleine 6—8. Rote Rüben 2,00—2,50. Blumenkohl hell, pr. Kopf 0,00. Hal. pr. Kopf 0,18—0,35. Birnfleisch pr. Schock 3,00—6,00. Kartoffeln pr. Schock 3,00—8,00. Weizen 100 Pfd. 2,00—2,50. Roggenmehl p. 100 Pfd. 15—25. Grünbohnen pr. 100 Pfd. 2—4. Schmitzsch 12 Löhle 4—4,50. Kohlrüben, Schock 2,00—2,50. Kürbis 0,00. Birnen, pr. 100 Pfd. hirsche 7—16, hübsche 8—20. Kefel, pr. 100 Pfd. hirsche 6—22, Gransteinler 0,00. Zitrone in Säcken 0,00, Rüte 32—60, mittel 12—30. Zitronen, Weisna, 300 Stück 8,00—10,00, 380 Stück 8,00—9,00, 300 Stück 9—13. Apfelsinen, Cassa, pr. Rüte 0—0,60. Marcia 200er Rüte 8—10, da. 300er 8—11, Valencia 420er Rüte 13—16,50, da. 714er 18—20, Reifna, Blut 100er 10, da. 150er 10,50, da. 80er 9,50.

### Eingegangene Druckschriften.

Plutus. Heft 3. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzen (Herausgeber: Georg Veinhard) Abonnements einschließlich der Plutus-Artikel vierteljährlich per Post und Buchhandlung 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Gartenstrasse, No. 69.



Wie man Lehrer behandelt.

Ein Beitrag zur Drangsalierung der Lehrer.

Die Lehrer müssen schlecht behandelt bleiben, das ist der Grundgedanke der herrschenden Klasse!

Das zeigte deutlich ein am Freitag vor der Potsdamer Strafkammer gegen den Lehrer Lude in dem märkischen Provinzialstädtchen Dahme zum Abchluss in erster Instanz gedachter Prozess.

Die Vorgeschichte des Prozesses reicht auf die Zeit des neuen Lehrerbeförderungsgesetzes im Jahre 1897 zurück. Damals beabsichtigte die Regierung im Einvernehmen mit den Schullehrerverbänden eine kleine Verbesserung des Lehrerstandes unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse durchzuführen.

liche Feuerung in Dahme. Entgegen den Behauptungen, nach denen der Magistrat in Dahme jährlich etwa 1700 M. spare, erklärte Klossch, daß die dortigen Lehrer mit 2700 M. gegen früher 1800 M. Anfangsgehalt viel günstiger gestellt seien.

Bevor es einmal war in der Sache vor der Potsdamer Strafkammer Termin angelegt, der aber zwecks Neuanladung vertagt wurde.

Der Angeklagte, dem als Verteidiger Dr. Prugisch zur Seite stand, führte zur Entschuldigend der inkriminierten Worte seinen damaligen bedrückten Zustand an und betonte nicht die Person des Geheimrats Klossch, sondern die tatsächliche Unrichtigkeit des Kommissionsberichts gemeint zu haben.

nicht aber des Magistrats. Rektor Schmidt bestätigte die betreffenden Angaben des Angeklagten und kennzeichnete den Dahmer Magistratsbericht als falsch.

Der Prozess ist für die Haltung der reaktionären Clique kennzeichnend. Der Lehrer bringt vorher Tatsachen vor. Darauf unterbreiten Magistrat und Stadtverordnetenvorsieber dem Ministerium als amtliches Material eine Reihe Unrichtigkeiten.

Witterungsübersicht vom 18. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter.

Wetterprognose für Sonnabend, den 19. Januar 1907. Straßw. kälter, um Mittag heiter und trocken, sonst meist neblig bei schwachen nördlichen Winden.

Markus Kracht (enden zu seinem 30. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch!)

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Wilhelm Reinecke, Stollpfeifferstr. 35.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Paul Schnell, 111/4 Die Ortöverwaltung.

Hermann Franz, der Firma Siebert & Aschenbach.

Klara Hawighorst, am 17. Januar, früh 7 Uhr, am Herzschlag im 67. Jahre verstorben ist.

Wih. Hawighorst, Stöpendorfstr. 183.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Stuhl- und Möbelpolierer im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Möbelfabrik Union, Dienstag, den 5. Februar 1907, abends 6 Uhr.

General-Versammlung, Tages-Ordnung: 1. Bilanz, 2. Statutenänderung.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. Stukkateure Pankow-Nieder-Schönhausen.

Mitglieder-Versammlung, Tages-Ordnung: Abrechnung vom 4. Quartal 1906.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerbli. Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

General-Versammlung, Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes.

Kaufe bei „Blitz“, Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW. 68, Lindenstr. 69.

Das verbotene Blatt, Preis für 100 Exemplare 1 M.

Franz- und Blumenbinderrei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Für Kolporteur! Soeben erschienen: Ein Kulturgruß aus Afrika.

Neuerscheinung! Das Ende des Reichs Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Kaufe bei „Blitz“, Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW. 68, Lindenstr. 69.

Das verbotene Blatt, Preis für 100 Exemplare 1 M.

Franz- und Blumenbinderrei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Für Kolporteur! Soeben erschienen: Ein Kulturgruß aus Afrika.

Neuerscheinung! Das Ende des Reichs Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Kaufe bei „Blitz“, Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Castans Panopticum, Der Räuberhauptmann v. Köpenick. Letzte Woche: Die zusammengewachsenen Schwestern.

Blitz-Schnell, kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72.

Größe Trompeten-Konzert-Zitter-Harmonika, Neuheit!

Kaufe bei „Blitz“, Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.

Herren-Konfektion, Ausverkauf, Knaben-Konfektion, 43, Kommandantenstr. 43.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, 80, Chausseestr. 80.

Herren-Hose „Herkules“, Knaben-Anzüge u. Paletots, 9, Rosenthalerstr. 9.



